

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

12 · 2007

THEMEN

Gemeindebund-Kampagne: Meine
Gemeinde sorgt dafür, dass ... ► 20

PRAXIS

Budgets: Hohe Zuwachserwartungen
bei Ertragsanteilen bis 2010 ► 50

CHRONIK

Ortszentren: Kritische Betrachtung
der Kernzonenregelungen ► 60



THEMA

Die Frohbotschaft zu Weihnachten: Mehr Einnahmen

Der brandneue Gemeindefinanz-
bericht 2007 belegt, dass die
Einnahmen der Gemeinden 2006
stark gestiegen sind – aber leider
explodieren auch die Ausgaben.
Ein Exklusiv-Bericht in KOMMUNAL

DVR: 0930 423

5

Auch zur Stillen Nacht voller Energie für Sie da.

13

3

7

18

10

24

15

8

Damit Sie den Advent und die bevorstehenden Feiertage genießen können, ist WIEN ENERGIE mit vollem Einsatz für Sie da, um den Energiebedarf auch in Zeiten hohen Verbrauchs zu decken. In diesem Sinne: Ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein energiegeladenes neues Jahr 2008!



TEIL UNSERER ZUKUNFT.

Gemeinden investieren viel Geld in Sozialwesen

Wohlfühlen ist gefragt!

Die Gemeinden sparen zu viel und investieren zu wenig. So oder ähnlich lauteten die ersten Vorwürfe, als einige Daten aus dem neuen Gemeindefinanzbericht bekannt wurden. Die erste Feststellung ist hundertprozentig zu unterstreichen: Ja die Gemeinden sparen und zwar deshalb, weil sie sich einerseits im Stabilitätspakt dazu verpflichtet haben, andererseits aber das Geld lieber für Investitionen hernehmen als für teure Kreditzinsen zu verwenden. Sparen ist also kein Vorwurf, sondern eine Tatsache, die auch bei den Personal- und Verwaltungsausgaben zum Ausdruck kommt. Und schon aus diesem Grund muss man den Gemeinden und ihren Verantwortlichen größten Respekt und großes Lob zollen. Würden alle Gebietskörperschaften so sparen wie die Gemeinden, dann hätten wir in Österreich kein Budgetdefizit und ausgeglichene Haushalte, weil die Gemeinden als einzige die Kriterien des Stabilitätspaktes auf Punkt und Beistrich einhalten werden.

Natürlich ist es bedauerlich, dass das Investitionsvolumen der Kommunen auch im vergangenen Jahr leicht abgenommen und sich seit fünf Jahren nicht mehr erholt hat. Aber man darf nicht vergessen, und darüber klagen die Gemeinden zurecht, dass die Belastungen durch das Sozialwesen enorm zugenommen haben. Das beginnt bei der Betreuung der Kleinstkinder oder der Nachmittagsbetreuung der Schüler, geht weiter über die Jugendwohlfahrt – was darauf zurückzuführen ist, dass es immer mehr Problemfälle im Jugendbereich gibt –, über Pflegegeld und Behindertenhilfe, wofür der Gemeindeanteil oftmals bereits von den Ländern einbehalten wird und endet bei der Pflege und Betreuung unserer älteren Mitbürgerinnen und

Mitbürger, die es verdient haben, dass sie ein würdiges Altern erleben können.

Die Gemeinden investieren heute weniger in die klassische Infrastruktur, sondern mehr in die Wohlfühl-Faktoren, die nicht nur soziale Aufgaben, sondern auch den Bereich Freizeit und Kultur beinhalten. Und schließlich investieren die Gemeinden auch noch in Maßnahmen, die bisher ausschließlich Bundes- oder Landesaufgabe gewesen sind, wie zum Beispiel in den öffentlichen Nahverkehr.

Ungeachtet dessen sind und bleiben die Gemeinden Österreichs mit Abstand größte öffentliche Investor, also auch der Wirtschaftsmotor der regionalen Wirtschaft. Und nach den rückgängigen Investitionen der vergangenen Jahre gibt es nach der positiven wirtschaftlichen Entwicklung und dem abgeschlossenen Finanzausgleich wieder einen berechtigten Hoffnungsschimmer, dass die Gemeinden in Zukunft mehr Geld für die Infrastruktur in die Hand nehmen. Voraussetzung dafür ist aber auch eine gewisse Sicherheit, an der es zur Zeit durch eine völlig nebulose und wirre Ankündigungspolitik auf Bundesebene mangelt. Heute das und morgen das. Einmal hü und dann gleich wieder hott. Weihnachten soll eine Zeit der Besinnung sein, gerade in der Politik soll man sich jener Aufgaben besinnen, die die Bürger von den Verantwortungsträgern auch erfüllt sehen wollen. Die Gemeindepolitiker handeln entsprechend. Dafür danke und alles Gute für das Neue Jahr!




Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindefundes

Würden alle Gebietskörperschaften so sparen wie die Gemeinden, dann hätten wir in Österreich kein Budgetdefizit und ausgeglichene Haushalte, weil die Gemeinden als einzige die Kriterien des Stabilitätspaktes auf Punkt und Beistrich eingehalten werden.

THEMEN

Gemeindepolitik

- 20 Österreichweite Info-Kampagne: Gemeinden sollen ihre Leistungen besser darstellen
- 24 Im Schulterchluss zur Familienfreundlichkeit: Gemeinden haben ein Herz für Familien
- 26 Fachkongress „acqua alta alpina“: Katastrophenschutz geht alle an
- 30 Geschwindigkeitsüberwachung in der Gemeinde: Tempo immer noch Unfallursache Nummer 1

Recht & Verwaltung

- 23 Die Vollmacht bei der Akteneinsicht: Wann muss die Behörde prüfen und wann nicht

Finanzen

- 10 Der Gemeindefinanzbericht 2007: Die Einnahmen entwickeln sich dynamisch – die Ausgaben auch
- 16 Interview: Für Gemeinden gilt bei Finanzen immer: Vorsicht ist besser als Nachsicht
- 18 Gemeindefinanzbericht und FAG – die Zukunft der Gemeinden sieht gut aus

Europapolitik

- 33 Leitfaden für EU-Gemeindeparterschaften
- 34 CEEP-Tourismusplattform: Gemeinden als Geldgeber wollen freie Wahl der Partner
- 36 Die Regionen und Städte und der Strukturwandel: Die Krise hat nichts Schicksalhaftes



Impressum

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:

Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock,
1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:

Bgm. a.D. Prof. Walter Zipmer
Walter Zipmer jun.
Sekretariat: Patrizia Poropatits
E-Mail:
patrizia.poropatits@kommunal.at

www.kommunal.at

Redaktion:

Mag. Hans Braun - DW 16 (Leitung)
Mag. Helmut Reindl - DW 15
Tel.: 01/ 532 23 88
E-mail: redaktion@kommunal.at

Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88
Johanna K. Ritter - DW 11
johanna.ritter@kommunal.at
Gerhard Klodner - DW 14
gerhard.klodner@kommunal.at
Heinz Lederer - DW 19
heinz.leederer@kommunal.at

Grafik:

Ernst Horvath,
grafik@kommunal.at
Fotos: www.bilderbox.at
www.bilder.services.at

Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Jürgen Beilein (BM für Gesundheit, Familien und Jugend)
Mag. Martin Brandstötter (BM für Inneres)
Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Mag. Michael Girardi (BM für Inneres)

Prof. Dr. Roman Häußl
(Experte f. Gemeinderecht)
Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)
Dr. Robert Hink (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes),
Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)
Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)
Bgm. Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)
Mag. Georg Möstl (BM für Wirtschaft & Arbeit)
Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)
Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)
Dr. Walter Reichel (Bundeskanzleramt)
Univ. Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes Kepler-Universität Linz)
Michael Vesely (Kommunalnet)
Prof. Walter Zipmer (Verleger)
Walter Zipmer jun. (Geschäftsführer)
Cornelia Zoppoth (Bundeskanzleramt)

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.



Druckauflage: 34.585
(Durchschnitt
3. Quartal 2006)

Teilen dieser Ausgabe liegen Informationen der ARGE Forum mineralische Rohstoffe bei.

PRAXIS

Kommunale Budgets

- 50 Dynamisches Wirtschaftswachstum stärkt Gemeindefinanzen – Hohe Zuwachserwartungen bei Ertragsanteilen bis 2010



CHRONIK

- 60 Ortszentrenbelebung durch „Kernzonenregelung“ – ein wirksames Lenkungsmittel?
- 62 Winterfest auf Österreichs Skipisten – Defensiv statt in die Intensiv
- 64 Aus den Bundesländern
- 68 Info-Mix



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Es gehört einfach dazu, am Ende eines Jahres kurz Bilanz zu ziehen. Das Jahr 2007 war insgesamt ein gutes Jahr für die österreichischen Gemeinden und ihre gesetzliche Interessensvertretung, den Österreichischen Gemeindebund. Der 54. Österreichische Gemeindefest und die Kommunalmesse in Klagenfurt waren eine beeindruckende Demonstration der Stärke und Geschlossenheit der heimischen Kommunen. Mit dem neuen Finanzausgleich haben die Gemeinden ein hohes Maß an Rechts- und Finanzsicherheit bekommen. Mitte November hat der Österreichische Gemeindebund auf die ersten 60 Jahre seines Bestehens



Professor
Walter Zimmer
KOMMUNAL
Verleger

zurückgeblickt und kann im Bewusstsein einer erfolgreichen Vergangenheit mutig und entschlossen die künftigen Herausforderungen annehmen.

KOMMUNAL hat auch heuer wieder Monat für Monat kompetent, umfassend und aus erster Hand informiert. Unsere LeserInnen haben uns dafür das beste Zeugnis ausgestellt, und für uns ist dies der klare Auftrag, den erfolgreichen Weg fortzusetzen und nicht locker zu lassen, wenn es um die erstklassige Information der kommunalen Entscheidungsträger geht.

In dieser Ausgabe bringen wir unter anderem die Details des neuen Gemeindefinanzberichtes. Die kommunale Haushaltsentwicklung wird positiv beurteilt, die Ausgaben der Gemeinden blieben mit 15,2 Milliarden Euro stabil, die Kommunen sind weiterhin die größten öffentlichen Investoren und die gute Konjunkturlage dürfte zu einer Erhöhung der kommunalen Investitionen führen.

Das Team von KOMMUNAL wünscht Ihnen erholsame Feiertage, einen guten Rutsch ins Neue Jahr und verspricht, auch 2008 ein starker Partner der Gemeinden zu sein.

Prof. Walter Zimmer
Verleger

Suchen Sie nicht länger,
Herr Bürgermeister!



Wir haben's online!

So wie Österreichs Gemeinden rund um die Uhr für die Bürgerinnen und Bürger da sind, ist www.kommunalbedarf.at ab sofort 24 Stunden für die Bedürfnisse unserer Gemeinden da. Produkte des kommunalen Bedarfs können unkompliziert, rasch und jederzeit im Internet bestellt werden: Verkehrszeichen nach der StVO und Büroartikel aller Art, vom Ordner über Schreibgeräte bis hin zu Papier, EDV-Zubehör oder Verpackungsmaterial. Wir wollen Ihnen die tägliche Arbeit erleichtern – damit Sie noch mehr Zeit für Ihre Bürgerinnen und Bürger haben. Registrieren Sie sich und treten Sie ein in den neuen 24-Stunden-Onlineshop für Österreichs Gemeinden.

Durchklicken. Auswählen. Bestellen. Rund um die Uhr.

Verpacken und Versenden

[www.kommunal](http://www.kommunalbedarf.at)  **bedarf.at**
Der 24-Stunden Online-Shop für Gemeinden 

Siedlungswasserwirtschaft: Neue Förderrichtlinien sind da

Gemeindebundforderung ist mit enthalten

In der letzten Sitzung der Kommission Siedlungswasserwirtschaft Ende November wurde der neu ausgearbeitete Entwurf der Förderrichtlinien beraten und einstimmig beschlossen. Entsprechend der Forderung des Österreichischen Gemeindebundes ist darin auch eine Förderungspauschale in der Höhe von fünf Euro pro Laufmeter für die Neuerrichtung von Trinkwasserleitungen enthalten. Für diese notwendige Unterstützung der Finanzierbarkeit der Investitionstätigkeiten vor allem im ländlichen Raum ist nun noch das Einvernehmen mit dem Finanzminister herzu-



Der Entwurf der Förderrichtlinien beinhaltet eine Förderungspauschale für die Neuerrichtung von Trinkwasserleitungen.

stellen. Ein ebenso großes Anliegen ist der Kommission die Änderung der Stichtagsregelung für Sanierungen, die in eine praktikable, gleitende Regelung abgeändert werden soll – ein entsprechender Abänderungsantrag wird im Parlament

eingebraucht. Die Kommission hat ebenfalls über 900 Projekte der kommunalen Siedlungswasserwirtschaft und fünf Projekte für betriebliche Abwassermaßnahmen mit einem Investitionsvolumen von 290 Millionen Euro und einer Ge-

samtförderung von rund 77,7 Millionen Euro positiv befürwortet und bereits genehmigt.

Die Verhandlungen für die kommende Finanzausgleichsperiode 2008 bis 2013 haben einen neuen Gesamtzusammenhang für die Siedlungswasserwirtschaft in der Höhe von rund 1,06 Milliarden Euro an Förderungsmitteln gebracht.

Damit können nicht nur wie bisher alle notwendigen Investitionen realisiert werden, sondern es werden auch Sanierungsmaßnahmen an Wasserversorgungsanlagen wieder förderungswürdig.

Europa: Ein Ratgeber des Landes Oberösterreich über EU-Förderungen hilft

Damit jeder Euro in Brüssel abgeholt wird

Wenn man sich auskennt, dann kann man zur Unterstützung von Projekten viel Geld aus Brüssel holen. Die EU setzt zahlreiche Maßnahmen, um das Engagement der Menschen zu fördern, doch sind mittlerwei-

se so viele Förderungen möglich, dass man leicht den Überblick verliert. Daher hat das Land Oberösterreich nun einen Ratgeber veröffentlicht, der über alle Förderprogramme der EU informiert. Auf 70 Sei-

ten werden die insgesamt 600 Förderprogramme kompakt zusammengefasst. Der auch für andere Bundesländer interessante Ratgeber kann unter www.kommunalnet.at heruntergeladen werden.

Beamte in der Zwickmühle

Unrechtmäßige Weisungen

Weisungen müssen grundsätzlich befolgt werden, selbst wenn sie rechtswidrig sind. Ein Beamter ist nur dann von seiner Gehorsamspflicht befreit, wenn er dem Weisungsgeber seine begründeten Bedenken in Bezug auf die Rechtmäßigkeit der Weisung mitteilt. Bloße Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Weisung entbinden ihn nicht von der Befolungspflicht. Anders ist die Lage, wenn die Befolgung der Weisung gegen ein Strafgesetz verstoßen würde. „Dann entfällt der Gehorsamsanspruch des Staates“, erklärt der Leiter der Generalprokuratur beim Obersten Gerichtshof (OGH), Werner Pürstl. In diesem Fall trifft den Weisungsempfänger sogar eine Ablehnungspflicht. Andernfalls macht er sich strafbar. Dabei kann er sich nicht auf die Weisung ausreden.

Pflegedebatte: Mehr Informationen dringend gefordert

Die Amnestie wäre nur Notlösung

„Wenn nicht bald was passiert, dann muss die Amnestie verlängert werden“, stellte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer in einer Aussendung Ende November klar. „Laut Experten gehen sich die neuen Modelle aus. Das Problem ist nur, dass sich niemand auskennt, weder die Organisation noch die Betroffenen selbst. Der derzeitige Zustand ist jedenfalls inakzeptabel.“

Sozialminister Erwin Buchinger erteilte indes einer Verlängerung der Amnestieregelung eine Absage. Aber auch der Gemeindebund sei nicht prinzipiell für eine Verlängerung der Amnestie. Ab 1. Jänner 2008 sollen Betroffene das Selbstständigen- oder das Unselbstständigen-Modell in Anspruch nehmen. Bei Ersterem kann man entweder auf Kräfte aus den Nachbarstaaten zurückgreifen, die nicht in

Österreich niedergelassen sind, oder man lässt die Betreuung von Personen mit Gewerbeschein durchführen. Diese müssen jedoch in Österreich niedergelassen sein. Das Sozialministerium fördert diese Betreuung mit 225 Euro. Beim ebenfalls geförderten Unselbstständigen-Modell erfolgt die Anstellung entweder über die Familie des Betroffenen oder über eine Trägerorganisation.

Rechnungshof kritisiert: Hohe Mieten im gemeinnützigen Wohnbau

Neubau statt Mieten senken

Der Rechnungshof hat fünf gemeinnützige Wohnbaugesellschaften unter die Lupe genommen und kritisiert, dass die Gesellschaften Gewinne für die Errichtung neuer Bauten verwenden, statt die Mieten zu senken. Die betroffenen Wohnbaugesellschaften wehren sich mit dem Argument, dass sie aus Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen neu bauen müssten.



Die Wohnbaugesellschaften verwenden Gewinne für die Errichtung neuer Bauten.

Tarifverhandlungen

Gehaltserhöhung unter Dach & Fach

Die fünfte Runde der Beamtengehaltsverhandlungen hat Ende November eine Einigung gebracht. Beamte und Gemeindebedienstete bekommen ab 1. Jänner 2008 eine Gehaltserhöhung von durchschnittlich 2,7 Prozent. Dazu gibt es im Mai 2008 eine Einmalzahlung von 175 Euro. Im Schnitt steigen die Gehälter um 3,3 Prozent.

Verfassungsreform: Absolutes Veto in der „3. Säule“

Zähne für den Bundesrat



Die geplante Aufwertung des Bundesrates ist Teil der Föderalismusreform.

Die Arbeitsgruppe zur Verfassungsreform plant eine Aufwertung des Bundesrates. Er soll ein absolutes Vetorecht gegen Beschlüsse des Nationalrates in der dritten Säule erhalten. Die derzeit zersplitterte Aufgabenverteilung soll mittels „drei Säulen Modell“ vereinfacht werden. In der dritten Säule könnte der Bund zwar Gesetze erlassen, aber nur mit Zustimmung der Länder.

Ab 1. Jänner: Neues Reisekostengesetz

Änderungen bei Dienstreisen

Das neue Reisekostengesetz tritt am 1.1.2008 in Kraft. Wie bisher steht ein steuerfreier Verpflegungsmehraufwand von 26,40 Euro nur für die ersten fünf Tage einer Dienstreise zu. Wenn der Chef den Arbeitnehmer vorübergehend zu einer neuen Arbeitsstätte schickt, dürfen auch künftig steuerfreie Kilometer bezahlt werden. Einen Vorteil bringt die Novelle für Familienheimfahr-

ten. Wenn der neue Einsatzort des Dienstnehmers mehr als 120 Kilometer entfernt ist, dann ist eine tägliche Heimfahrt nicht zumutbar und der Arbeitgeber kann für die Dauer dieses Einsatzes eine Familienheimfahrt pro Woche steuerfrei ersetzen. Bisher war die Steuerfreiheit vom Vorliegen einer lohngestaltenden Vorschrift abhängig, ab 1.1.2008 können alle Arbeitnehmer davon profitieren.

Europa: Mitteilung über Dienstleistungen im öffentlichen Interesse

EU-Binnenmarktpaket veröffentlicht

Am 20. November hat die EU-Kommission ihr Binnenmarktpaket veröffentlicht, das unter anderem auch eine Mitteilung über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse unter Einschluss von Sozialdienstleistungen enthält. Die Mitteilung wird ergänzt durch Arbeitspapiere, die Fragen und Antworten zum öffentlichen Auftragswesen, staatlichen Beihilfen und zu den sozialen Dienstleistungen enthalten. Die eigentliche Mitteilung

enthält keine Neuerungen. Die Kommission beharrt grundsätzlich auf dem Standpunkt, dass alle wirtschaftlichen Dienstleistungen den Binnenmarkts- und Wettbewerbsregeln unterliegen. Auch die Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Dienstleistungen erfährt keine Klärung, die Kommission verweist auf die nötige Einzelfallbewertung und etwas allgemeiner auf die bisherige Auslegung

des EuGH. Gerade diese Auslegung orientiert sich aber ausschließlich am geltenden Vertragsrecht, wohingegen das Protokoll über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Vertrag von Lissabon neue Interpretationsmöglichkeiten eröffnen würde. In der Mitteilung wird weiterhin auf das für eine Leistung bezogene Entgelt als Kriterium abgestellt, egal, ob Tätigkeiten mit oder ohne Gewinnabsicht erbracht werden.

Entlastung für VwGH

Asylgerichtshof beschlossen

Das neue Asylgerichtshof soll ab spätestens Mitte 2008 für alle Beschwerden gegen Bescheide der Asylbehörden zuständig sein. An den Verwaltungsgerichtshof (VwGH) können sich Asylwerber dann nicht mehr wenden. Das Asylgericht soll zu schnelleren Entscheidungen führen und den überarbeiteten VwGH entlasten. Bis 2010 sollen die offenen Verfahren abgebaut sein.



Österreichs kommunale Finanzen – der Gemeindefinanzbericht 2007

Einnahmen entwickeln dynamisch – Ausgaben

Die Gemeindeabgaben der Gemeinden (ohne Wien) erhöhten sich 2006 um 4,3 Prozent. Es kam jedoch auch zu deutlichen Ausgabensteigerungen. Vor allem in den Bereichen Straßen-, Wasserbau und Verkehr, soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung sowie bei Unterricht, Erziehung und Sport.



2007

sich
auch

In den Gemeindehaushalten machte sich das hohe Wirtschaftswachstum des Jahres 2006 deutlich bemerkbar. Gleichzeitig hält jedoch der Ausgabendruck vor allem im Sozialbereich und bei kommunalen Dienstleistungen an, sodass die Investitionstätigkeit der Gemeinden 2006 weiterhin verhalten blieb. Ein Exklusiv-Bericht in KOMMUNAL.

Mag. Marc Schimpel

Schwerpunktthema des von der Kommunalkredit gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund und dem Österreichischen Städtebund herausgegebenen Gemeindefinanzberichtes 2007 ist der neue Finanzausgleich, der von den Wifo-Budgetexperten Dr. Margit Schratzenstaller und Dr. Hans Pitlik einer detaillierten Analyse unterzogen wird.

Geht's der Wirtschaft gut, geht's den Gemeinden gut

Nach einer realen Expansion von 3,3 Prozent im Jahr 2006 wird Österreich 2007 mit einem realen Wirtschaftswachstum von erneut 3,3 Prozent erneut über dem Durchschnittswachstum der EU-27 zu liegen kommen. Das belebt die kommunalen Budgets: Gemeindeabgaben wie auch Ertragsanteile nahmen 2006 deutlich zu.

Die Gemeindeabgaben der Gemeinden ohne Wien erhöhten sich 2006 um 4,3 Prozent, wobei sich die erfreuliche Entwicklung auf dem österreichischen Arbeitsmarkt in den Gemeindekassen mit deutlichen Mehreinnahmen bei der wichtigsten Gemeindeabgabe – der Kommunalsteuer – mit plus 4,7 Prozent auf

1539 Millionen Euro bemerkbar machte.

Die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden sind jedoch nach wie vor die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die 2006 ein Wachstum von 3,6 Prozent auf 4341 Millionen Euro verzeichneten. Im Bereich der gemeinschaftlichen Bundesabgaben entwickelten sich vor allem Lohn- und Einkommenssteuer sehr dynamisch. Die Gebühreneinnahmen erhöhten sich 2006 im Vorjahresvergleich mit 3,8 Prozent deutlich. Gleichzeitig erhöhten sich jedoch auch die Nettoausgaben der Gemeinden im Aufgabenbereich Dienstleistungen (z. B. Müllbeseitigung, Wasserversorgung oder Abwasserentsorgung – hier fallen die

Geht's der Wirtschaft gut, geht's auch den Gemeinden gut. Das Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent belebt die kommunalen Budgets: Die Gemeindeabgaben wie auch die Ertragsanteile nahmen 2006 deutlich zu.

Gebühren an) mit plus sieben Prozent überdurchschnittlich.

Ausgaben für Personal nur moderat gestiegen

Verglichen mit 2005 haben sich die gesamten Ausgaben der Gemeinden ohne Wien (ordentlicher und außerordentlicher Haushalt) 2006 mit 0,3 Prozent auf 15.229 Millionen Euro (2349 Euro pro Einwohner) kaum erhöht. Bei den Personalausgaben war ebenfalls nur eine moderate Steigerung um 1,4 Prozent auf 2670 Millionen Euro zu beobachten.

Die Ausgabenstruktur der Gemeinden ist erwartungsgemäß durch Ausgaben für Dienstleistungen dominiert, die für ein Drittel der Gemeindeausgaben verantwortlich sind. Gegenüber 2005 kam es hier 2006 zu einem

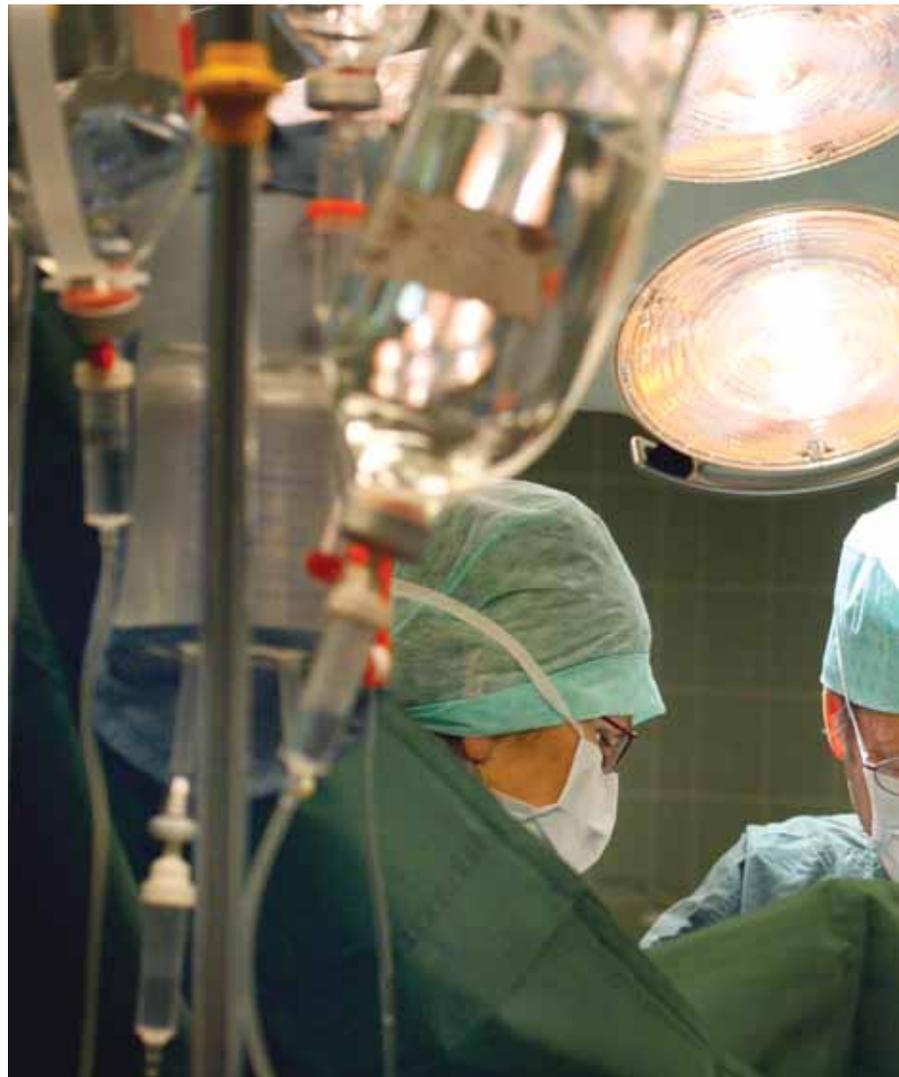
Die Ausgabenstruktur der Gemeinden ist erwartungsgemäß durch Ausgaben für Dienstleistungen dominiert, die für ein Drittel der Gemeindeausgaben verantwortlich sind.

leichten Rückgang der Ausgaben, der auf die vermehrte Ausgliederungstätigkeit großer Städte zurückzuführen sein dürfte.

Gegenüber dem Vorjahr kam es vor allem in den Bereichen Straßen-, Wasserbau und Verkehr (plus 6,5 Prozent auf 1298 Millionen Euro), soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung (plus 6,3 Prozent auf 1401 Millionen Euro) sowie bei Unterricht, Erziehung und Sport (plus 4,5 Prozent auf 2110 Millionen Euro) zu deutlichen Ausgabesteigerungen. Die Aufwendungen der Gemeinden für soziale Wohlfahrt (zum Beispiel Ausgaben für Pflege oder Jugendwohlfahrt) haben seit 2002 mit einem Plus von 21 Prozent besonders stark zugenommen. Hinsichtlich der Herausforderungen, die der demografische Wandel für die Gemeinden mit sich bringt, wird der Sozialbereich in den Gemeinden auch in den nächsten Jahren ein bestimmender Ausgabenfaktor bleiben. Bei den Gesundheitsausgaben macht sich die Verlagerung von



Mag. Marc Schimpel ist Volkswirt in der Abteilung Wirtschaftspolitik und Recht sowie Vorstandsassistent der Kommunalkredit Austria



Die Verbesserung der kommunalen Haushaltssituation ist 2006 vor allem durch zwei Effekte gekennzeichnet: In Niederösterreich konnten die Gemeinden von der Übertragung von Gemeindespitalern auf das Land profitieren, wodurch die Ausgaben im Gesundheitsbereich deutlich reduziert und dadurch gleichzeitig einmalige Mehreinnahmen lukriert werden konnten.

Gemeindespitalern in Niederösterreich bemerkbar: Gegenüber dem Vorjahr kam es hier zu einem Rückgang von 7,5 Prozent auf 992 Millionen Euro.

Freie Finanzmittel der Gemeinden nehmen zu

Auf den ersten Blick erscheint die kommunale Haushaltsentwicklung des Jahres 2006 durchaus positiv: Der Saldo der laufenden Gebarung erhöhte sich um mehr als neun Prozent auf 1299 Millionen Euro, die freie Finanzspitze konnte um fast 37 Prozent auf 434 Millionen Euro erhöht werden und das Maastricht-Ergebnis der Gemeinden (Finanzierungssaldo laut der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV)) erhöhte sich von 213 Millionen Euro auf 322 Millio-

nen. Der Finanzierungssaldo laut VRV ist jedoch nur eine Annäherung an das tatsächliche Maastricht-Ergebnis der Gemeinden. Nach Bereinigungen durch die Statistik Austria ergibt sich für die Gemeinden ohne Wien 2006 ein Maastricht-Überschuss von 256 Millionen Euro, das entspricht einer Verbesserung von knapp 25 Prozent. Die Verbesserung der kommunalen Haushaltssituation ist 2006 jedoch vor allem durch zwei Effekte gekennzeichnet: In Niederösterreich konnten die Gemeinden von der Übertragung von Gemeindespitalern auf das Land profitieren, wodurch die Ausgaben im Gesundheitsbereich deutlich reduziert und dadurch gleichzeitig einmalige Mehreinnahmen lukriert werden konnten. In Kärnten kam es wiederum zu einmaligen Ein-



Abgabenerträge und Gebühreneinnahmen

der Gemeinden ohne Wien in Millionen Euro

	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung seit 2002 in %
Gemeindeabgaben (GA)	2.192	2.269	2.334	2.392	2.495	+13,8%
Veränderung zum Vorjahr	1,5%	3,5%	2,9%	2,5%	4,3%	
davon Kommunalsteuer	1.331	1.375	1.422	1.470	1.539	+15,6%
Veränderung zum Vorjahr	4,3%	3,3%	3,4%	3,4%	4,7%	
Kassenmäßige Ertragsanteile (KE)	4.074	3.976	4.039	4.189	4.341	+6,5%
Veränderung zum Vorjahr	2,0%	-2,4%	1,6%	3,7%	3,6%	
Summe Abgabenerträge (GA+KE)	6.267	6.245	6.373	6.581	6.836	+9,1%
Veränderung zum Vorjahr	1,8%	-0,3%	2,1%	3,3%	3,9%	
Summe Gebühreneinnahmen	1.235	1.299	1.338	1.363	1.415	+14,6%
Veränderung zum Vorjahr	2,6%	5,2%	2,9%	1,9%	3,8%	
Gesamtsumme Abgabenerträge und Gebühreneinnahmen	7.501	7.544	7.711	7.944	8.251	+10,0%
Veränderung zum Vorjahr	1,9%	0,6%	2,2%	3,0%	3,9%	

Ausgewählte Ausgaben

der Gemeinden ohne Wien in Millionen Euro

	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung seit 2002 in %
Gesamtausgaben (o. u. a. o. HH)	14.581	14.813	14.589	15.189	15.229	+4,4%
Veränderung zum Vorjahr	+5,6%	+1,6%	-1,5%	+4,1%	+0,3%	
davon Personalausgaben	2.441	2.525	2.593	2.632	2.670	+9,4%
Veränderung zum Vorjahr	+0,8%	+3,5%	+2,7%	+1,5%	+1,4%	
davon Dienstleistungen	4.960	5.140	4.958	5.065	5.001	+0,8%
Veränderung zum Vorjahr	+8,0%	+3,6%	-3,5%	+2,2%	-1,3%	
davon Unterricht, Erziehung, Sport	1.920	1.998	1.962	2.019	2.110	+9,9%
Veränderung zum Vorjahr	+3,5%	+4,0%	-1,8%	+2,9%	+4,5%	
davon soziale Wohlfahrt	1.159	1.207	1.253	1.318	1.401	+20,9%
Veränderung zum Vorjahr	+3,4%	+4,2%	+3,8%	+5,1%	+6,3%	
davon Straßen-, Wasserbau, Verkehr	1.194	1.220	1.133	1.219	1.298	+8,7%
Veränderung zum Vorjahr	+6,5%	+2,2%	-7,1%	+7,5%	+6,5%	
davon Gesundheit	902	903	1.036	1.072	992	+10,0%
Veränderung zum Vorjahr	-2,9%	+0,2%	+14,7%	+3,5%	-7,5%	

Saldenentwicklung

der Gemeinden ohne Wien in Millionen Euro

	2002	2003	2004	2005	2006
Saldo der laufenden Gebarung	1.374	1.264	1.071	1.188	1.299
Veränderung zum Vorjahr	-3,8%	-8,0%	-15,3%	+10,9%	+9,3%
Freie Finanzspitze	571	466	290	317	434
Veränderung zum Vorjahr	-24,7%	-18,4%	-37,8%	+9,3%	36,9%
Maastricht-Ergebnis*	217	86	17	213	322
Maastricht-Ergebnis in % des BIP	0,10%	0,04%	0,01%	0,09%	0,12%

*Finanzierungssaldo lt. VRV

Quelle: Kommunalkredit Austria, Statistik Austria 2007

Der demografische Wandel bringt für die Gemeinden mit sich, dass der Sozialbereich in den Gemeinden auch in den nächsten Jahren ein bestimmender Ausgabenfaktor bleiben.

nahmen im Zuge von Beteiligungsverkäufen. Ein genauer Blick zeigt, dass die Erhöhung der freien Finanzspitze des Jahres 2006 vor allem auf die Reduktion der negativen freien Finanzspitze von Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern zurückzuführen ist. So konnten die Gemeinden mit zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern ihre freie Finanzspitze von minus 73 Millionen Euro im Jahr 2005 auf plus sechs Millionen Euro verbessern während Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern ihre freie Finanzspitze von minus 72 Millionen Euro auf minus 3,6 Millionen Euro reduzieren konnten. Bei Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern ist es hingegen zu teilweise starken Rückgängen der freien Finanzspitze gekommen. Die frei verfügbaren Finanzmittel der Gemeinden haben in den letzten Jahren daher nicht zugenommen – im Gegenteil, seit 2002 sind sie durchschnittlich um 24 Prozent zurückgegangen. Kein Wunder also, dass die Investitionstätigkeit sich nur schwach entwickelt.

Investitionen stagnieren auch 2006

Die Gemeinden sind der größte öffentliche Investor in Österreich. In den letzten Jahren haben die Bruttoinvestitionen der Gemeinden jedoch in Folge des immer enger werdenden finanziellen Handlungsspielraums kontinuierlich abgenommen. Die Erholung der freien Finanzspitze des Jahres 2005 reichte nicht dafür aus, die Investitionstätigkeit der Gemeinden 2006 zu beleben. Die drastischen Rückgänge der Vorjahre (minus 6,2 Prozent 2005 beziehungsweise minus 6,8 Prozent

Freie Mittel der Gemeinden sind knapp



Die freie Finanzspitze – die frei verfügbaren Finanzmittel nach Abzug der Tilgungsleistungen – ist ein guter Indikator für die Investitionsentwicklung der Gemeinden. In der langjährigen Betrachtung zeigt sich, dass eine Steigerung der freien Finanzspitze 2007 zu einer Erhöhung der Investitionstätigkeit der Gemeinden führt. Im Jahr 2006 hat sich die freie Finanzspitze etwas erholt, was erhoffen lässt, dass die Investitionen nach jahrelangen Rückgängen 2007 wieder etwas ansteigen werden.

Investitionen der Gemeinden ohne Wien

	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung seit 2002 in %
Investitionen in EUR Mio.	2.151	2.243	2.090	1.961	1.946	
Investition in EUR pro Einwohner	332	346	322	303	300	-9,5%
Veränderung zum Vorjahr	+4,8%	+4,3%	-6,8%	-6,2%	-0,8%	

Finanz- und Maastricht-Schulden

der Gemeinden ohne Wien

	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung seit 2002 in %
Finanzschulden in EUR Mio.	10.097	10.347	10.655	10.836	10.981	+8,8%
Finanzschulden in EUR pro Einwohner	1.558	1.596	1.644	1.671	1.694	
Veränderung zum Vorjahr	+1,6%	+2,5%	+3,0%	+1,7%	+1,3%	
Finanzschulden A85-89 in EUR Mio.	6.919	7.300	7.474	7.667	7.823	
Finanzschulden A85-89 in EUR pro Einwohner	1.067	1.126	1.153	1.183	1.207	+13,1%
Veränderung zum Vorjahr	+5,5%	+5,5%	2,4%	+2,6%	+2,0%	
Maastricht-Schulden in EUR Mio.	3.178	3.047	3.181	3.169	3.158	
Maastricht-Schulden in EUR pro Einwohner	490	470	491	489	487	-0,6%
Veränderung zum Vorjahr	-6,0%	-4,1%	+4,4%	-0,4%	-0,3%	

Zinsausgabenentwicklung der Gemeinden ohne Wien

	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung seit 2002 in %
Zinsausgaben in EUR Mio.	354	306	283	276	308	+13,1%
Zinsausgaben pro Einwohner	55	47	44	43	47	
Veränderung zum Vorjahr	-8,2%	-13,6%	-7,5%	-2,5%	+11,5%	
Durchschnittsverzinsung über alle Schuldenarten	3,60%	2,99%	2,69%	2,57%	2,82%	

2004) konnten zuletzt jedoch mit einem leichten Minus von 0,8 Prozent auf 1946 Millionen Euro gestoppt werden, so dass verbunden mit der guten Konjunkturlage für 2007 erstmals wieder Optimismus angebracht zu sein scheint und mit einer

Erhöhung der Investitionsausgaben zu rechnen ist.

Finanz- und Maastricht-Schulden bleiben stabil

Gegenüber 2005 haben sich die Finanzschulden der Gemeinden



mit plus 1,3 Prozent auf 10.981 Millionen Euro nur geringfügig erhöht. Die Gemeinden verschulden sich hauptsächlich in „rentierlichen Bereichen“, also vor allem dort, wo sie in Infrastruktur investieren. Diese Infrastrukturdienstleistungen erbringen sie überwiegend in Form von Betrieben mit marktbestimmter Tätigkeit, auf die sich die kommunalen Finanzschulden größtenteils beziehen (Finanzschulden der Abschnitte 85 bis 89 laut VRV). Da die Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit außerhalb des Sektors Staat in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angesiedelt sind, werden diese Finanzschulden auch nicht in die Maastricht-Verschuldung mit einbezogen.

Ein genauer Blick zeigt, dass die Erhöhung der freien Finanzspitze des Jahres 2006 vor allem auf die Reduktion der negativen freien Finanzspitze von Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern zurückzuführen ist.



Ausschlaggebend für die Zins-Entwicklung waren Leitzinserhöhungen der Europäischen Zentralbank, die den Leitzinssatz seit Anfang 2006 von 2,25 Prozent auf mittlerweile vier Prozent erhöht hat.

In Folge der Leitzinserhöhungen durch die Europäische Zentralbank ist davon auszugehen, dass sich die Durchschnittsverzinsung der kommunalen Finanzschulden von 2,82 Prozent im Jahr 2006 um 0,5 Prozent im Jahr 2007 erhöhen wird. Für die Gemeinden bedeutet das eine jährliche Mehrbelastung von 50 Millionen Euro.

2006 erhöhten sich die Finanzschulden der marktbestimmten Betriebe um zwei Prozent auf 7823 Millionen Euro (71 Prozent des gesamten Finanzschuldenstandes), während die Maastricht-Schulden mit 3158 Millionen Euro auf dem Niveau des Jahres 2005 blieben.

Steigendes Zinsumfeld belastet Gemeinden

Nach kontinuierlichen Rückgängen in den Jahren zuvor haben sich die Zinsausgaben im Jahr 2006 wie erwartet erhöht. Mit 307,6 Millionen Euro liegt man um mehr als elf Prozent über dem Wert des Vorjahres. Aus-

schlaggebend für diese Entwicklung waren die Leitzinserhöhungen der Europäischen Zentralbank, die den Leitzinssatz seit Anfang 2006 von 2,25 Prozent auf mittlerweile

vier Prozent erhöht hat. Seit dem Sommer haben sich besonders die kurzfristigen Zinsen stark erhöht, sodass sich das steigende Zinsumfeld auch in den kommunalen Rechnungsab-schlüssen der Jahre 2007 und 2008 bemerkbar machen wird. In Folge der Leitzinserhöhungen durch die Europäische Zentralbank ist davon auszugehen, dass sich die Durchschnittsverzinsung der kommunalen Finanzschulden von 2,82 Prozent im Jahr 2006 um 0,5 Prozent im Jahr 2007 erhöhen wird. Für die Gemeinden bedeutet das eine jährliche Mehrbelastung von 50 Millionen Euro.

Der Gemeindefinanzbericht 2007

Der Gemeindefinanzbericht 2007 wurde auch heuer wieder von der Kommunalkredit Austria (www.kommunalkredit.at) in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gemeindebund (www.gemeindebund.at) und dem Österreichischen Städtebund (www.staedtebund.at) herausgegeben. Als Partner konnten einmal mehr das Österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut (www.wifo.at) sowie Statistik Austria (www.statistik.at) gewonnen werden. Exklusiv stehen ab Jänner 2008 für sämtliche Nutzer der E-Government-Plattform www.kommunalnet.at die Benchmarks ihrer eigenen Gemeinde zur Verfügung.



Gemeindefinanzbericht: Auch bei Einnahmen ist Vorsicht angesagt

Für Gemeinden gilt immer: Vorsicht ist besser als Nachsicht

„Einnahmen entwickeln sich gut, aber die Ausgaben stagnieren.“

„Mehr Gemeinde-Investitionen gewünscht.“ Aussagen wie diese geisterten durch die österreichische Presse, als Details des Gemeindefinanzberichts 2007 bekannt wurde. Wie es um die Finanzen der Gemeinden bestellt ist und was die Zukunft bringen kann, darüber sprach KOMMUNAL mit Gemeindebund-Chef Bgm. Helmut Mödlhammer.

Die Daten des Gemeindefinanzberichts 2007 zeigen, dass sich die Einnahmen der Gemeinden sehr positiv entwickeln. Was glauben Sie, wie lange dieser Trend anhalten wird?

Helmut Mödlhammer: Die Wirtschaftsexperten sagen, dass die weitere Einnahmenentwicklung sehr positiv für die Gemeinden sein wird mit Zuwächsen, die

manchen Ankündigungen von Bundespolitikern glauben muss, dass die Damen und Herren offenbar denken, dass das Geld auf den Bäumen wächst.

Sie spielen auf Minister Erwin Buchinger und die aktuellen Pflegediskussion an?

Das beginnt beim kostenlosen Kindergarten und endet bei der

vestitionen in die Kinderbetreuung oder der Finanzierung der öffentlichen Nahversorgung bis zu Sport- und Freizeiteinrichtungen. Aber immer noch sind die Gemeinden der Investitionsmotor Nummer 1 in der Republik.

Unterm Strich lässt sich sagen, dass die Gemeinden mehr in „Wohlfühlbereiche“ investieren, die ausschließlich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger liegen.

Ein Detail des Gemeindefinanzberichts sagt, dass die Personalausgaben gleich geblieben oder nur moderat gestiegen sind. Wie schaffen die Gemeinden die Mehrarbeit ohne mehr Personal?

Dieser Punkt zeigt, wie unglaublich innovativ die Gemeinden sind. Sie erledigen mit wenig Geld mehr Aufgaben, sparen gleichzeitig bei der Verwaltung und investieren verstärkt in den Dienstleistungsbereich. Das heißt, in Kinder- und Schülerbetreuung sowie der Betreuung unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Zurück zu den Einnahmen. Hält die positive Entwicklung ihrer Meinung nach an?

Man muss jedenfalls sehr rasch Grenzen ziehen, um nicht im Falle eines rückläufigen Wirtschaftswachstums vor einem Finanzchaos zu stehen. Von einer verantwortungsvollen Politik erwarte ich vor allem, dass an das Morgen gedacht wird. Und ich appelliere an die Verantwortungsträger im Bund, aber auch an die in den Ländern, Maß zu halten bei – überzogenen – Forderungen und Versprechungen, die schwer zu erfüllen beziehungsweise schwer schwer einzuhalten sind.

Bei manchen Ankündigungen von Bundespolitikern muss man glauben, dass die Damen und Herren offenbar denken, dass das Geld auf den Bäumen wächst.

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer über die Forderungen der Politik an die Gemeinden



deutlich über der Inflationsrate liegen. Das bedeutet aber nicht, dass wir uns der Hoffnung hingeben dürfen, nicht mehr aufpassen zu müssen.

Die Ausgaben werden ebenso steigen – eine Entwicklung, die derzeit keinesfalls abschätzbar oder definierbar ist. Gerade im sozialen Bereich und im Gesundheitswesen explodieren die Kosten. Und kaum jemand weiß, dass die Gemeinden in diesen Bereichen mit bis zu 50 Prozent beteiligt sind.

Dazu kommt, dass man bei

Pflege – hier werden immer neue Anstrengungen nötig sein, um das zu bewältigen.

Eine der Kernaussagen aus dem Gemeindefinanzbericht ist, dass die Investitionen der Gemeinden wieder zurück gegangen sind. Kehrt sich dieser Trend wieder um?

Die Investitionen in die klassische Infrastruktur sind zurückgegangen, dafür haben die Investitionen der Gemeinden in „weiche Infrastrukturbereiche“ zugenommen. Das geht von In-

Was sagen sie zur Zinsentwicklung? Das ist ja ein Punkt, wo manche Gemeinden in die Bredouille kommen können.

Deswegen empfehle ich den Gemeinden auch immer, die frei verfügbaren Mittel nicht immer nur in neue Projekte zu investieren, sondern auch für Kredit- und Darlehensrückzahlungen zu verwenden.

Jeder auf diesem Gebiet ersparte Euro ist ein doppelter Euro.

Der Entwicklung der freien Finanzspitze der Gemeinden ist in den Medien breiter Raum gewidmet worden. Wie würden Sie das kommentieren?

Zwei Punkte: Erstens sind die Gemeinden pakt- und vertragstreu und erfüllen die Auflage des Stabilitätspakts, ausgeglichen zu bilanzieren, auf Punkt und Beistrich.

Zweitens: Andererseits können die Gemeinden gewisse Ent-



Die Gemeinden sind Pakt- und Vertragstreu und erfüllen die Auflage des Stabilitätspakts, ausgeglichen zu bilanzieren, auf Punkt und Beistrich.

... über den sparsamen Einsatz der freien Finanzspitze

wicklungen, die von Bund oder den Ländern ausgehen, nicht oder kaum beeinflussen, müssen aber mitzahlen.

Das sind Hauptgründe, warum die Gemeinden beim Geldausgeben zu Recht sehr, sehr vorsichtig sind.



Moderator Helmut Brandstätter (ORF), Josef Ackermann (Deutsche Bank), Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Gastgeber Reinhard Platzer.

Erfolgreiche erste Auflage der „Zukunftsgespräche“

Neue Lösungsansätze gefordert

Dr. Reinhard Platzer, Vorstandsvorsitzender der Kommunalkredit Austria, lud Anfang November zur ersten Ausgabe der fortan jährlich stattfindenden „Zukunftsgespräche“. Mit Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer und dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Dr. Josef Ackermann, waren der österreichische Regierungschef und ein „Global Player“ des Finanzsektors der Einladung gefolgt, in ungezwungenem Rahmen über die „Herausforderung Infrastruktur“ zu diskutieren. Das Plenum dieser Veranstaltung bestand aus rund 80 Politikern – darunter auch Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer – und Chefs der heimischen Wirtschaft. Bundeskanzler Gusenbauer erklärte Infrastruktur zu einer der wichtigsten Herausforderungen der Zukunft. Mit dem umfassendsten Infrastrukturprogramm der Geschichte im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, dem umfassenden Bildungspaket, der gezielten Förderung von Umwelt- und Technologie durch den Klimafonds würde die Bundesregierung nachhaltige Verbesserungen für den Wirtschaftsstandort Österreich schaffen. „Infrastrukturpolitik ist umfassende Standortpolitik“, so der Kanzler weiter und verwies dabei auf die Bereiche Verkehr, Umwelt, Steuern und Bildung.

Der Deutsche Bank-CEO Josef Ackermann wies auf die nachtei-

ligen Auswirkungen einer unzureichenden Infrastrukturausstattung hin: „Eine qualitativ und quantitativ unzureichende Infrastruktur wirkt sich auf die gesamte Wirtschaftsentwicklung negativ aus. Wir dürfen daher wichtige Entwicklungen im Infrastrukturbereich nicht versäumen.“ Ackermann machte in diesem Zusammenhang auf die Chancen einer Zusammenarbeit zwischen Staat und Privat in Form von Public Private Partnerships (PPP) aufmerksam: „PPPs sind kein Allheilmittel, können jedoch die Realisierung von Infrastrukturprojekten erleichtern“, so der Deutsche Bank-Chef.

Der Gastgeber der Veranstaltung, Reinhard Platzer, sprach in der Diskussion die Rolle der öffentlichen Hand an. „Die öffentliche Hand muss für ein ausreichendes Infrastrukturangebot sorgen, es jedoch nicht selbst bereitstellen“, so der Kommunalkredit-CEO. Platzer sieht in PPPs einen Lösungsansatz, der den Investitionsstau der öffentlichen Hand rasch abbauen kann und verwies auf Großbritannien, Portugal und Deutschland wo PPPs zunehmend als Beschaffungsalternative wahrgenommen werden. „Klar ist, dass die öffentliche Hand weiterhin die Kontrolle über die Infrastruktur haben sollte“, so Platzer weiter.

Mehr auf

www.kommunalkredit.at

Gemeindefinanzbericht und FAG – die Zukunft der Gemeinden sieht gut aus

Die Grundlagen sind da, jetzt sind die Gemeinden am Zug

Der Gemeindefinanzbericht zeigt auf, dass die Gemeindeinvestitionen 2006 eine Talsohle durchschritten haben. Gleichzeitig mit einer guten Konjunktorentwicklung und einem guten Finanzausgleich haben es die Gemeinden in der Hand, die Investitionsspirale wieder kräftig anzukurbeln. Für KOMMUNAL sprach Mag. Hans Braun mit Dr. Reinhard Platzer, Generaldirektor der Kommunalkredit Austria

Dr. Platzer, wie beurteilen Sie denn die mittel- und langfristigen Auswirkungen des Finanzausgleichs?

Dr. Reinhard Platzer: Die Gemeinden haben den Finanzausgleich gut verhandelt. Rund 550 Millionen Euro netto über die gesamte FAG-Periode mehr sind ein durchaus positives Zeichen. Und die längere Laufzeit von sechs Jahren bringt zusätzlich mehr Planungssicherheit.

Gleichzeitig muss man aber auch sagen, dass jede Menge Arbeit auf die Gemeinden wartet.

Die größten Brocken werden Ausgaben im Gesundheitssektor, der

sozialen Wohlfahrt und in allen Bereichen der Infrastruktur sein.

Dass der Gesundheitsbereich die schwerste Aufgabe der Zukunft sein wird, hat sich seit längerem herauskristallisiert, aber auch die Infrastruktur?

Wir hatten vor kurzem eine sehr intensive Gesprächsrunde mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und dem Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, die so genannten „Zukunftsgespräche“ (siehe auch Artikel auf Seite 15), wo sich herauskristallisierte, dass das Thema Infrastruktur das zentrale Thema der Zukunft sein wird.

Österreich hat im europäischen Vergleich die rote Laterne, was die Investitionen in die Infrastruktur anlangt. Lediglich ein Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt) werden dafür ausgegeben, während es im europäischen Durchschnitt immerhin 2,5 Prozent sind, die Holländer und die Schweden – und das sind durchaus vergleichbare Staaten – investieren drei Prozent, die Tschechen sogar fünf

Österreich hat im europäischen Vergleich die rote Laterne, was die Investitionen in die Infrastruktur anlangt.

Dr. Reinhard Platzer, Generaldirektor der Kommunalkredit Austria über die größten Ausgabenbrocken der Zukunft

Prozent. Österreich ist da sehr schwach, wir liegen im untersten Viertel der EU-Staaten.

Der Haken daran ist, das durch die fehlende Infrastruktur auf den ländlichen Raum erheblicher Druck ausgeübt wird. Die momentane Situation bestärkt die Abwanderungstendenzen in die Städte. Das erhöht wiederum den Druck auf die Ertragsanteile und führt vor allem zu steigenden Ausgaben im Gesundheits- und Sozialsektor.

Aber das ist doch im Endeffekt nichts, was die Gemeinden allein schaffen können. Unter Infrastruktur fällt ja nicht nur der Bereich

Verkehr, sonder auch Gesundheit, Forschung, Kommunikation, um nur einige zu nennen. Wie sollen die Gemeinden diese Brocken angehen?

Völlig richtig. Zuallererst ist es eine Entscheidung der Politik, diese Bereiche anzugehen. Aber dann ist es eine klare Aufgabe der Gemeinden, hier auch zu investieren. Wenn wir uns den Gemeindefinanzbericht ansehen, dann haben die Investitionen 2006 stagniert. Es gab zwar ein „Null-Komma“ Minus, aber sagen wir, es hat stagniert. Und genau diese schwache Investitionstätigkeit verschärft die Strukturschwäche im ländlichen Raum, da die Gemeinden nach wie vor die treibende Kraft der Investitionen sind. Fehlende Investitionen wiederum verursachen durch geringe Standortqualität Abwanderungstendenzen. Das hat weniger Ertragsanteile zur Folge, aber gleichzeitig mehr Ausgaben auf dem Sozialbereich, da die älteren Bürger blieben. Und das wiederum hat zur Folge, dass es weniger Mittel für Investitionen gibt.

Aber 2006 war ein absoluter Tiefststand, der Anteil der Investitionen sollte wieder steigen. Wir denken, dass 2007 eine Trendumkehr stattfand.

Gibt es Anzeichen für diese Trendumkehr?

Der Gemeindefinanzbericht 2007 weist aus, dass sich die freie Finanzspitze im Vorjahr erholt hat. Die Stagnation der Investitionen von minus 0,8 Prozent ist schon als Erfolg zu werten, denn in den Jahren zuvor gingen diese um jeweils mehr als sechs Prozent zurück, 2004 waren es 6,8 und 2005 6,2 Prozent. Diese Dynamik konnte also gebremst werden.

Auch hat sich die Haushaltssituation der Gemeinden verbes-

sert. Das Maastricht-Ergebnis verbessert sich von 205 Millionen Euro auf 256 Millionen, was ein Anstieg von 25 Prozent ist. der Saldo der laufenden Gaba- rung steigt um neun Prozent auf 1,3 Milliarden Euro und die freie Finanzspitze steigt um 37 Prozent auf 434 Millionen Euro. Man muss allerdings dazu sagen, dass diese Entwicklung nicht auf die gute Konjunktur zurückzuführen ist, sondern auf Einmal- effekte. Einmalige Verkaufserlö- se einer Stadt in Kärnten, einma- lige Einnahmen in Folge der Ver- längerung von Gemeindepitälern in Niederösterreich.

Profitieren die Gemeinden denn nicht vom Konjunkturaufschwung?

Oh doch. Die Ertragsanteile sind um 3,6 Prozent gestiegen, die Gemeindeabgaben um 4,3 Prozent, und aufgrund der guten Beschäftigungslage gab es bei der Kommunalsteuer ein besonders starkes Wachstum von plus 4,7 Prozent.

Der neue FAG stärkt kleinere Gemeinden wie auch Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern: Bis 2011 erwarten wir ein Wachstum der Ertragsanteile von mehr als 20 Prozent.

Für 2007 ist mit einer ähnlich guten Einnahmenentwicklung zu rechnen, aber für 2008 erwarten wir eine Abschwächung.

Und wie entwickelt sich die Ausgabenseite. Hält der Abgabendruck weiter an?

Ja, wir haben nach wie vor hohe Ausgaben in den Bereichen Soziales mit einem Anstieg der nettoausgaben von 22 Prozent seit 2002, im Bereich Gesundheit mit 19 Prozent und im Bereich Dienstleistungen mit einem Anstieg von 18 Prozent. Für die Zukunft ist aufgrund der Abwanderungstendenzen und der Überalterung mit einer Fortsetzung dieses Trends zu rechnen.

2006 war ein absoluter Tiefststand, die Investitionen sollten wieder steigen. Wir denken, dass 2007 eine Trendumkehr stattfand.

... über den Trend der kommunalen Investitionen



Foto: Lukas Ilgner

Dr. Reinhard Platzer, Generaldirektor der Kommunalkredit Austria AG

Sagt der Gemeindefinanzbericht auch etwas über die Schulden der Gemeinden aus? Welche Entwicklungen erwarten sie hier?

Die Maastricht-Schulden bleiben stabil bei rund 3,2 Milliarden Euro. Auch die Finanzschulden der Gemeinden erhöhen sich mit 1,3 Prozent nur moderat auf knapp elf Milliarden Euro. Davon steigen die Finanzschulden der rentierlichen Bereiche um zwei Prozent auf 7,8 Milliarden. Was die Gemeinden allerdings auch belasten könnte, ist das steigende Zinsumfeld. So haben sich 2006 die Zinsausgaben erstmals wieder erhöht, und zwar um 11,5 Prozent – oder 32 Millionen Euro – auf 308 Millionen. Ausschlaggebend dafür waren EZB-Leitzinsanhebungen (EZB ist die Europäische Zentralbank, Anm. d. Red.) des Jahres 2006 von 2,25 Prozent zu Jahresbeginn auf 3,5 Prozent Ende 2006

(derzeit liegt der Leitzinssatz bei vier Prozent, Anm.). Und wir erwarten auch 2007 und 2008 weiter ansteigende Zinsausgaben.

Was können die Gemeinden tun, um hier nicht unter die Räder zu kommen?

Wichtig ist vor allem, dass die Gemeinden schauen, dass Kredite eine Fixverzinsung haben und dass sie sich moderner Finanz-

Der neue FAG stärkt kleinere Gemeinden wie auch Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern: bis 2011 erwarten wir ein Wachstum der Ertragsanteile von mehr als 20 Prozent.

... über den Finanzausgleich 2007

produkte bedienen. Jedes Finanzprodukt sollte in seiner Gesamtumgebung evaluiert werden. Ziel muss natürlich sein, möglichst günstig und gleichzeitig risikoarm zu agieren. 2006 betrug die zusätzlichen Ausgaben der Gemeinden allein für Zinsen immerhin 32 Millionen Euro.

Wären PPPs, also Public Privat Partnerships, hier eine Lösung? Ließe sich damit die Belastung für die Gemeinden senken?

PPPs wären ein sehr gutes Instrument um Geld und Ressourcen der Gemeinden zu schonen. Vor allem im Gesundheitsbereich, also bei Spitälern, würden sich die Lösungen anbieten, aber auch bei größeren Infrastrukturinvestitionen. Wichtig beim PPP ist, dass die öffentliche Hand die Leistungen definiert und sozusagen die Fäden in der Hand behält.

Wenn ich Sie um einen Schlußsatz bitten würde, wie würde der lauten?

– überlegt nur kurz – Durch einen sehr gut ausverhandelten Finanzausgleich und begünstigt von einer guten Konjunkturlage haben sich die Gemeinden eine sehr gute Ausgangslage geschaffen. Deren Investitionstätigkeit ist aber nach wie vor äußerst vorsichtig. Es wäre an der Zeit, wieder etwas mehr Optimismus zu zeigen.



Gemeindebund startet österreichweite Info-Kampagne

Gemeinden sollen ihre Leistungen besser darstellen

Inoffiziell fiel der Startschuss für die Informationskampagne „Meine Gemeinde sorgt dafür....“ schon am Gemeindetag in Klagenfurt. Nun geht's auch offiziell los. Alle Gemeinden sind aufgerufen, ihre Leistungen den Bürgerinnen und Bürgern bewusster zu machen. Der Gemeindebund hilft dabei mit Inseratensujets und Mustertexten.

Daniel Kosak

„Viel zu oft wissen die Menschen gar nicht, was ihre Gemeinde alles für sie leistet“, erklärt Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer das Motiv für diese Initiative. „Es ist unser Anliegen und unsere Auf-

gabe als Interessensvertretung, die Gemeinden dabei zu unterstützen, ihre Leistungen besser zu verkaufen und besser ben Bürgern bewusst zu machen und den Menschen ein Bewusstsein dafür zu schaffen, wie wichtig die Leistungen ihrer Gemeinde für die Lebensqualität

jedes Einzelnen sind.“ Der Gemeindebund hat daher insgesamt fünf Inseratensujets produziert, die allen österreichischen Gemeinden rechte- und kostenfrei zum Download zur Verfügung gestellt werden (abgebildet auf dieser und den folgenden Seiten).

Mustertexte, Plakate und Info-Filme

Diese fünf Motive mit den Slogans „Meine Gemeinde sorgt dafür...“ sollen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den kommenden Monaten in ihren Gemeindezeitungen platzieren.



Meine Gemeinde sorgt dafür,
dass Betreuung und Ausbildung
meiner Kinder bestens funktionieren.

Danke!

Wofür Ihre Gemeinde sonst noch sorgt?
www.gemeindebund.gv.at



Meine Gemeinde sorgt dafür,
dass ich in Würde und Geborgenheit
meinen Lebensabend verbringen kann.

Danke!

Wofür Ihre Gemeinde sonst noch sorgt?
www.gemeindebund.gv.at

„Darüber hinaus stellen wir Mustertexte zur Verfügung, die im Detail darstellen, welche Aufgaben die österreichischen Gemeinden tagtäglich erfüllen“, ergänzt Gemeindebund-Generalsekretär Dr. Robert Hink. Über den Partner des Gemeindebundes, die Intranet-Plattform kommunalnet.at sind diese Su-

In die Vordrucke der Sujets für die Gemeindezeitung kann jeder Kommunalpolitiker, wenn er das will, auch das Gemeindewappen oder sein Bild einsetzen.

jets auch in Plakatform bestellbar, jeweils im Format A3 für die Schaukästen sowie im Format A2 für die Gemeindeämter selbst. Die Plakate sind online über www.gemeindebund.at/meinegemeinde zu beziehen und werden im Paket – jeweils vier Stück A3 und jeweils vier Stück A4 – zum Selbstkostenpreis (inkl. Verpackung und Versand) von rund 20 Euro abgegeben und der Gemeinde zugesandt. Die Bestellung ist ab sofort möglich, die Auslieferung der Plakate erfolgt im Jänner 2008.

In die Vordrucke der Sujets für die Gemeindezeitung kann jeder Kommunalpolitiker, wenn er das will, auch das Gemeindewappen oder sein Bild einsetzen. Weiters stellt der Gemeindebund auf www.gemeindebund.at/meinegemeinde auch einen Informationsfilm über die Leistungen der Gemeinden bereit. Dieser Film – das wird vielen noch in Erinnerung sein – wurde erstmals am Gemeindetag 2007 in Klagenfurt gezeigt. Die heimischen Kommunen sollen den Link zu diesem Kurzfilm prominent auf ihrer eigenen Homepage platzieren, damit möglichst viele Menschen ihn sehen können.

Die Landesverbände unterstützen die Aktion

Natürlich wird diese Initiative auch von allen Landesverbänden des Gemeindebundes unterstützt. „Wir haben einfach gesehen, dass viele Dinge in der öffentlichen Meinung so dargestellt werden, als wären es Leis-



Daniel Kosak ist
Pressereferent des
Österreichischen
Gemeindebundes

tungen des Bundes oder der Länder“, so Mödlhammer. „Viele glauben, dass die Kindergärten und Schulen vom Bund bezahlt werden. Wir Kommunalpolitiker wissen aber, wer oft die Rechnung für die Erfüllung bundespolitischer Wünsche bekommt“, so der Gemeindebund-Chef. „Es ist unsere Aufgabe, den Menschen klar zu sagen, dass es in erster Linie die Gemeinden sind, die ihre Lebensbedingungen mitgestalten und vor allem auch bezahlen.“

„Wir rufen alle österreichischen Gemeinden dazu auf, sich an dieser Informationskampagne zu beteiligen und sie über ihre Zeitungen und Homepages zu den Menschen zu tragen“, so Präsident Mödlhammer und Generalsekretär Hink unisono.

Die bürgernächsten ...

„Schon jetzt sehen die Menschen die Gemeinde als die mit Abstand bürgernächste Verwaltungseinheit. Wir wollen, dass dieses Image sich festigt und die Menschen auch anerkennen, was die Kommunen und ihre Mitarbeiter/innen täglich für sie tun.“ Nicht umsonst heißt es oft, dass die Gemeinde „von der

Wir wollen, dass sich das Image der mit Abstand bürgernächste Verwaltungseinheit festigt und die Menschen auch anerkennen, was die Kommunen und ihre Mitarbeiter/innen täglich für sie tun.

Dr. Robert Hink, Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

Wiege bis zur Bahre“ für alles zuständig ist. „Es ist an der Zeit, dieses Signal den Menschen auch zu kommunizieren und damit auch Bundes- und Landespolitikern klar zu machen, wo die politische Arbeit direkt am Bürger tatsächlich stattfindet. „Unsere Mitarbeiter in den Gemeindeämtern, Bauhöfen, Kindergärten, Betreuungsheimen und Einrichtungen sorgen nämlich tagtäglich dafür, dass die Lebensqualität in unseren Gemeinden so hoch ist“, so Mödlhammer. Diese Info-Kampagne ist zumindest eine kleine Anerkennung für diese Leistungen.



Meine Gemeinde sorgt dafür ...

Vier Fragen, vier Antworten

Wie komme ich zu den digitalen Sujets für meine Gemeindezeitung?

Auf der Homepage www.gemeindebund.at/meine-gemeinde finden Sie alle Sujets in druckfähiger Qualität zum kostenfreien Download.

Wie komme ich zu den Musterartikeln für meine Gemeindezeitung?

Ebenfalls auf www.gemeindebund.at/meine-gemeinde können Sie einen allgemeinen Text zu den Leistungen der Gemeinden im Word-Format downloaden. Darüber hinaus gibt es für jedes Sujet einen eigenen Musterartikel, der den in diesem Motiv dargestellten Themenbereich genauer erklärt und mit Zahlen unterfüttert.

Wie kann ich die Plakate bestellen und wieviel kosten sie?

Folgen Sie dem entsprechenden Link auf www.gemeindebund.at/meine-gemeinde, der sie zum Bestellformular führt. Inklusive Verpackung und Versand wird ein Paket mit jeweils acht Plakaten (vier Stück im A3-Format und vier Stück im A2-Format) rund 20 Euro für kommunalnet-Gemeinden kosten. Die Auslieferung erfolgt im Jänner 2008.

Wie komme ich zum Imagevideo?

Ebenfalls auf www.gemeindebund.at/meine-gemeinde finden Sie das Video zur Ansicht und auch zum Download. Wenn Sie es direkt auf ihrer Homepage einbauen wollen, dann ist dort der Direktlink, den Sie nur noch in ihre Homepage einbauen müssen.



Die Vollmacht bei der Akteneinsicht

Wann muss die Behörde prüfen und wann nicht

Wie weist sich jemand aus, der als Bevollmächtigter von einer Behörde Akteneinsicht begehrt? Welche Ausweise sind notwendig? Wann muss die Behörde die Angaben überprüfen? KOMMUNAL gibt eine Antwort auf Fragen, die auch die Gemeinden betreffen.

Dr. Christoph Wiesinger

Viele Bauherren nehmen die Einsicht in der Bauakt vor der Einreichung eines Bauvorhabens nicht persönlich wahr, sondern beauftragen den Planer, die Akteneinsicht vorzunehmen, weil dieser das notwendige sachverständige Wissen hat, um aus dem Bauakt die benötigten Informationen zu erhalten. Der Planer tritt daher vor der Behörde als Bevollmächtigter auf, und es stellt sich daher in der Praxis oft die Frage, wie er seine Vollmacht der Behörde gegenüber nachweisen muss. Einschlägig dafür ist § 10 AVG, der folgende Grundregeln aufstellt:

- ▶ Bevollmächtigte haben eine schriftliche Vollmacht vorzulegen.
- ▶ Wenn der Bevollmächtigte ein berufsmäßiger Parteienvertreter ist (dazu im Folgenden ausführlich), muss er jedoch keine schriftliche Vollmacht vorlegen.
- ▶ Die Behörde kann von einer ausdrücklichen Vollmacht auch dann absehen, wenn es sich um amtsbekannte Familienmitglieder, Haushaltsangehörige, Angestellte oder Funktionäre von Organisationen handelt und kein Zweifel über die Vollmacht besteht.

Berufsmäßige Parteienvertreter sind Personen, die gesetzlich zur Vertretung von Parteien befugt sind. Zur umfassenden Parteienvertretung vor allen Gerichten und Behörden sind die Rechtsanwälte befugt (§ 8 RAO), doch gibt es daneben – mit gewissen Einschränkungen für bestimmte Sachbereiche – weitere berufsmäßige Parteienvertreter. Im Bauverfahren sind neben den Rechtsanwälten folgende Perso-

nen berufsmäßige Parteienvertreter:

- ▶ Ziviltechniker, Architekten (§ 4 ZTG)
- ▶ Baumeister (§ 99 Abs 1 Z 6 GewO)
- ▶ Zimmermeister (§ 149 Abs 6 GewO)

Die gesetzliche Vollmacht geht inhaltlich nicht weiter als das Recht des Auftraggebers. Aus diesem Grund haben daher alle berufsmäßigen Parteienvertreter

Legt ein Ausweisinhaber seinen Ausweis vor und nennt seinen Auftraggeber, ist die Behörde zu Nachforschungen über die Vollmacht nur verpflichtet, wenn begründete Zweifel an der Echtheit des Ausweises oder der Vertretungsbefugnis bestehen.

anzugeben, wen sie vertreten. Besteht nämlich für einen Auftraggeber kein Planeinsichtsrecht, besteht es auch für den Vertreter nicht. Ziviltechniker erhalten von ihrer Standesvertretung einen Ausweis, Baumeister können bei der Bundesinnung Bau einen Ausweis (siehe Bilder links unten) beantragen, der bestätigt, dass der Inhaber Baumeister ist. Legt ein Ausweisinhaber seinen Ausweis vor und nennt seinen Auftraggeber, ist die Behörde zu Nachforschungen über die Vollmacht nur verpflichtet, wenn begründete Zweifel an der Echtheit des Ausweises oder der Vertretungsbefugnis bestehen.



Dr. Christoph Wiesinger ist Referent bei der Geschäftsstelle Bau der Wirtschaftskammer Österreich

Mödlhammer und Kdolsky: Im Schulterschluss zur Familienfreundlichkeit

Die Gemeinden haben ein Herz für Familien

Familienministerin Andrea Kdolsky und Gemeindebund-Präsident

Bgm. Helmut Mödlhammer zeichneten 26 Gemeinden für ihre Familienfreundlichkeit aus. St. Koloman in Salzburg und Moosburg in Kärnten zählen zu den Pionieren auf diesem Gebiet.

Mag. Nadja Tröstl

„Österreichs Gemeinden sind die Basis des Staates. Fühlen sich die Familien wohl, geht es auch den Kommunen gut. Es ist mir eine besondere Freude, 26 Gemeinden für ihre Familienfreundlichkeit auszuzeichnen. Sie haben Pionierarbeit geleistet und verdienen es, dass ihre Leistungen vor den Vorhang geholt werden“, sagte Gemeindebund-Präsident und Bürgermeister von Hallwang Helmut Mödlhammer. Gemeinsam mit Familienmini-

nen (neun Gemeinden) liegen in Oberösterreich. Die Preisträger schaffen sich mit ihrem Einsatz für die Zukunft einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil als attraktive Arbeitgeber und Wohnorte. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für eine familienfreundliche Gesellschaft.

Erstes Zertifikat für St. Koloman und Moosburg

„Die Vereinbarkeitsmaßnahmen der Betriebe müssen natürlich auch von den Kommunen unterstützt, mitgetragen und ergänzt werden“, betonte Ministerin Andrea Kdolsky. Für diesen Zweck wurde vor wenigen Jahren das Audit 'familienfreundliche Gemeinde' ins Leben gerufen, das durch qualifizierte Beratung Gemeinden dabei unterstützt,

ihre Initiativen zu prüfen und weiter auszubauen. Nach einem sechsmonatigen Planungsprozess kann das Grundzertifikat erworben werden. Nach der Umsetzungsphase von etwa drei Jahren kommt es dann zur eigentlichen Zertifikatsverleihung. Diese Stufe haben in diesem Jahr die beiden Gemeinden, St. Koloman in Salzburg und Moosburg in Kärnten, erreicht.

Hallwang und Feldkirch bekamen Grundzertifikat

Mödlhammer stellte unter Beweis, dass auf Worte bereits Ta-

ten gefolgt waren – in seiner eigenen Gemeinde. Hallwang wurde unter anderem für das umfangreiche Angebot an qualifizierten Arbeitsplätzen und an Möglichkeiten zur flexiblen Kinder- und Seniorenbetreuung mit dem Grundzertifikat ausgezeichnet. Der dörfliche Charakter der 3800-Einwohner-Gemeinde mit zahlreichen Vereinsaktivitäten und Nachbarschaftskontakten

Die Oberösterreicher haben besonderes Engagement gezeigt. Fast ein Drittel der prämierten Kommunen (neun Gemeinden) liegen in diesem Bundesland.

Die Aufgabe der Politik ist es, von den positiven Auswirkungen der Familienfreundlichkeit zu überzeugen, die sich auch betriebswirtschaftlich rechnet.

Familienministerin Andrea Kdolsky über die Bedeutung der Kommunen

sterin Andrea Kdolsky verlieh Mödlhammer in einem feierlichen Festakt im Casino Baden die staatlichen Gütesiegel für Familienfreundlichkeit.

Oberösterreich hat die Nase vorn

41 Unternehmen und 26 Gemeinden wurden für Maßnahmen ausgezeichnet, die sie in einem Beratungs- und Begutachtungsprozess ausgearbeitet und umgesetzt haben. Dabei haben die Oberösterreicher besonderes Engagement gezeigt. Fast ein Drittel der prämierten Kommu-

ermöglichen „Leben am Land“. „Unser Erfolgsrezept sind glückliche Bürger. Es gibt eine gewisse Art von Kleinheit. Die Menschen kennen sich. Eltern kommen mit ihren Kindern gerne aus der Stadt Salzburg nach Hallwang“, so Mödlhammer. Der Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes, Wilfried Berchtold, zeigte sich als Bürgermeister von Feldkirch ebenfalls stolz auf die seiner Stadt verliehenen Auszeichnung. In seiner Gemeinde wurde für Familien bereits viel gemacht: In der westlichsten Stadt Österreichs gibt es 13 Regelkindergärten, bedarfsgerechte Ganztages- und Kleinkinderbetreuungsangebote und 20 Kinderspielplätze.

„Bringt Schwung in die Gemeinden“

Auch Badens Bürgermeisterin und somit „Hausherrin“ LAbg. Erika Adensamer kam, um zu applaudieren. Sie brach eine Lanze für das Audit familienfreundliche Gemeinde. „Das Audit bringt Schwung in



Mag. Nadja Tröstl ist Redakteurin der Internetplattform Kommunalnet.at



Feldkirchs Bürgermeister und Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes (ganz links) übernahm für seine Stadt das Grundzertifikat „Familienfreundliche Gemeinde“.



Bei der Zertifikatsverleihung im Casino Baden waren zahlreiche Besucher anwesend



Besondere Freude kam auf, als Ministerin Kdolsky das Zertifikat an Helmut Mödlhammer überreichte. Für seine Gemeinde Hallwang übernahm Mag. Birgit Weichbold die Auszeichnung,

die Gemeinden und ist zugleich Ansporn, noch mehr für die Familien zu tun- und zwar allumfassend.“ Adensamer betonte, dass die Familien an erster Stelle stehen und Zufriedenheit in den Familien beginne. Kdolsky sprach von Generationengärten, die in den Gemeinden für junge und ältere Bürger geschaffen werden. Dort könnten Brücken zwischen den Generationen geschlagen werden.

Auf die Kommunen kommt es an

Mödlhammer hob die Bedeutung der Gemeinden vor, die viel bewegen können. „Wenn Familienfreundlichkeit nicht in der Gemeinde funktioniert, dann funk-

tioniert sie selbst bei guter Gesetzgebung auf Bundes- und Landesebene nicht“, meinte der Gemeindebundchef.

Bestätigt wurde er von Kdolsky: „Die Aufgabe der Politik ist es, von den positiven Auswirkungen der Familienfreundlichkeit zu überzeugen, die sich auch betriebswirtschaftlich rechnet. Außerdem bringt es ein Mehr an Lebensqualität für alle Beteiligten, motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie zufriedene Bewohnerinnen und Bewohner.“ Ein neuer Betrieb konnte im Rahmen der Zertifikatsverleihung bereits gewonnen werden: Bundesrätin Sonja Zwanzl, die die Grußworte von Landes-

betriebswirtschaftlichen Effekten zu profitieren. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt heute sowohl für Eltern als auch für Arbeitgeber eine große Herausforderung dar. Gleichzeitig liegen in der positiven Auseinandersetzung mit diesem Spannungsfeld Chancen für alle Beteiligten.

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt heute sowohl für Eltern als auch für Arbeitgeber eine große Herausforderung dar.

hauptmann Dr. Erwin Pröll überbrachte, kündigte an, dass sich die Wirtschaftskammer Niederösterreich auditieren lassen wird.

Audit „Familie und Beruf“ ist Beratungsinstrument

Das Audit „Beruf und Familie“ ist ein Beratungsinstrument für Unternehmen, Non-Profit-Organisationen und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes, die ihre Familienorientierung gezielt entwickeln wollen, um von den damit verbundenen positiven

Ausgezeichnete Gemeinden

- ▶ Lichtenegg (NÖ)
- ▶ Markt Piesting (NÖ)
- ▶ Eberstallzell (OÖ)
- ▶ Kirchschlag bei Linz (OÖ)
- ▶ Kremsmünster (OÖ)
- ▶ Ohlsdorf (OÖ)
- ▶ Schlägl (OÖ)
- ▶ Aigen im Mühlkreis (OÖ)
- ▶ Frankenmarkt (OÖ)
- ▶ St. Peter am Wimberg (OÖ)
- ▶ Gmunden (OÖ)
- ▶ Radkersburg Umgebung (Stmk.)
- ▶ Weinburg am Saßbach (Stmk.)
- ▶ Wörschach (Stmk.)
- ▶ Gössendorf (Stmk.)
- ▶ Kumberg (Stmk.)
- ▶ Fürstenfeld (Stmk.)
- ▶ Elixhausen (Szb.)
- ▶ Hallwang (Szb.)
- ▶ Mühlbach am Hochkönig (Szb.)
- ▶ Ramingstein (Szb.)
- ▶ St. Koloman (Szb.)
- ▶ Bludenz (Vlb.)
- ▶ Feldkirch (Vlb.)
- ▶ Klein St. Paul (Ktn.)
- ▶ Moosburg (Ktn.)

Auf der den Kongress begleitenden Messe wurden zahlreiche Schutzmaßnahmen sowie Dienstleistungen für die Prävention von Umweltkatastrophen präsentiert.



Fachkongress für Klimawandel und Naturgefahren in Gebirgsregionen

Katastrophenschutz geht alle an

Der Schutz vor Naturgefahren ist eine zentrale Frage für die Sicherheit des Lebensraumes in den Alpen. Ende November fand in Salzburg die „acqua alta alpina“, ein Fachkongress mit begleitender Ausstellung statt. Rund 500 Hochwasserschützern und Klimaexperten berieten über die Folgen des Klimawandels für den sensiblen Alpenraum.

Die einhellige Meinung der Fachleute: Trotz der in diesem Jahr sehr frühen und ergiebigen Schneefälle zeigt der langfristige Trend eine deutliche Erhöhung der Temperaturen im Alpenraum.

und dass gemeinsame Anstrengungen aller staatlichen Ebenen – von der Gemeinde bis zum Bund – erforderlich sind. Österreich hat eine besondere Tradition des vorbeugenden Schutzes, etwa in der Wildbach-

und Lawinerverbauung, wo die Gemeinden meist den Löwenanteil ausfinanzieren. „Die Gemeinden haben sich aufgrund ihrer

Die Gemeinden haben sich nicht nur einen hohen Standard im Bereich des Krisenmanagements erarbeitet, sondern leisten auch in der Vorbeugung wichtige Arbeiten.

Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer

Und gerade der alpine Raum ist besonders sensibel: erhöht sich die Durchschnittstemperatur allgemein um zwei Grad, so nimmt die Temperatur im Gebirge um vier Grad zu. Ziel der Fachmesse war es, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Sicherheit vor Naturgefahren und die Folgen des Klimawandels alle angeht

Kenntnis über die lokalen Gegebenheiten und der langen Tradition im Katastrophenschutz nicht nur einen hohen Standard im Bereich des Krisenmanagements erarbeitet, sondern leisten auch in der Vorbeugung wichtige Arbeiten“, erklärte Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer. „Negativbeispiele,

sei es die Flutkatastrophe in New Orleans oder die Feuerstürme am Peloponnes, bestärken uns, diese wichtige Arbeit zum Schutz der Bevölkerung nicht nur weiterzuführen, sondern zu intensivieren.“

Der Gemeindebund hat bereits im Jahr 2004 einen österreichweiten und viel beachteten Kongress zum Thema Katastrophenschutz veranstaltet. Ein eigener Band der RFG-Schriftenreihe (Nr. 6/04) wurde diesem Thema gewidmet. Außerdem hat der Gemeindebund unter Federführung von Vizepräsident Bgm. Alfred Riedl maßgeblich bei der Erarbeitung der Floodrisk-Studie des Lebensministeriums nach den Hochwasserereignissen von 2002 mitgearbeitet. Und über www.kommunalnet.at werden Dienstleistungen zur Krisenprävention angeboten wie etwa Wetterfrühwarndienste. Als besonders wichtig nannte Mödlhammer die Pflege der Freiwilligendienste, die laufende Ausbildung der Verantwortungsträger in den Gemeinden und in den Blaulichtorganisationen sowie die Vernetzung der Akteure nicht nur für den Ernstfall, sondern auch zur Grundlagenforschung und nachhaltigen Planung des Siedlungsraumes.



Der Kongress

Die acqua alta alpina 2007 bot die ideale Kombination von Theorie und Praxis. Die Kongressbeiträge waren so gewählt, dass sich ihre theoretischen Erkenntnisse in den auf die Praxis ausgelegten Ausstellerangeboten widerspiegeln bzw. ergänzen. So konnten neben den reinen Messebesuchern auch die Kongressteilnehmer motiviert werden, auf der Fachmesse Informationen zu gewinnen. Besonderen Wert wurde auf Themenschwerpunkte gelegt, die den alpinen Raum betreffen. Der zweitägige Kongress war eingeteilt in acht Bereiche mit jeweils mehreren Vorträgen angeboten werden.

Plenum I: Globaler Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Gebirgsregionen

Plenum II: Klimafolgen und Gefahrenerkennung

Plenum III: Prävention und Vorsorge

Plenum IV: Schutzmaßnahmen

Plenum V: Naturgefahren, Kommunikation und Tourismus

Plenum VI: Schutzmaßnahmen in der kommunalen Praxis – an diesem Workshop nahmen u.a. Gemeindevorstände Helmut Mödlhammer, Vizepräsident Alfred Reidl, sowie dem steirischen Katastrophenschutz-Experten Dr. Kurt Kalcher teil.

Plenum VII: Risiko- und Katastrophenmanagement

Plenum VIII: Internationale Projekte

Nachhaltige Sicherheit vor Naturgefahren

Der Schutz ist eine kommunale Aufgabe

Technische Schutzmaßnahmen und Schutzwald bieten nachhaltige Sicherheit vor alpinen Naturgefahren (Hochwasser, Muren, Lawinen, Steinschlag, Rutschungen) für den Siedlungsraum, aber nur dann, wenn sie laufend überwacht, regelmäßig gewartet und im Bedarfsfall Erhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden.

DI Dr. Florian Rudolf-Miklau

Erhaltung bedeutet, den Bestand und die Funktion wertvoller Güter und Objekte auf Dauer zu bewahren. Die Erhaltung von Schutzbauwerken zielt somit auf eine dauerhafte Standsicherheit und Gebrauchstauglichkeit, also eine nachhaltige Schutzwirkung, ab, ebenso bedeutet die Erhal-

großer Teil dieser Mittel wird für die Durchführung neuer Schutzmaßnahmen aufgewendet. Da bereit seit 1884 von der Wildbach- und Lawinenverbauung in Österreich systematisch technische und forstliche Schutzmaßnahmen durchgeführt werden, lässt sich ermesen, wie groß inzwischen der Bestand an Schutzmaßnahmen geworden ist. Es ist



Jährlich werden in Österreich bis zu 115 Millionen Euro in den Schutz vor Wildbächen, Lawinen und Erosion investiert.

tung der Schutzwirkung des Waldes die Bewahrung einer nachhaltigen Stabilität und Erfüllung der Schutzfunktion. Eine Vernachlässigung der Erhaltungsaufgaben kann später zu hohen Sanierungskosten und irreversiblen Schäden führen, ein Prinzip, das sowohl auf technische Schutzmaßnahmen als auch auf den Schutzwald Anwendung findet. Jährlich werden in Österreich bis zu 115 Millionen Euro in den Schutz vor Wildbächen, Lawinen und Erosion investiert. Ein

folglich zu erwarten, dass der Aufwand für die Erhaltung der Bauwerke und der Schutzwälder in einem dem erwünschten Sicherheitsniveau entsprechenden Zustand stark ansteigen wird und die Erhaltung der Schutzes vor Naturgefahren zukünftig eine Aufgabe von strategischer Bedeutung ist.

Glückliches Österreich

Der österreichische Staat ist in der glücklichen Lage, den Bür-

gern einen weit reichenden Schutz und hohe Sicherheit gegen Naturgefahren bieten zu können und verfügt mit dem Katastrophenfonds über ein effizientes Finanzierungsinstrument. Durch die Bereitstellung von Förderungen für Maßnahmen der Wildbach- und Lawinenverbauung wird den Interessenten, in der Regel Gemeinden oder Wassergenossenschaften, ein rascher und unbürokratischer Zugang zur Finanzierung der erforderlichen Schutzmaßnahmen eröffnet. Es ist nicht nur eine Konsequenz der Logik, dass jene Personen, die Schutz durch die gesetzten Maßnahmen genießen, auch für die Erhaltung von deren Wirkung zu sorgen haben, es entspricht auch der geltenden Gesetzeslage, die die Inhaber des wasserrechtlichen Konsenses (Schutz- und Regulierungsbauwerke gemäß § 41 WRG) auch die Erhaltungsverpflichtung übernehmen. In der Praxis bedeutet die Erhaltung von Schutz beispielsweise die jährliche Durchführung der Wildbachbegehung gemäß ForstG 1975, die Durchführung der Gewässeraufsicht, die laufende Überwachung der Schutzbauwerke, die Durchführung von Wartungsarbeiten und die Planung und Umsetzung der erforderlichen Erhaltungsmaßnahmen.

Bedauerlicher Weise ist der Informationsstand über diese wichtige Sicherheitsaufgabe in vielen Gemeinden Österreichs nicht ausreichend verfügbar, vereinzelt wird auch fälschlicher Weise angenommen, dass die Leistungen, die die Dienststellen der Wildbach- und Lawinenverbauung hinsichtlich der Erhaltung von Schutzbauwerken erbringen (zum Beispiel Förderung von Erhaltungsmaßnahmen im Betreuungsdienst) die Konsensinhaber von ihren Erhaltungsverpflichtungen entbinden. In Wahrheit übernehmen die Betreiber von Schutzmaßnahmen, insbesondere die Gemeinden, eine hohe Eigenverantwortung für die Sicherheit und erbringen wichtige Vorsorgeleistungen. Allerdings können sie dabei auf umfangreiche Serviceleistungen durch die Dienststellen der Wildbach- und Lawinenverbauung zurückgrei-



Die Erhaltung von Schutzmaßnahmen ist eine anspruchsvolle Leistung, die neben der finanziellen und technischen Unterstützung der Betroffenen vor allem ein umfassendes Wissen erfordert.

fen. Erhaltung von Schutzmaßnahmen gegen Naturgefahren zählt zu den kommunalen Sicherheitsaufgaben und erfordert die enge Kooperation aller Akteure, vom betroffenen Bürger,

der Schutzwirkung erforderlich sind. Sie gibt Auskunft über die erforderlichen Aufgaben und Maßnahmen der Erhaltung, über die maßgeblichen Rechtsgrundlagen, über die Finanzierung und Förderung, über die Schutzwirkung und deren Beeinträchtigung (Schäden an Bauwerken) und zeigt anhand von erfolgreichen Modellen und Fallbeispielen die zahlreichen Facetten des Erhaltungsmanagements der Wildbach- und Lawinenverbauung auf. Eine Checkliste bietet den Entscheidungsträgern in der Gemeinde auf einen Blick alle relevanten Aufgaben im Zusammenhang mit der Erhaltung, die während eines Jahres zu erfüllen sind. Entsprechung findet diese Checkliste in einem Überblick aller Serviceleistungen, die der Bund durch seine Dienststellen der Wildbach- und Lawinenverbauung den Gemeinden und Wassergenossenschaften bietet und wo rasche und kompetente Beratung und Auskünfte eingeholt werden können. Weiters steht ab Jänner 2008 die neue ON-Regel 24803 „Schutzbauwerke der Wildbachverbauung: Betrieb, Überwachung und Instandhaltung“ zur Verfügung, die eine Empfehlung (Richtlinie) für die organisatorische und technische Abwicklung der Erhaltungsaufgaben bietet und erstmals für Österreich einen „Stand der Technik“ festlegt, der auch den zuständigen Behörden zur Verfügung steht.

Durch die Bereitstellung von Förderungen wird den Interessenten, in der Regel Gemeinden oder Wassergenossenschaften, ein rascher und unbürokratischer Zugang zur Finanzierung der erforderlichen Schutzmaßnahmen eröffnet.

über die Behörde und politischen Entscheidungsträgern bis hin zu den Experten. Die Erhaltung von Schutzmaßnahmen ist eine anspruchsvolle Leistung, die neben der finanziellen und technischen Unterstützung der Betroffenen vor allem ein umfassendes Wissen erfordert. Der Österreichische Gemeindebund und das Lebensministerium setzen aus diesem Grund in Kooperation einen Informationsschwerpunkt zum Thema „Nachhaltige Sicherheit vor Naturgefahren – Erhaltung der Wildbach- und Lawinenschutzbauwerke“. Die Aktionen dieses Programms sind die Publikation einer Informationsbroschüre und von Beiträgen im KOMMUNAL. Die Informationsbroschüre, die in wenigen Wochen an alle betroffenen Gemeinden in Österreich übermittelt wird, enthält alle relevanten Informationen, die zur nachhaltigen Sicherung



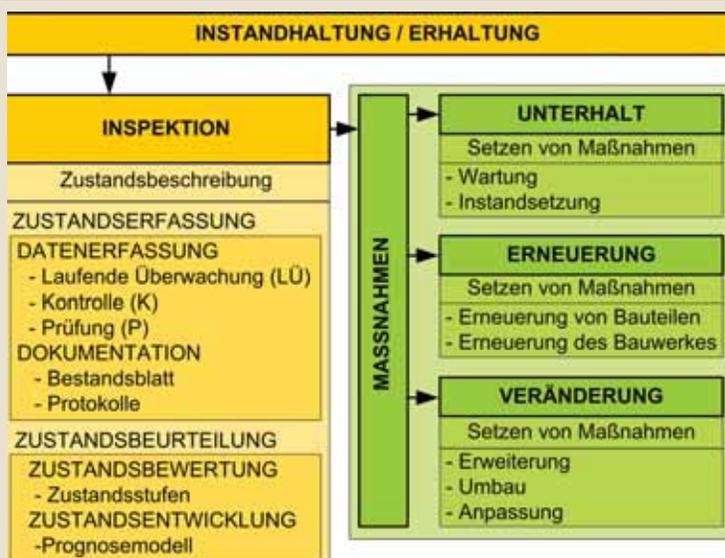
DI Dr. Florian Rudolf-Miklau ist in der Abteilung Wildbach- und Lawinenverbauung der Sektion Forstwesen unter anderem für Technische Richtlinien-Durchführungsbestimmungen zuständig



Fotos: Lebensministerium

In Wahrheit übernehmen die Betreiber von Schutzmaßnahmen, insbesondere die Gemeinden, eine hohe Eigenverantwortung für die Sicherheit und erbringen wichtige Vorsorgeleistungen.

Die Erhaltungsstrategie



Wie bei allen technischen Systemen ist der Wirkungsgrad von Schutzmaßnahmen gegen Wildbach- und Lawinengefahren zunächst in vollem Umfang gegeben, nimmt jedoch mit zunehmender Lebensdauer durch Alterung und prozessbedingte Abnutzung stetig ab. Der Bürger geht jedoch, und das mit Recht, auf Dauer von einer bestehenden Wirkung der Bauwerke und des Schutzwaldes aus und vertraut auf das dem Gefahrenzo-

Letztendlich geht es auch um die Erhaltung der bisher erfolgten öffentlichen und privaten Investitionen in Schutz und Sicherheit.

nenplan zugrunde liegende Sicherheitsniveau. Es ist daher zu ermesen, welche bedeutenden Folgen eine Vernachlässigung der Erhaltung und ein nachfolgender Verlust der Schutzwirkung der Maßnahmen haben kann. Letztendlich geht es auch um die Erhaltung der bisher erfolgten öffentlichen und privaten Investitionen in Schutz und Sicherheit.

Um diesen Entwicklungen rechtzeitig vorzubeugen, unternehmen das Lebensministerium und der Gemeindebund bedeutende Anstrengungen, um die Bewusstseinsbildung für die wichtige Aufgabe der Erhaltung von Schutz durch umfassende Information höchstmöglich zu unterstützen. Die entsprechende Beratung vor Ort und die erforderliche Unterstützung bieten die Dienststellen der Wildbach- und Lawinenverbauung mit ihren Experten.



Eine Informationsbrochure, die in wenigen Wochen an alle betroffenen Gemeinden in Österreich übermittelt wird, enthält alle relevanten Informationen, die zur nachhaltigen Sicherung der Schutzwirkung erforderlich sind.

Verkehrssicherheit & Geschwindigkeitsüberwachung in der Gemeinde

Zu hohe Geschwindigkeit ist immer noch Unfallursache Nr. 1

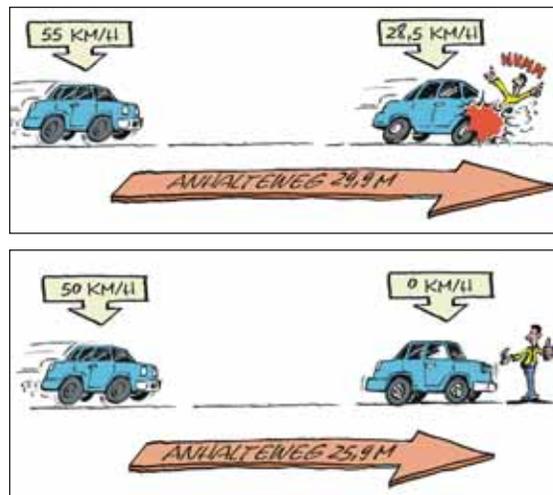
Immer noch ist unangepasste Geschwindigkeit Unfallursache Nummer 1 in Österreich. Gerade im Ortsgebiet könnten die Gemeinden aktiv werden, sehen sich aber konfrontiert mit einer rechtlichen Grauzone. Eine Betrachtung in KOMMUNAL, was nötig wäre.

Dr. Martin Vergeiner

Knapp ein Drittel aller Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang sind auf überhöhte Geschwindigkeit zurückzuführen. Gerade im Ortsgebiet fahren über 60 Prozent der Lenker schneller als 50 km/h, obwohl schon geringe Überschreitungen der erlaubten Geschwindigkeit fatale Auswirkungen haben können. Da die vom Verkehrsteilnehmer subjektiv wahrgenommene Überwachungsintensität entscheidenden Einfluss auf dessen Befolgungsbereitschaft hat, führt eine zusätzliche Geschwindigkeitsüberwachung durch die Gemeinde zu einer erhöhten Befolgungsbereitschaft der Lenker. Dabei kann bereits eine Reduktion der durchschnittlich gefahrenen Geschwindigkeit um nur einen Kilometer pro Stunde zu einer Rückgang der Unfälle um vier Prozent führen. Eine verminderte Kontrolltätigkeit hat hingegen ein langsames, aber stetes Ansteigen der gefahrenen Durchschnittsgeschwindigkeit zur Folge. Im Übrigen ist Ver-

Verkehrsüberwachung ist – selbst ohne Einbeziehung der erlangten Strafge-
l-der – jene Verkehrsicherheitsmaßnahme mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis.

kehrsüberwachung – selbst ohne Einbeziehung der erlangten Strafge-
l-der – jene Verkehrsicherheitsmaßnahme mit dem



Der Unterschied von fünf km/h im Ortsgebiet bei einer Vollbremsung ist zu oft ein Unterschied zwischen Leben und Tod.

besten Kosten-Nutzen-Verhältnis.

Gemeinde-Zuständigkeit stark eingeschränkt

Als polizeiliche (hoheitliche) Tätigkeit ist Verkehrsüberwachung der Verkehrspolizei zuzuordnen und somit hinsichtlich Gemeindestraßen grundsätzlich im Zuständigkeitsbereich der

Bezirksverwaltungsbehörden und Bundespolizeidirektionen. Während eine diesbezügliche Zuständigkeit im eigenen Wir-

kungsbereich der Gemeinde (derzeit) ausgeschlossen ist, kann die Landesregierung die Verkehrsüberwachung per Ver-

ordnung dann an die Gemeinde übertragen, wenn diese über einen Gemeindegewachkörper verfügt (übertragener Wirkungsbereich). Ein Tätigwerden der Gemeinde im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung ist ausgeschlossen. Ohne gesetzliche Änderung sind daher nur wenige Gemeinden überhaupt potentiell für Verkehrsüberwachung zuständig. Festzuhalten ist, dass – einem Erkenntnis des VwGH zufolge – auch bei fehlender Zuständigkeit der Gemeinde deren Geschwindigkeitsmessungen in einem Verwaltungsstrafverfahren verwendet und gewürdigt werden können.

Sind abgekürzte Verwaltungsstrafverfahren zulässig?

Die brennende und immer noch umstrittene Frage ist jedoch, ob Geschwindigkeitsmessungen, die von oder im Auftrag der Gemeinde durchgeführt werden, Grundlage für die Erlassung von Strafverfügungen und Anonymverfügungen sein können. Laut VStG ist es dazu erforderlich, dass die Anzeige entweder auf einer dienstlichen Wahrnehmung eines Organs der öffentlichen Aufsicht oder auf automatischer Überwachung beruht. Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes interpretiert dabei automatische Überwachung im typischen Begriffsverständnis einer (verwaltungs)polizeilichen, also hoheitlichen Überwachung, die nur von den hierfür zuständigen Behörden ausgeführt werden kann; abgekürzte Verwaltungsstrafverfahren sind daher nicht zulässig. Berücksichtigt man jedoch auch die in den Erläuterungen der entsprechenden Bestimmung festgehaltenen Intentionen des Gesetzgebers, so wird erkenn-



Dr. Martin Vergeiner ist Leiter des Bereichs „Verkehr & Mobilität“ im Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV)

bar, dass es diesem auf einen sicheren Beweis ankommt; wer jedoch diesen Beweis anfertigt, scheint unerheblich zu sein, hat der Gesetzgeber hier doch kein-

Die im Bereich der Verkehrsüberwachung in Gemeinden bestehende Rechtsunsicherheit ist der Verkehrssicherheit nicht zuträglich.

erlei Einschränkung normiert. Geschwindigkeitsmessungen der Gemeinde bzw im Auftrag der Gemeinde können daher sehr wohl in die Ausstellung von Strafverfügungen und Anonymverfügungen münden.

Gesetzgeber soll Rechtssicherheit schaffen

Die im Bereich der Verkehrsüberwachung in Gemeinden bestehende Rechtsunsicherheit ist der Verkehrssicherheit nicht zuträglich. Während die hoheitliche Zuständigkeit von Gemeinden zur Geschwindigkeitsbeschränkung äußerst limitiert

Insbesondere ist zu entscheiden, wer im Gemeindegebiet automatische Überwachungen durchführen darf und ob der Gemeinde eine gesetzliche Zuständigkeit zur Geschwindigkeitskontrolle im Gemeindegebiet eingeräumt werden soll.

ist, ist die Frage der Rechtmäßigkeit abgekürzter Verfahren auf Grund von Geschwindigkeitsmessungen der Gemeinde weiterhin strittig und nicht ausjudiziert. Auf Grund der hohen Unfallzahlen besteht allerdings größte Notwendigkeit vermehrter Geschwindigkeitskontrollen im Ortsgebiet, welche übrigens von fast 70 Prozent der Verkehrsteilnehmer befürwortet werden. Der Gesetzgeber ist daher aufgerufen, hier schnellstmöglich rechtliche Klarheit zu schaffen. Insbesondere ist zu entscheiden, wer im Gemeindegebiet automatische Überwachungen durchführen darf und ob der Gemeinde eine gesetzliche Zuständigkeit zur Geschwindigkeitskontrolle im Gemeindegebiet eingeräumt werden soll.



Bei einem Bürgermeisterstammtisch waren neben Minister Platter (2.v.r.) in einer Abschlussrunde 15 Bürgermeister der Region Kaumberg, Kommunalpolitiker sowie der Generalsekretär des Gemeindebundes Dr. Robert Hink (2.v.l.) vertreten. Neben schulischen und sicherheitstechnischen Fragen wurden vor allem Lösungen von Konflikten und budgetäre Anliegen auf Gemeindeebene diskutiert.

Innenminister ist Partner der Gemeinden Aktion „Sichere Gemeinde“

Mitte Oktober war es soweit: im Zuge eines Gemeindetages in Kaumberg wurde das Zusammenwirken von Exekutive, Feuerwehr, Rettung und Zivilschutzverband in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gestellt. Ehrengast Innenminister Günther Platter überzeugte sich als Gemeindeminister von der vorbildlichen Arbeit und den vielen Initiativen auf Bezirks- und Gemeindeebene. Unter dem Motto „Sichere Gemeinde in Kaumberg“ wurde vordergründig vor allem Aufklärungsarbeit über sicherheitsrelevante Themen auf regionaler Ebene geleistet sowie der Ist-Zustand auf Landes- und Bundesebene zu tagesaktuellen Asylthemen näher beleuchtet. In Vorträgen erläuterten Experten die Funktion der Kinderpolizei und den Ablauf des Sicherheitsstammtisches in Lilienfeld. Gewarnt wurde vor allem vor Dämmerungseinbrüchen, in einer Ausstellung rund um das Themenfeld Einbruchschutz wurden Lösungsvorschläge und Sicherheitstipps für Fenster und Türen erteilt. Dr. Franz Prucher, Sicherheitsdirektor für Niederösterreich, untermauerte gemeinsam mit Generalmajor Franz Popp, stellvertretender

Landespolizeikommandant, die wertvolle Zusammenarbeit zwischen der Polizei, der Bezirkshauptmannschaft sowie den Blaulichtorganisationen und des Zivilschutzverbandes vor Ort.

Der Bundesminister für Inneres betonte in einer Grundsatzrede vor allem die Wichtigkeit der Gemeinde für den sozialen Zusammenhalt und deren Engagement im Vereinswesen. Er verwies dabei auch auf die jüngste Umfrage des Gemeindebundes mit 2344 Mitgliedern. Eine Frage analysierte unter anderem den Zufriedenheitsgrad der Polizeiarbeit. Das Ergebnis – zwei Drittel (64,7 Prozent) der österreichischen Bürgermeister reichten ihre Zufriedenheit zum Thema Sicherheit an die erste Stelle und unterstrichen damit ein hohes Maß an Vertrauen.

Ein großes Lob fand Platter vor allem für die großartige Unterstützung bei Katastrophen- und Zivilschutzeinsätzen in der Region. Besonders Hochwasser- und Schnee-Katastrophenereignisse forderten in den vergangenen Jahren ein hohes Maß an freiwilliger Einsatzbereitschaft, aber auch an Zivilcourage.



EU-Batterie-Richtlinie: Das Verursacherprinzip durchsetzen

Die Gemeinden betrifft's zuerst

Die EU Batterie-Richtlinie legt die Pflicht der Hersteller und Importeure zur Teilnahme an einem Sammel- und Verwertungssystem fest. Die nationale Umsetzung sieht die Sammlung durch Gemeinden sowie die Einrichtung einer Koordinierungsstelle vor.

Die innerstaatliche Umsetzung der Batterie-Richtlinie erfolgt in drei Bereichen. Vorerst ist eine Änderung des Abfallwirtschaftsgesetzes (AWG) nötig, die im Nationalrat 2008 beschlossen werden soll. Parallel mit dieser Änderung wird 2008 das „Kernstück“ der Umsetzung, eine neue Batterie-Verordnung, in Kraft treten. Ebenso betroffen ist die Abfallbehandlungspflichtenverordnung.

Der Österreichische Gemeindebund hat bereits während der legislatischen Vorarbeiten die Interessen der Kommunen eingebracht und wurde laufend über den Verlauf der Abstimmungsgespräche, die auch zwischen Umwelt- sowie Wirtschaftsministerium erfolgen mussten, informiert. Die Struktur der Batterie-VO erfolgt in Anlehnung an die Elektroaltgeräte-Verordnung, sie bezieht sich auf drei Batteriekategorien:

- ▶ **Geräte- und Haushaltsbatterien,**
- ▶ **Fahrzeugbatterien sowie**
- ▶ **Industriebatterien**

Bei den Letztgenannten sind die Gemeinden nicht betroffen. Obwohl neben den Kommunen auch der Handel sowie Hersteller und Verwertungssysteme mit der Sammlung beauftragt sind, werden die Gemeinden aber dennoch wieder die ersten Ansprechpartner für den Großteil

der Konsumenten sein. Das bereits im Bereich der Elektroaltgeräte bekannte und bewährte System der Abholkoordination wird nun auch für Batterien eingeführt und bringt keine organisatorischen Neuerungen. Die Kommunen können hinsichtlich der Geräte- und Haushaltsbatterien entweder

Gemeinden leisten einen Beitrag zur modernen Stoffstromwirtschaft: sie müssen für ihre Aufwendungen aber auch die entsprechenden Abgeltungen erhalten.

Vereinbarungen mit Sammel- und Verwertungssystemen abschließen und eine entsprechende Abgeltung festsetzen, oder die Abholung über die Koordinierungsstelle veranlassen. Im Vergleich zu den Elektrogeräten bedarf es bei Batterien allerdings einer deutlich geringeren Menge für eine Abholung, auch wird der Aufwand für die Errichtung der erforderlichen Sammelinfrastruktur geringer ausfallen.

Ziel der Umsetzung ist, dass das Verursacherprinzip zum Tragen kommen muss. Der Österreichische Gemeindebund hat überdies zur Abgeltung der Sammelinfrastruktur verlangt, dass eine entsprechende Vereinbarung zwischen Kommunen und Koor-

dinierungsstelle getroffen wird. Die geplante Kostenregelung sieht neben der Strukturabgeltung auch die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit vor. Die wird sinnvollerweise gemeinsam mit jener für die Elektroaltgeräte abgeschlossen.

Ein Wermutstropfen aus Gemeindesicht ist die Sonderregelung für Starter- und Fahrzeugbatterien, wonach für diese derzeit keine Kostenabgeltung für eine Rücknahme durch die Gemeinden vorgesehen ist. Allerdings sollen die Gemeinden auch nicht zu einer Annahme von Batterien dieser Typen verpflichtet werden. Dies bleibt auf freiwilliger Basis möglich, weil aufgrund des aktuell hohen Rohstoffwertes derzeit ein finanzieller Anreiz gegeben ist. Unabhängig einer diesbezüglichen Regelung besteht für jedes Sammel- und Verwertungssystem eine Abholverpflichtung für Fahrzeugbatterien bei kommunalen Sammelstellen. Im Sinne der ökologischen Verantwortung können sich die Gemeinden auch hier als verlässlicher Partner in der Abfallwirtschaft beweisen.

Derzeit beträgt die Sammelquote in Österreich rund 50 Prozent, ein europäischer Spitzenwert, der unter anderem auf die bisherigen Vorleistungen der Kommunen zurückzuführen ist. Im Interesse einer modernen Stoffstromwirtschaft und der Umwelt werden Österreichs Gemeinden weiterhin einen wertvollen Beitrag leisten, der allerdings auch entsprechend honoriert werden muss.

Programmleitfaden für neues Gemeindeparkerschaftsprogramm abrufbar

Für ein Europa für Bürgerinnen und Bürger

Die Europäische Kommission veröffentlichte Mitte November den lange erwarteten Programmleitfaden für das ab 2007 geltende Bürger-schaftsprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“.

Das Dokument soll allen potentiellen Antragstellern als Leitfa-den bei der Projektgestaltung dienen und gibt einen Überblick über notwendig zu beachtende Inhalte und Fristen. Der Pro-grammleitfaden liegt derzeit nur auf Englisch vor und behandelt sämtliche Teilprogramme des Bürgerschaftsprogramms. Die wesentlichen Informationen zur Antragstellung für Gemeindeparkerschaften finden sich auf den Seiten 33 – 45. Antragsteller sollten beachten, dass von europäischer Seite ge-förderte Begegnungen sowohl Aspekte der europäischen Inte-gration als auch der Freund-schaftspflege umfassen und eine aktive Beteiligung sämtlicher Bevölkerungsschichten und Altersgruppen sicher stellen müssen. Das Verfahren der Antragstel-lung bleibt im wesentlichen un-verändert. Erstmals wird auch eine elektronische Antragstel-lung möglich sein. Als Qualitätskriterien gelten:

- ▶ Der europäische Mehrwert des Projekts, d.h. in welcher Form die Teilnehmer über die EU oder europäische Projekte informiert werden.
- ▶ Die zielgruppengerechte Um-setzung des Programms, d.h. ob Inhalte und Aktivitäten altersge-recht und verständlich aufberei-tet werden.

Das Verfahren der Antragstellung bleibt im wesentlichen unverändert. Erstmals wird auch eine elektronische Antragstellung möglich sein.

- ▶ Die aktive Beteiligung aller Teilnehmer – sowohl aus sämtlichen beteiligten Gemeinden, als auch eine ausgewogene Beteili-gung aller Altersgruppen, Ge-schlechter etc.
- ▶ Werbung und Bewusstseinsbil-dung für das Partnerschaftsproj-ekt, seine Ideen und Ziele in der Gemeindebevölkerung, Ver-ankerung des Partnerschaftsge-

dankens in einer breiteren Öff-entlichkeit.

Daneben werden folgende quan-titative Kriterien besonders berücksichtigt, wobei die Erfül-lung der qualitativen Vorgaben höhere Priorität genießt:

- ▶ Abschluss neuer Partner-schaftsvereinbarungen.
- ▶ Treffen von Gemeinden aus mindestens drei begünstigten Ländern.
- ▶ Treffen zwischen Gemeinden aus alten und neuen Mitglied-staaten.
- ▶ Jubiläumstreffen.
- ▶ Treffen, die Jugendliche und/oder benachteiligte Perso-nengruppen umfassen sowie ei-ne ausgewogene Geschlechter-balance sicher stellen.

Gemeinden, die Partnerschafts-projekte planen, wird empfo-hlen, regelmäßig die Homepage der zuständigen Exekutivagen-tur zu überprüfen, auf welcher in Kürze das vom europäischen Gesetzgeber beschlossene Bürgerschaftsprogramm sowie die für die Antragstellung zu verwendenden Formulare veröffentlicht werden. Da der Programmleitfaden nur ein Informationspapier darstellt, besitzen die Antragsfristen derzeit lediglich indikativen Charakter.

Partnerschaftsprojekte 2008

(Fristen für die Phasen 1 und 2 sind bereits verstrichen)

Phase	Projektzeitraum	Antragsfrist
3	1. Juni – 31. Juli 2008	1. Februar 2008
4	1. August – 30. September 2008	1. April 2008
5	1. Oktober – 31. Dezember 2008	1. Juni 2008

Achtung! Auf Wochenenden oder Feiertage fallende Antragsfristen (Da-tum des Poststempels) werden nicht bis zum nächsten Werktag erstreckt, Anträge müssen dementsprechend vor Fristlauf abgeschickt werden.

Achtung! Selbst wenn von der elektronischen Antragstellung Gebrauch gemacht wird, muss weiterhin eine Papierversion des Antrags fristge-recht (Datum des Poststempels) übermittelt werden. Eine Übermittlung per Fax oder Email wird nicht akzeptiert und ist somit ungültig.

Links zum Partnerschaftsprogramm

<http://eacea.ec.europa.eu/static/en/citizenship/towntwinning/index.htm>

Link zum Programmleitfaden
http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/activecitizenship/guide_en.pdf

CEEP-Tourismusplattform bricht auf zu neuen Ufern

Gemeinden als Geldgeber wollen freie Wahl der Partner

Zum 4. Mal fand dieses Jahr die Konferenz der CEEP-Tourismusplattform statt, in welcher sich Vertreter kommunaler Verbände, öffentlicher Tourismusunternehmen und von Tourismusgemeinden zusammen fanden um die spezifischen Anliegen der Gemeinden und ihrer öffentlichen Unternehmen auf europäischer Ebene zu diskutieren.

Mag. Daniela Fraiss

Der Österreichischer Gemeindebund gehört diesem informellen Netzwerk seit drei Jahren an und beteiligt sich zum zweiten Mal an der Konferenz.

Nachdem man sich im letzten Jahr mit der Frage der Aus- und Weiterbildung im Tourismus be-

Untersucht wurde vor allem die Rolle der Gemeinden als Geldgeber und Unterstützer touristischer Projekte und wie sich Gemeinden beziehungsweise Kleinregionen als touristische Ziele etablieren können.

fasste, standen heuer Tourismusinvestitionen und Finanzierungsfragen im Mittelpunkt. Untersucht wurde vor allem die Rolle der Gemeinden als Geldgeber und Unterstützer touristischer Projekte und wie sich Gemeinden beziehungsweise Kleinregionen als touristische Ziele etablieren können.

Die europäische Dimension der Konferenz behandelte die Frage der Auswirkungen von Binnenmarkts- und Wettbewerbsregeln auf die Gestaltung und Umsetzung kleinerer touristischer Projekte in den Gemeinden.

Alle Beteiligten betonten die Bedeutung der freien Wahl der Projektpartner, da besonders bei kleinen Projekten das Vertrauensverhältnis zwischen den Partnern von großer Wichtigkeit sei.

Werner Schlösser vom Verband europäischer Wasserparks und Direktor der Therme Aachen nannte zum Beispiel das Negativbeispiel im Bereich des Bäderbaus, wo Architekturbüros und Baukonzerne mit äußerst günstigen Angeboten für Errichtung und Betrieb von Hallenbädern andere Konkurrenten aus dem Rennen werfen würden, es jedoch von Anfang an außer Zweifel stehe, dass der Betrieb der Bäder diese Konsortien gar nicht interessiere. Derartige Angebote brächten die ausschreibenden Kommunen jedoch in Konflikt mit den Wettbewerbsregeln, da „Vertrauen zwischen den Partnern“ kein Zuschlagskriterium darstellt.

Am Schnittpunkt der kommunalen Interessen

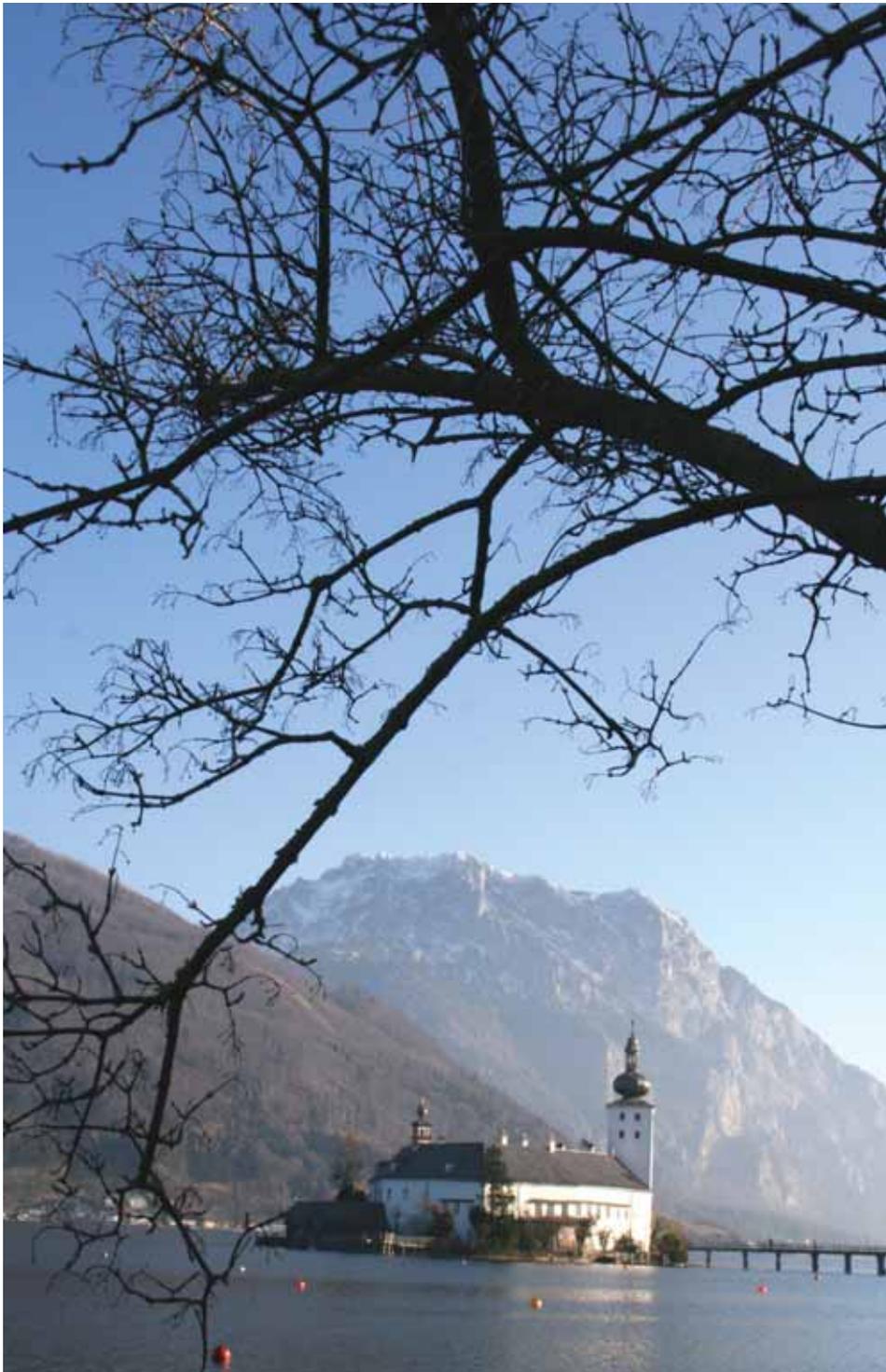
Genau hier treffen sich auch die Interessen der Gemeinden, ihrer Tourismusunternehmen und anderer öffentlicher Unternehmen: Der EU-Kommission müssen von allen Seiten die praktischen Probleme des Vergaberechts verdeutlicht und Verständnis dafür erzeugt werden, dass es mit der Einhaltung von Formalvorgaben nicht immer getan sein kann. Die Konferenz versammelte Redner und Diskussionsteilnehmer aus Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Schweden und Slowenien und lieferte so interessante Einblicke in von öffentlicher Seite unter-

stützte touristische Projekte. So etwa in die Nachnutzung großer Braunkohlezechen in Brandenburg: Bürgermeister Thomas Zenker aus Großräschen berichtete von der Umwandlung des ehemaligen Braunkohlereviere in eine Seenlandschaft, bei der es nicht nur technische und logistische Probleme zu überwinden gilt, sondern auch komplizierte Kompetenzfragen geklärt werden müssen. Denn obwohl die Gemeinden die touristische Nachnutzung der Bergbaugelände deutlich befürworteten, wehrten sie sich gegen die vollkommene Zuständigkeitsübertragung. Denn da aufgrund der geologischen Gegebenheiten eine Versauerung der künstlichen Seen nicht auszuschließen sei, befürchteten die Gemeinden, das „großzügige“ Angebot des Bundes könnte sie womöglich irgendwann in die finanzielle Bredouille bringen.

Ein ebenfalls wasserreiches Projekt stellte der Landtagsabgeordneter Christian Illedits (Bürgermeister von Draßburg, Bez. Mattersburg, Bgld.) vor, der die Erfolgsgeschichte der Burgenländer Sonnentherme Lutzmansburg skizzierte und dabei sowohl auf Finanzierungsaspekte als auch auf die Nachhaltigkeit des Projekts einging. Denn die mit EU-Förderungen errichtete Therme schaffte bereits den wirtschaftlichen Durchbruch, EU-Förderungen von 29 Millionen Euro stehen Steuereinnahmen im doppelten Ausmaß gegenüber. Die Sonnentherme trug überdies zur Schaffung von fast 300 Arbeitsplätzen bei, womit der Pendleranteil in der Region auf 20 Prozent reduziert werden konnte. Vergleicht man ihn mit dem 40prozentigen Pendleranteil im Rest des Burgenlandes, steht die Nachhaltigkeit des Pro-



Mag. Daniela Fraiss ist Leiterin des Brüsseler Büros des Österreichischen Gemeindebundes



Die europäische Dimension der Konferenz behandelte die Frage der Auswirkungen von Binnenmarkts- und Wettbewerbsregeln auf die Gestaltung und Umsetzung kleinerer touristischer Projekte in den Gemeinden. Einhellig unterstrichen wurde die Bedeutung der freien Wahl der Projektpartner, da besonders bei kleinen Projekten das Vertrauensverhältnis zwischen den Partnern von großer Wichtigkeit ist.

jekts auch hier außer Zweifel. Erstaunen erweckte die Ankündigung Illedits, die öffentliche Hand werde sich in Kürze aus dem Thermenprojekt zurück ziehen und die Therme in die

Selbstständigkeit entlassen, denn besonders in Deutschland ist die Privatisierung erfolgreicher öffentlicher Unternehmen derzeit undenkbar. „Wir planen bereits den näch-

Wenn der Nachbar nicht mehr als Bedrohung gesehen wird sind erfolgreiche Kooperationen über Landesgrenzen hinweg möglich.

Gemeinbund-Vizepräsident Bgm. Bernd Vögerle über den sanften Tourismus im Wiener Umland, der durch die landesgrenzenüberwindende Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich neue Impulse erfuh.



Die positiven Impulse wären ohne EU-Fördermittel nicht möglich gewesen.

Bgm. Christian Illedits zur Illustration der Entwicklungsgeschichte der Sonnentherme Lutzmannsburg, welche mit einem Bad am Acker begann.



sten Schritt, nämlich die Entlassung in die Selbstständigkeit. Die öffentliche Hand hat ihre Aufgabe erfüllt, jetzt kann die Privatwirtschaft übernehmen.“ Bgm. Illedits zu den Zukunftsplänen für die Sonnentherme Lutzmannsburg, welche v.a. bei der deutschen Delegation großes Staunen hervor riefen.

Kooperation über die Landesgrenzen hinaus

Gemeinbund-Vizepräsident Bgm. Bernd Vögerle (Gerasdorf, Bez. Wien-Umgebung, NÖ) widmete sich in seinem Vortrag dem sanften Tourismus im Wiener Umland, der durch die landesgrenzenüberwindende Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich neue Impulse erfuh. Im Wiener Umland bewährt sich der Sporttourismus entlang des Machfeldkanals, mehrere Gemeinden planen gemeinsam Projekte, setzen diese gemeinsam um und teilen sich die Früchte des Erfolgs. „Wenn der Nachbar nicht mehr als Bedrohung gesehen wird sind erfolgreiche Kooperationen über Landesgrenzen hinweg möglich,“ so Vögerle Der Erfahrungsaustausch im italienischen Kleinstädtchen Castiglione del Lago stärkte die Beziehungen zwischen den Partnern, ermöglichte Einblicke in innovative Nischenprojekte und gab Anstöße für weitere gemeinsame Initiativen auf europäischer Ebene.

Die Regionen und Städte und der Strukturwandel

Die Krise hat nichts Schicksalhaftes



Die Europäische Kommission ersuchte den Ausschuss der Regionen um eine Prospektivstellungnahme zum Thema „Erfolgsfaktoren für lokale und regionale Strategien zur Antizipation und Begleitung von Umstrukturierungsprozessen“.



Eine kurzfristige Lösung von Problemen führt oft zu ernsthaften Schwierigkeiten für die Region.

Witold Krochmal, Berichterstatter der Prospektivstellungnahme

Ausgelöst durch die Globalisierung stellen die Betriebsverlagerungen, die Einführung neuer Technologien und der Strukturwandel für die regionalen und lokalen Mandatsträger eine ständige Besorgnis dar. „Aus meiner persönlichen Erfahrung in der Region Nord-Pas de Calais in Frankreich und ganz besonders in Dünkirchen“, erklärt Michel Delebarre, Präsident des Ausschusses der Regionen, „weiß ich sehr gut, welche nachteiligen kollektiven und individuellen, wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Folgen sich aus den sukzessiven Umstrukturierungen des Kohle-, Stahl-, Textil-, Chemie- und Schiffsbausektors ergeben. Die Liste ließe sich noch weiterführen, man denke nur an die laufenden Verhandlungen zwischen den Weltkonzernen der Automobil- und der Hüttenindustrie“.

Nach Ansicht des Ausschusses der Regionen führt ein „wilder“ Strukturwandel zu keinem zufrieden stellenden Ergebnis. „Eine kurzfristige Lösung von Problemen führt oft zu ernsthaften Schwierigkeiten für die Region“, so Witold Krochmal, der Berichterstatter der Prospektivstellungnahme „Erfolgsfaktoren für lokale und regionale Strategien zur Antizipation und Begleitung von Umstrukturierungsprozessen“, die am 11. Oktober im Plenum verabschiedet wurde. „Die Herausforderung besteht darin, den Strukturwandel zu antizipieren, anstatt ihn, wenn er schon unabwendbar ist; stoppen zu wollen. Den Strukturwandel zu antizipieren, damit die Regionen, die Kommunen, die Menschen möglichst wenig in Mitleidenschaft gezogen werden und sogar von den Veränderungen profitieren können. Die Restrukturierung muss daher

auch als Chance begriffen werden, bestehende und künftige wirtschaftliche Probleme zu lösen und die unerwünschten Folgen einer solchen Situation abzufedern und zu vermeiden“. Die regionale Ebene ist am besten geeignet, durch eine Mobilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Akteure wirkungsvolle Umstrukturierungsmaßnahmen zu planen und durchzuführen. Zu einer erfolgreichen Umstrukturierung gehört eine gelungene Partnerschaft zwischen Unternehmen, Arbeitgebern und Gewerkschaften, den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, Hochschulen und Forschungseinrichtungen. „Die Krise hat nichts Schicksalhaftes“, so Michel Delebarre weiter, „es kann sich eine positive Dynamik entwickeln, durch die sich die Zukunft einer Region vollkommen umgestalten lässt, die den Opfern der Umstrukturierungen neue Hoffnung gibt und durch die neuer Wohlstand geschaffen wird“. Diese Dynamik muss im nationalen, aber auch europäischen Zusammenhang gesehen werden, wobei „sowohl an die Kohäsionspolitik und den Europäischen Sozialfonds oder

Die Krise hat nichts Schicksalhaftes, es kann sich eine positive Dynamik entwickeln, durch die sich die Zukunft einer Region vollkommen umgestalten lässt, die den Opfern der Umstrukturierungen neue Hoffnung gibt und durch die neuer Wohlstand geschaffen wird.

Michel Delebarre, Präsident des Ausschusses der Regionen und Bürgermeister von Dünkirchen





Der Ausschuss der Regionen dringt auf die Einordnung der Regionen entsprechend der Art der Umstrukturierung, von der sie jeweils betroffen sind (landwirtschaftliche Regionen, Gebiete in Randlage, durch Leicht- oder Schwerindustrie, Bergbau oder Textilindustrie geprägte Regionen...).

auch an den sozialen Besitzstand der Gemeinschaft und den europäischen sozialen Dialog zu denken ist“, betont Witold Krochmal.

Der Ausschuss der Regionen dringt auf die Veröffentlichung bewährter Vorgehensweisen und die Einordnung der Regionen entsprechend der Art der Umstrukturierung, von der sie jeweils betroffen sind (landwirtschaftliche Regionen, Gebiete in Randlage, durch Leicht- oder Schwerindustrie, Bergbau oder Textilindustrie geprägte Regionen...). Die Initiative „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ könnte in diesem Sinne genutzt werden.

Der AdR ruft ebenso dazu auf, rechtliche Hindernisse für öffentlich-private Partnerschaften, die dem Umstrukturierungsprozess zugute kommen können, zu beseitigen. Die Mitgliedstaaten regt er dazu an, für die Akteure des Umstrukturierungsprozesses steuerliche Anreize zu schaffen. Auch Investitionen in Humankapital sowie der Wahrung von Traditionen und der lokalen Kultur müsste zentrale Bedeutung beigemessen werden. „Dies sind alles Pluspunkte bei der Umstrukturierung“, so der Berichtserstatter.

Der europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung

Dieser 2006 eingerichtete europäische Fonds soll Arbeitnehmern, die wegen der Auswirkungen der Globalisierung auf ihr Unternehmen den Arbeitsplatz verloren haben, Hilfestellung für den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben bieten. Die Mitglieder des Ausschusses der

Regionen haben die Einrichtung dieses Fonds, der mit Mitteln in Höhe von 500 Millionen Euro aus den nicht ausgeschöpften Mitteln des Gemeinschaftshaushalts ausgestattet ist, sehr positiv aufgenommen. Diese Mittel sollen 35.000 bis 50.000 Arbeitnehmern bei der beruflichen Wiedereingliederung helfen.

Dokumente des AdR

„Erfolgsfaktoren für lokale und regionale Strategien zur Antizipation und Begleitung von Umstrukturierungsprozessen“

CdR 340/2006

„Ein politischer Rahmen zur Stärkung des verarbeitenden Gewerbes in der EU – Auf dem Weg zu einem stärker integrierten Konzept für die Industriepolitik“

CdR 39/2006

„Einrichtung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung“

CdR 137/2006

Infos aus erster Hand

Diese Seite ist gestaltet und autorisiert durch:



Rue Belliard 101,
B-1040 Brüssel
Tel: 0032/2/282 2211
Fax: 0032/2/ 282 2325
Web: www.cor.europa.eu

Einstimmige Wiederwahl

Häupl erneut RGRE-Präsident

Der Wiener Bürgermeister und Städtebund-Präsident Michael Häupl (Bild unten) ist Anfang Dezember in Stuttgart einstimmig als Präsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) wiedergewählt worden. Er hat dieses Amt bereits seit dem Jahr 2004 inne. Damals wurde er zum Nachfolger des vor-maligen französischen Staatspräsi-

denten Valéry Giscard d'Estaing bestimmt.

Aufgabe des Gremiums sei es, die Interessen der Kommunen und Gemeinden in der EU und Europa zu vertreten, so Häupl nach der Wiederwahl zur APA. Denn: „Drei Viertel aller Entscheidungen in den Gemeindestuben werden von der Union beeinflusst.“ Wichtigstes Ziel sei die reale Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips. „Die Städte sollen selbst entscheiden können, wie sie die Müllabfuhr oder den Verkehr organisieren“, sagte Häupl. In seinem Amt als Generalsekretär bestätigt wurde Jeremy Smith (rechts). Die Amtszeit läuft bis 2009.

Der RGRE wurde 1951 von einer Gruppe von Bürgermeistern in Genf gegründet und ist nach eigenen Angaben heute die größte Interessensvertretung der Städte, Gemeinden und Regionen auf europäischer Ebene. Seine Mitglieder sind nationale Städte- und Gemeindebünde bzw. Städtetage, Gemeinden und Regionen aus 36 Ländern. Mehr auf www.ccre.org



Foto: B. Baltisch



Mehrsprachige Gesellschaft fördert Mobilität in den Regionen und Städten

Mehrsprachigkeit ist der Schlüssel zu Europa

Sprachenlernen trägt nach Ansicht des Ausschusses der Regionen zur sprachlichen und kulturellen Vielfalt der Europäischen Union und zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit bei.

Wenn eine Sprache stirbt, dann stirbt ein Teil vom Herzen Europas – dieser Ausspruch von José Maria Munoa (ALDE/ES) verdeutlicht, dass die Sprachenfrage in Europa starke Emotionen hervorruft. Sprache und regionale Identität sind untrennbar miteinander verbunden. Die Achtung der sprachlichen Vielfalt ist ein Grundprinzip der Europäischen Union. Dieses Prinzip gilt nicht nur für die 23 Amtssprachen der EU, sondern auch für die Regional- und Minderheitensprachen. In seiner Stellungnahme zum Thema „Förderung und Schutz von Regional- und Minderheitensprachen“ im Jahr 2001 betonte der Ausschuss der Regionen (AdR) die Rolle der Regional- und Minderheitensprachen bei der Verständigung der Bevölkerungsgruppen untereinander. In der Zwischenzeit – im Januar 2007 – wurde Irisch Amtssprache der Europäischen Union. Außerdem genießen Katalanisch, Baskisch und Galicisch – von der spanischen Verfassung anerkannten Sprachen – gemäß einem im Juni 2005 geschlossenen Abkommen zwischen dem Rat der Europäischen Union und der spanischen Regierung innerhalb der Union einen besonderen Status. Der Gebrauch dieser Sprachen ist aufgrund von Abkommen



Foto © European Community, 2007

Der AdR hat sich dafür ausgesprochen, die auf europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen für Mehrsprachigkeit stärker auf die Städte und Regionen auszurichten.

zwischen dem Rat und jeder einzelnen Institution zugelassen. Der AdR war übrigens im November 2005 die erste Institution, die ein solches Abkommen unterzeichnete. Europa findet nicht länger nur in Brüssel statt. Diese Initiative wird zur stärkeren Identifizierung der Bürger mit dem politischen Projekt Europa beitragen, so damals Pasqual Maragall, Präsident Katalonien und Mitglied des AdR.

Mehrsprachigkeit : der Schlüssel zur Mobilität

Auf der im April 2007 vom AdR

in Bozen veranstalteten Konferenz zur „Bedeutung einer mehrsprachigen Gesellschaft für die Förderung der Mobilität in den europäischen Regionen und Städten“ unterstrich der AdR gegenüber dem für das neu geschaffene Ressort „Mehrsprachigkeit“ zuständigen Kommissionsmitglied Leonhard Orban die Notwendigkeit, mehr Ressourcen für den Spracherwerb bereitzustellen. Auf europäischer Ebene spielen Investitionen in sprachliche Bildung bei der Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Förderung des interkulturellen Dialogs eine wichtige Rolle, erklärt Seamus Murray, Mitglied des Grafschaftsrates von Meath und der Regionalbehörde Mid-East (Irland) und Berichterstatter der Stellungnahme des AdR zum Thema Mehrsprachigkeit. Gleiches gilt für die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union, da diese Investitionen neue Geschäftsmöglichkeiten für Unternehmen eröffnen können. Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung, des demografischen Wandels und der Veränderung auf dem Arbeitsmarkt sind hoch qualifizierte Arbeitskräfte, die Fremdsprachen beherrschen, unerlässlich. Fremdsprachen sind der Schlüssel zur beruflichen Mobilität. Der AdR hat sich dafür ausgesprochen, die auf europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen für Mehrsprachigkeit stärker auf die Städte und Regionen auszurichten. Des Weiteren möchte der AdR kurz vor Beginn des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs darauf hinweisen, wie wichtig es ist, dass Einwanderer sowohl ihre Herkunftssprache weiter pflegen als auch die Sprache ihres Aufnahmelandes erlernen können.

Fonds gesundes Österreich unterstützt mehr Bewegung in der Stadt

Für die Rad-freundliche Stadt

60 Prozent der Österreicher/innen bewegen sich nicht genug. Die Gründe dafür liegen nicht nur bei jeder/m Einzelnen, sondern oft fehlen auch die Voraussetzungen. Ein Forschungsprojekt untersuchte die Bedingungen für eine radfreundliche Stadt.



„Knapp ein Viertel der Befragten gab an, in den vergangenen sieben Tagen das Rad benützt zu haben. Dieses Ergebnis zeigt, dass das Rad in der Stadt Graz ein wichtiges Verkehrsmittel ist“, betont Univ. Prof. Dr. Sylvia Titze vom Institut für Sportwissenschaft der Karl Franzens Universität Graz.

Körperliche Aktivität hat nicht nur mit Sport zu tun: Auch im Alltag kann man sich ausreichend bewegen. Studien weisen darauf hin, dass günstige soziale und umweltbezogene Rahmenbedingungen die Häufigkeit des Zu-Fuß-Gehens erhöhen. Beim Radfahren wurden diese Zusammenhänge allerdings noch kaum untersucht. Ein Forschungspro-

Bei der Verkehrsmittelwahl spielt die Distanz eine wichtige Rolle: Ab einer Entfernung von mehr als vier Kilometern benutzten signifikant weniger Personen das Rad.

jekt des Grazer Instituts für Sportwissenschaft an der Karl Franzens Universität, das der FGÖ mitfinanziert, sollte Aufklärung verschaffen.

Methoden

Für das Forschungsprojekt wurden zwei Methoden eingesetzt: eine Telefonbefragung und ein geographisches Informationssystem (ArcGIS). Die Telefoninterviews umfassten eine repräsentative Stichprobe der 15- bis 60-jährigen Grazer/innen. Befragt wurden Einstellungen zum Radfahren, sozialen Vorbilder und subjektive Wahrnehmung der Umwelt.

Mit dem geographischen Informationssystem konnten städtebauliche Verhältnisse wie z.B. Radwege und Grünflächen entlang der gewählten Routen identifiziert und visualisiert werden. Für die Analysen benützte man Verfahren der multivariaten Statistik. Die Ergebnisse können auch auf andere Städte übertragen werden.

Ergebnisse

„Knapp ein Viertel der Befragten gab an, in den vergangenen sieben Tagen das Rad benützt zu haben. Dieses Ergebnis zeigt, dass das Rad in der Stadt Graz ein wichtiges Verkehrsmittel ist“, betont ao. Univ.-Prof. Dr. Sylvia Titze vom Institut für Sportwissenschaft der Karl Franzens Universität Graz.

Bei der Verkehrsmittelwahl spielt die Distanz eine wichtige Rolle: Ab einer Entfernung von mehr als vier Kilometern benutzten signifikant weniger Personen das Rad. Die Dichte der Ampelanlagen entlang der Route scheint hingegen keinen Einfluss auf die Verkehrsmittelwahl zu haben. Der Anteil der Radwege und -streifen ist allerdings ausbaufähig: Rund ein Viertel

der Befragten hatte mehr als 50 Prozent Radwege entlang ihrer Strecke. Bei der Hälfte der Befragten waren es weniger als 25 Prozent oder gar keine Radwege.

„Die Studienergebnisse zeigen, dass eine gute Radinfrastruktur, das Vorhandensein von Radwegen sowie die Möglichkeit, mit dem Rad Abkürzungen machen zu können, den Anteil der Radbenützer/innen erhöht“, erklärt Titze. Zur Förderung des Radfahrens in der Stadt Graz seien Maßnahmen auf drei Ebenen erfolgversprechend: Auf der Infrastrukturebene, auf der Ebene des sozialen Umfeldes (Familie und Freund/innen benützen das Rad als Verkehrsmittel) sowie auf der Ebene der persönlichen Wahrnehmung von Vor- und Nachteilen des Radfahrens.

Infos & Kontakt

Karl Franzens Universität
Graz – Institut für Sportwissenschaft, Ao. Univ. -Prof.
Dr. Sylvia Titze
Tel: 0316/380-2332
sylvia.titze@uni-graz.at
Endbericht unter:
www.fgoe.org/projektfoerderung/geofoerderte-projekte/FgoeProject_327715/718882



Die Auszeichnung der klima:aktiv mobil Projektpartner im Mobilitätsbereich für ihren Beitrag zum Klimaschutz ist jedes Jahr feierliches Highlight und bietet gute Chancen, klima:aktiv weiter zu vernetzen und die Idee weiterzutragen – hier mit Umweltminister Josef Pröll.

klima:aktiv mobil: Einblick, Rückblick, Ausblick

Ein Programm auf Erfolgskurs

2008 wird mit „Mobilitätsmanagement für Bauträger, Immobilienentwickler und Investoren“ das bislang letzte – und sehr ambitionierte – Programm starten, das die Brücke zwischen Raumordnung (Bauen, Wohnen, Infrastruktur, Erschließung) und Mobilität schlägt.

Alle klima:aktiv mobil Programme sind österreichweit auf Erfolgskurs. Dies zeigte im November 2007 eine erfreuliche Zwischenbilanz: 159 klima:aktiv mobil Projektpartner, davon 18 Gemeinden, 13 Verwaltungen, neun Tourismuseinrichtungen und 119 Betriebe sparen durch Klimaschutzprojekte jährlich 109.900 Tonnen CO₂ ein.

klima:aktiv mobil Förderprogramm

Ergänzend zu den zielgruppenspezifischen Beratungsprogrammen und komplementär zur Förderschiene „Betriebliche Verkehrsmaßnahmen“ im Rahmen der Umweltförderung im Inland, konnte im Mai 2007 seitens des Lebensministeriums das Förderprogramm klima:aktiv mobil, insbesondere für Gemeinden, KMUs und zur

Forcierung des Radverkehrs gestartet werden. Dieses bietet den Zielgruppen attraktive finanzielle Förderungsanreize für die Umsetzung von CO₂-reduzierenden Maßnahmen zur Forcierung



**Beratungsprogramm
Mobilitätsmanagement für Städte,
Gemeinden und Regionen**

Neue Impulse für Klimaschutz im Verkehr



derung des Radverkehrs, für klimaschonendes Mobilitätsmanagement und Mobilitätszentralen sowie für innovative bedarfsorientierte Lösungen im öffentlichen Verkehr.

klima:aktiv mobile Angebote für Gemeinden

Mit dem Programm „Mobilitätsmanagement für Städte, Gemeinden und Regionen“ wird österreichischen Gemeinden kostenfrei Unterstützung bei der Planung, Umsetzung und Bewerbung von klimafreundlichen Verkehrslösungen angeboten. Neben professioneller Beratung stellt das Programm kostenlose Materialien wie Sujetvorlagen, Aktionsvorschläge, Pressevorlagen für Kampagnen und Markierung zum Radverkehr, Fußgängerverkehr, öffentlichen Verkehr, Nahversorgung, zur Verfügung. Diese können individuell von der jeweiligen Gemeinde adaptiert werden.

Information

Mehr Infos zu den einzelnen klima:aktiv mobil Programmen und zu den Angeboten für Gemeinden gibt es auf:
www.klimaaktivmobil.at
www.lebensministerium.at



*Sehr geehrte Leserinnen
und Leser des Kommunal!*

*Ich möchte Ihnen
und Ihren Familien im
Namen des Lebensministeriums
frohe Weihnachtsfeiertage sowie
viel Glück und Erfolg
für das kommende Jahr 2008
wünschen*

*Mit besten Grüßen
Josef Pröll*

Präsentation

Neuauftritt unter einer Dachmarke



Höhere land- und
forstwirtschaftliche Schulen
Lehre und Forschung
www.hlfs.at

Anfang November 2007 wurde die neue Dachmarke der Höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen präsentiert. Mit einer klaren und einprägsamen Visualisierung und einer neuen Kurzbezeichnung (hlfs – Höhere land- und forstwirtschaftliche Schule) stellten sich die Schulen vor. Die Dachmarke steht für die Leistungsfähigkeit der Schulen, beinhaltet ein verbindliches Qualitätsversprechen und verfolgt das Ziel, sich als Schultyp am nationalen und internationalen Bildungsmarkt unverwechselbar und erfolgreich zu präsentieren.
www.hlfs.at



lebensministerium.at

„Grüner Ball“ ist europaweit einzigartiges Sponsormodell

Klimaneutrale EM 2008 durch „Umwelt am Ball“



Umwelt am Ball

„Die EURO 2008 ist die größte Veranstaltung, die Österreich und die Schweiz je durchgeführt haben. Umweltpolitisches Ziel ist es, dieses Sportereignis in Österreich klimaneutral zu machen. Dafür werden wir nicht nur das mit der Schweiz gemeinsam entwickelte Nachhaltigkeitskonzept Schritt für Schritt umsetzen, sondern auch neue Wege bei der Finanzierung von Klimaschutzprojekten gehen. Ab sofort haben private Sponsoren die Möglichkeit, von der Kommunalkredit Public Consulting geprüfte österreichische Klimaschutzprojekte zu unterstützen. Das neue Modell kann auch nach der Europameisterschaft für die Kompensation von CO₂-Emissionen dienen.“ Das erklärte Umweltminister Josef Pröll im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz mit DI Bernhard Sagmeister von der Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Dr. Klaus Reisinger, Geschäftsführer von ClimatePartner Austria/ALLPLAN und Mag. Hans Strassl, Vorsitzender des Vorstandes der BP Austria AG, anlässlich der Präsentation des neuen „Umwelt am Ball“-Sponsoringmodells für österreichische Klimaschutzprojekte im Wiener Ernst Happel-Stadion.

In einer ersten groben Abschätzung rechnet das Umweltbundesamt mit ca. 40.000 Tonnen CO₂, die durch die EURO 2008 zusätzlich in Österreich anfallen werden. Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, wurde im Lebensministerium eine eigene „Umwelt am Ball“-Förderschene geschaffen. Sie unterstützt Beratungs- und Investitionskosten für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, die von kommunalen Einrichtungen, Sportvereinen und Tourismusbetrieben aus Anlass der EURO 2008 gesetzt werden. Zusätzlich startet das Lebensministerium jetzt ein neues Finanzierungsmodell für Klimaschutzprojekte durch private Sponsoren. „Umwelt am Ball“ ist die Initiative von Lebensministerium und „2008 - Österreich am Ball“ zur Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzeptes für die EURO 2008 in Österreich. Die Koordination liegt bei der brainbows gmbh. Weitere Informationen zu „Umwelt am Ball“ auf www.umweltamball.at

Ökologischer Fußabdruck testet den eigenen Lebensstil

<http://www.mein-fussabdruck.at>

Der Ökologische Fußabdruck ist die einfachste Möglichkeit, die Zukunftsfähigkeit des eigenen Lebensstils zu testen. Errechnen Sie Ihren persönlichen Footprint und finden Sie heraus, was sie persönlich gegen die Zerstörung unseres Planeten tun können. Allgemeine Fragen zum Footprint Rechner E-Mail: fussabdruck@lebensministerium.at oder www.lebensministerium.at



Studie der Uni Salzburg belegt Potenzial des „kollaborativen Lernens“

Gemeinsam arbeiten, mehr erreichen

Im Juni starteten Telekom Austria und das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (bm:ukk) ein innovatives Pilotprojekt: An neun österreichischen Hauptschulen arbeiteten SchülerInnen und LehrerInnen mit Social Software wie Wiki und Weblog, um Wissen und Erkenntnisse virtuell teilen zu können. Eine Bilanz.

„Die Schüler hatten große Freude daran, im Team an einer gemeinsamen Aufgabe zu arbeiten. Der Einsatz von Web 2.0 führte so zu einer höheren Lernmotivation“, so Prof. Dr. Ingrid Paus-Hasebrink, Leiterin der Abteilung für Audiovisuelle Kommunikation am Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg. „Analog bewertete die Mehrzahl der Schüler und Schülerinnen das Projekt Web 2.0-Klasse besser als die Schule im Allgemeinen.“ Weiters bestätigten alle beteiligten LehrerInnen, dass die Medienkompetenz der SchülerInnen durch die Arbeit im Internet maßgeblich gestärkt wurde – so haben sie zum Beispiel gelernt, die Qualität von Informationen zu beurteilen und Gefahren besser einzuschätzen. „Im privaten Bereich nutzen Jugendliche Computer & Co. gerne und oft –

diese Affinität konnte nun für den Unterricht genutzt werden. Gleichzeitig haben sie unter pädagogischer Anleitung gelernt, mediale Angebote richtig zu nutzen“, so Ing. Martin Bredl, Leiter Kommunikation Telekom Austria TA AG.

Jugendliche haben bei diesem Projekt unter pädagogischer Anleitung gelernt, mediale Angebote richtig zu nutzen.“

Ing. Martin Bredl, Leiter Kommunikation Telekom Austria TA AG.

Für die LehrerInnen allerdings barg das Projekt nicht nur positive Aspekte, denn sie mussten ihre Lehrmethode radikal umstellen: „Das Arbeiten mit Web 2.0 war nicht nur für unsere Schülerinnen und Schüler, sondern auch und gerade für die Lehrenden eine Herausforde-

rung“, so Hannes Thomas, MAS, MSc, Direktor der Hauptschule Jennersdorf im Burgenland.

„Wir mussten uns von der traditionellen Wissensvermittlung verabschieden und zu einer Art Moderator werden.“ Die LehrerInnen entwickelten sich zum „Supervisor“, der nur eingreift, wenn es nötig ist. Dadurch konnten sie jedoch vermehrt pädagogisch tätig werden, denn sanfte Anleitung und Hilfestellung waren verstärkt gefragt. „Unser Pilotprojekt hat gezeigt, dass Web 2.0 erfolgreich im Unterricht eingesetzt werden kann“, so Paus-Hasebrink. „Es muss jedoch noch viel geschehen, damit diese Medien fest im Lehrplan verankert werden können.“ So wünschen sich die beteiligten Lehrenden eine Änderung der Unterrichts-Struktur, die mehr Freiräume für projektorientiertes Arbeiten lässt. Zudem müsse es möglich werden, Projekte nicht mehr als Einzelperson, sondern in einem interdisziplinären Lehrerteam durchführen zu können.

Mehr Infos zum Projekt Web 2.0 Klasse gibt es unter www.telekom.at/web20klasse

www.telekom.at/web20klasse

Wiki als Lernplattform, Weblog als Forschungstagebuch

Am Pilotprojekt hatten sich neun österreichische Hauptschulen aus sechs Bundesländern beteiligt. Die gemeinsame Aufgabenstellung lautete „Die Nationalparks Österreichs“ – die SchülerInnen untersuchten individuelle Fragestellungen zu ihrem nächstgelegenen Nationalpark und stellten die Ergebnisse im zentralen Wiki unter www.web20klasse.at ins Internet.

Folgende Schulen beteiligten sich an der „Web 2.0 Klasse“: Hauptschule Weitersfeld, Hauptschule Admont, Hauptschule Reichraming, Hauptschule Bramberg im Pinzgau, Hauptschule Winklern Spittal an der Drau, Hauptschule Pamhagen, Hauptschule Jennersdorf, Hauptschule Orth an der Donau und Hauptschule Illmitz.





Die Gemeinde Ohlsdorf wurde am 19. November in Baden neben 23 anderen österreichischen Gemeinden von Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky (Bild mitte) mit dem Grundzertifikat des „Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde“ ausgezeichnet. Knapp 30 Beeteiligte am Gesamtprozess waren mit dabei und wollten sich dieses tolle Erlebnis nicht entgehen lassen.

Staatliches Gütesiegel für familien- und kinderfreundliche Gemeinden

Sie bringen das zusammen

Gemeinden haben gute Möglichkeiten und Chancen, für Familien mit Kindern ein attraktives Lebensumfeld zu gestalten. Familien mit Kindern sind wichtig für die Zukunftsfähigkeit einer Gemeinde, eine familienbewusste Gemeindepolitik kann einiges dazu beitragen, dass sich Familien in der Gemeinde wohl fühlen und niederlassen.

Von Familienfreundlichkeit profitieren alle – Familien mit Kindern und älteren Familienangehörigen – aber auch die Gemeinden selbst. Eine Gemeinde mit einem gezielten, ausgewogenen Angebot für alle Generationen ist sicher im Vorteil, wenn es um Standortfragen geht. Ein solches Angebot prägt jedenfalls das positive Image einer Gemeinde.

Gemeinden verfügen nicht nur über eine lebenswerte Umwelt, sondern bieten für Familien z.B. auch leistbares Wohnen, Betreuungsangebote für Kinder, ein reiches Kultur- und Vereinsleben und Unterstützung für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wichtig ist es, die Generationenentwicklung in der Gemeinde zu beobachten und hier und dort neue Akzente für Familien

mit Kindern und Jugendlichen zu setzen. Die Familie & Beruf Management GmbH (FBG) arbeitet eng mit den Ländern, dem Städte- und Gemeindebund zusammen und unterstützt die Gemeinden auf ihrem Weg zu mehr Familien- und Kinderfreundlichkeit. Es geht darum, die Familienfreundlichkeit einer Gemeinde sichtbar zu machen, damit sie ihren Bürgerinnen und Bürgern vermittelt werden kann, es geht aber auch um die Entwicklung und Umsetzung neuer Maßnahmen. Darüber hinaus werden auch bewährte und gute Beispiele aus anderen Gemeinden vermittelt. Ziel ist die Zertifizierung mit dem staatlichen Gütesiegel „Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde“.

Das Audit „familien- und kinderfreundliche Gemeinde“

Das Audit „familien- und kinderfreundliche Gemeinde“ ist ein Prozess, bei dem Gemeinden ihre Familien- und Kinderfreundlichkeit bedarfsgerecht weiterentwickeln und öffentlichkeitswirksam machen. Bürgerinnen und Bürger aller Generationen werden bei der Gestaltung „ihrer“ familien- und kinder-

freundlichen Gemeinde eingebunden. Durch dieses gemeinsame Vorgehen wird auch der Zusammenhalt in der Gemeinde gestärkt und die offene Mitgestaltung schafft auch ein neues Bewusstsein und Verständnis füreinander.

WIR BRINGEN DAS ZUSAMMEN

familienfreundlichegemeinde

Kontakt

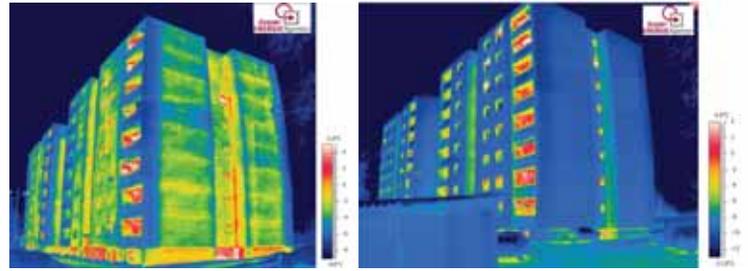
Familie & Beruf Management GmbH
Heike Trammer
Aspernbrückengasse 2/7
1020 Wien
Tel: 01-218 50 70
Fax: 01-218 50-70-70
office@familienallianz.at
www.familienallianz.at

Thermographie: Unterstützung bei Gebäudesanierung

Wärmeverluste sichtbar gemacht

Thermografien machen Wärmeverluste bei Gebäuden sichtbar und zeigen damit energetische Schwachstellen einfach und verständlich auf. Die dadurch möglichen gezielten Sanierungsmaßnahmen senken die Energiekosten um bis zu 50 Prozent und stellen gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz dar. Steiermarks LR Johann Seitingner freut sich, dass die

Thermografie- und Beratungsaktion für Wohngebäude im heurigen Winter fortgesetzt werden kann. Auch im kommenden Winter fördert das Land Steiermark, Abteilung Wohnbauförderung, thermografische Analysen und Erstberatungen. Die Aktion wird von der Grazer Energie-agentur koordiniert und erfolgt in Kooperation mit allen steirischen Energieagenturen.



Thermografien sind überzeugende Aufnahmen von Gebäuden, da sie genau zeigen, wo Wärme verloren geht.

„Wir erwarten wieder reges Interesse und eine starke Inanspruchnahme der Aktion“, erklärt Dr. Siegfried Kristan, Leiter der Abteilung Wohnbauförderung des Landes Steiermark. Für Eigentümer und Verwalter von Mehrfamilienhäusern betragen die Ko-

sten wie im Vorjahr 600 Euro; je 600 Euro steuern das Land Steiermark und das Klimaschutzprogramm klima:aktiv des Lebensministeriums bei. Infos auf www.grazer-ea.at oder www.wohnbau.steiermark.at

Interview: Österreichs größter kommunaler Onlineshop stellt alle Kundenwünsche zufrieden

Es ist alles dabei, was gebraucht wird

Über die Annehmlichkeiten, die Österreichs Gemeinden mit dem Onlineshop www.kommunalbedarf.at haben, sprach KOMMUNAL mit Elisabeth Schnöll von der Finanzverwaltung der Marktgemeinde Grödig in Salzburg.

KOMMUNAL: Frau Schnöll, die Marktgemeinde Grödig ist einer der größten Kunden, die ihr Büromaterial über kommunalbedarf.at

darf.at beziehen. Wie zufrieden sind Sie mit dieser Lösung?

Elisabeth Schnöll: Wir sind sehr zufrieden, es klappt immer alles, und die Lieferung kommt auch schnell.

Sie bestellen quer durch das gesamte Sortiment. Wie beurteilen Sie die

Produktauswahl?

Es ist alles dabei, was gebraucht wird, ich wüsste nicht, was ich mir noch dazu wünschen würde!

Und die Bedienung der Bestellplattform? Wie kommen Sie damit zurecht?

Es ist wirklich sehr einfach und kann rasch zwischendurch erledigt werden. Man kann es auch ganz einfach jemand anderem, z.B. einer Vertretung, erklären.

Sie sind in der Finanzverwaltung tätig und somit für's Geld zuständig. Wie wichtig sind für Sie Aktionen? Zum Beispiel bietet kommunalbedarf.at um den Jahreswechsel

einen Schwerpunkt „Archivieren“, mit besonders günstigen Ordnern und anderen beliebten Produkten an.

Natürlich sind Angebote interessant! Wenn ich die Möglichkeit habe, zusätzlich zu einem ohnehin attraktiven Sortiment noch einmal einzusparen, werde ich mir das sicher genau anschauen.

Wir danken für das Gespräch und wünschen weiterhin reibungslose und preiswerte Bestellungen mit www.kommunalbedarf.at

Suchen Sie nicht länger, Herr Bürgermeister! Wir haben's online!

So wie Österreichs Gemeinden rund um die Uhr für die Bürgerinnen und Bürger da sind, ist www.kommunalbedarf.at ab sofort 24 Stunden für die Bedürfnisse unserer Gemeinden da. Produkte des kommunalen Bedarfs können unkompliziert, rasch und jederzeit im Internet bestellt werden. Verkehrsmitteln nach der BVG und Bauspark aller Art, vom Online über Schreibgeräte bis hin zu Plänen, EDV-Zubehör oder Verpackungsmaterial. Wir wollen Ihnen die tägliche Arbeit erleichtern – damit Sie noch mehr Zeit für Ihre Bürgerinnen und Bürger haben. Registrieren Sie sich und testen Sie ein in der neuen 24 Stunden Online-Shop für Österreichs Gemeinden.

Durchklicken, Auswählen, Bestellen. Rund um die Uhr.

Energie: Strom aus Sonnenlicht mit Photovoltaik

Sonne an der Fassade

Das erste Solarprojekt im Süden Italiens ist so groß wie anderthalb Fußballfelder zusammen: Auf einer zwölf mal 150 Meter großen Stahlkonstruktion haben die Solartechnikexperten von Siemens PTD eine Solaranlage an der Fassade eines Biomassekraftwerks im süditalienischen Rende montiert. Die Anlage ist mit monokristallinen Solarmodulen von Sharp ausgestattet, die ihre erzeugte Energie ins Netz einbringt. 5.500 Solarmodule mit einer Nennleistung von je 180 Wp erzeugen insgesamt 1,4 GWh elektrische Energie im Jahr, die über einen 1000-kVA-Geafol-Gießharztransformator, eine gasisolierte Mittelspannungsschaltanlage und die nötige Wech-

selrichtertechnik ins italienische Stromversorgungsnetz eingespeist wird. So lassen sich rund 450 Haushalte umweltfreundlich mit elektrischer Energie versorgen. Das zweite Photovoltaikprojekt ist eine Fassadensolaranlage mit einer Gesamtleistung von 70 kWp. Dabei hat Siemens die 30 beziehungsweise 40 Meter hohe Fassade einer Abfallverwertungsanlage der Actelios-Gruppe in Trezzo in der Lombardei mit Solarmodulen verkleidet und die Anlage ans italienische Netz angebunden. Es ist die erste Photovoltaikanlage dieser Größe in Italien, die in ein Gebäude integriert wurde. Weitere Informationen unter www.siemens.com/ptd sowie www.siemens/solar.



Umwelttechnik mit doppeltem Nutzen: Siemens hat die Fassade der Abfallverwertungsanlage in Trezzo in der Lombardei mit Solarmodulen verkleidet und die Anlage ans örtliche Stromversorgungsnetz angebunden.

Handy-Kinderstudie 2007

Wichtig: Sicherheit und Erreichbarkeit

Die repräsentative Handy-Kinderstudie 2007 von mobilkom austria, die im Rahmen der jährlichen Kinderstudie des Instituts market unter 540 Kindern in Österreich durchgeführt wurde, gibt einen umfassenden Einblick in die Nutzung des Mobiltelefons durch die sechs- bis 14-Jährigen. „Für knapp zwei Drittel der sechs- bis 14-Jährigen gehört das Handy heute zum Alltag. Unsere Verantwortung gegenüber unseren jungen Handy-Usern liegt dabei auf der Hand“, betont Boris Nemsic, CEO von mobilkom austria. Ein Hauptergebnis: Für die Kinder ist es wichtig, die Eltern immer erreichen zu können (76 Prozent). www.mobikom.at

Innen-Architektur

Moderne Raumgestaltung

In der modernen Innenarchitektur wird der Deckengestaltung immer mehr Bedeutung beigemessen. Eine gezielte Gestaltung der Deckenfläche beeinflusst die Räume in ihrer optischen Wirkung und kann je nach verwendeten Materialien zur akustischen oder wärmetechnischen Optimierung beitragen. Neben dem Einsatz von herkömmlichen Deckensystemen entscheiden sich Bauherren immer häufiger für individuell gestaltete Deckensegel. Diese bewirken eine interessante Deckenaufteilung, setzen ästhetische Akzente und überzeugen durch ihre vielfältigen Einsatzmöglichkeiten. Im Schulzentrum Klingenstein bestechen Deckensegel aus



Heradesign-Deckensegel ermöglichen Architekten und Planern vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten.

magnesitgebundenen Heradesign-Holzwohleplatten mit ihrem attraktiven Design und sorgen für eine gute Raumakustik. www.heraklith.at

CO₂-Verbrauch: 865.000 Tonnen nur für's Einkaufen

VCÖ rechnet für Einkaufsfahrten jährlich 5,4 Milliarden Kilometer

Einkaufszentren verursachen viel Verkehr. Das zeigt eine aktuelle VCÖ-Studie. Zu Einkaufszentren und Supermärkten in Österreich werden pro Jahr 5,4 Milliarden Kilometer zurückgelegt – „das entspricht der Distanz von 7050 Mal zum Mond und wieder zurück“,

wie der VCÖ verdeutlicht. Der VCÖ betont weiters, dass dadurch 865.000 Tonnen CO₂ verursacht werden – und fordert für Eigentümer von Großparkplätzen eine Parkplatzabgabe von jährlich 500 bis 1000 Euro pro Stellplatz. www.vcoe.at

Climate-Star: Österreichische Gemeinden räumen ab Nachhaltige Mobilität & Klimaschutz

Die Verleihung des Climate-Star 2007 fand Ende November in Baden bei Wien statt. Der „Climate-Star“ ist eine europäische Auszeichnung für nachhaltige Mobilität und Klimaschutz. Mehr als 50 Städte und Gemeinden aus elf Ländern haben sich

heuer beim Klima-Bündnis um den Stern beworben – insgesamt 13 heimische Kommunen erhielten eine Auszeichnung, weitere sechs für einen „Climate-Star“ nominiert. www.climate-star.org

Einsparungsmöglichkeiten beim Winterdienst durch neues Leasingmodell

Siedesalz taut billiger und umweltschonender

Vom vergangenen warmen Winter abgesehen, wurden auf Oberösterreichs Straßen in den drei Jahren zuvor – Winter 2003/2004 bis Winter 2005/2006 – im Schnitt fast 82.000 Tonnen Auftausalz ausgebracht.

Im Dreijahresschnitt der Winter 2000/2001 bis 2002/2003 waren es noch knapp 43.000 Tonnen. Die Effizienz der Streumittel gewinnt daher weiter an Bedeutung. Siedesalz ist das effektivste und gleichzeitig umweltschonendste Auftaumittel und deutlich günstiger als Streusplitt. Durch ein neues Leasingmodell können Gemeinden beim Winterdienst weitere Einsparungen erzielen.

Auftausalz ist am ökologischsten und ökonomischsten

Auftausalz ist im Vergleich zur Splittstreuung eindeutig im Vorteil, so die Studie „Salz- und Splittstreuung im Winterdienst“ von Dr. Beatrice Ruess der RUS AG (Raum-Umwelt-Sicherheit):

- ▶ Die Winterdienst-Einsatzkosten sind bei Splittstreuung rund sechsmal höher als bei Salzstreuung.
- ▶ Die Ökobilanz bei der Splittstreuung ist durch Staub, Schädigung der Vegetation und der Splittrestmengen eindeutig negativ.
- ▶ Durch Salzstreuung ist eine hohe Verkehrssicherheit gewährleistet. Das Unfallrisiko ist bei Splitt höher, da die Wirkung deutlich geringer ist.

Siedesalz: Höchster ökologischer Standard bei niedrigsten Kosten

Salz ist nicht gleich Salz: Im Vergleich zu Steinsalz hat Siedesalz der Salinen Austria entscheidende Vorteile, die unter anderem auch durch die Untersuchungen des Österreichischen Forschungs- und Prüfungszentrum Arsenal unterstrichen werden:



- ▶ Bei gleicher Wirkung ist der mengenmäßige Verbrauch bei Siedesalz um bis zu drei Viertel geringer als bei Splitt.
- ▶ Die gleichmäßigen Korngrößen von Siedesalz ermöglichen eine optimale Verteilung auf der Streufläche und erhöhen die Haftung trotz niedrigerem Salzeinsatz.
- ▶ Die hohe Reinheit ermöglicht eine problemlose Lagerung (kein Verklumpen) und den störungsfreien Betrieb der Streugeräte.
- ▶ Siedesalz ist feinkörniger, dadurch leichter lösbar und erzielt somit die schnellste Wirkung.
- ▶ Siedesalz enthält praktische keine unlöslichen Bestandteile, die Feinstaub bilden können.

Studie des Öko-Instituts Freiburg

Die eindeutigen Vorteile von Siedesalz unterstreicht weiters eine umfassende Studie des Öko-Instituts Freiburg im Preissgau. Die Autoren Dipl.Geogr./Hydrol. Stefan Gartiser und Dr. Rudolf Reuther vom Hydrotox Labor für Ökotoxikologie und Gewässerschutz GmbH sowie Dipl.Ing. Carl-Otto Gensch vom Öko-Institut e.V. kommen darin zu folgendem Ergebnis: „Im Gegensatz zu Salz gewährleistet das Ausbringen von Splitt

nur eine geringe Verkehrssicherheit und steht zu dem im Widerspruch zum Vorsorge- und Vermeidungsprinzip, da hier Abfälle produziert werden. Der eingeschränkte Winterdienst (Splittstreuung) stellt außer Ort keine Alternative zum Winterdienst mit Streusalz dar.“

Salzsilos und Logistik auf Leasingbasis

Mit einem modernen Leasingmodell der GDL Handels- und

Dienstleistungs GmbH können sowohl einzelne Gemeinden als auch Gemeinden in Regionalverbänden Einsparungen beim Winterdienst erzielen. Die GDL Handels- und Dienstleistungs GmbH stellt Salzsilos auf Leasingbasis zur Verfügung. Die Laufzeiten können zwischen 6 und 10 Jahren frei gewählt werden. Während dieser Laufzeit werden die Gemeinden von der GDL auch mit Siedesalz der Salinen Austria beliefert. Der marktconforme Salzpreis wird für jede Wintersaison von der GDL mit der Salinen Austria AG verhandelt und entspricht dem günstigen Behördenpreis, den die Salinen AG den Gemeinden einräumt. Die jährlichen Silo-Leasingraten – je nach Größe und Ausstattung zwischen 28 und 42 Euro je verbrauchter Tonne Auftausalz – werden dem Salzpreis zugerechnet. In Summe ergibt sich daraus für Gemeinden ein Einsparungspotenzial bei Umstieg von reiner Splittstreuung zur Salzstreuung von bis zu 44.000 Euro jährlich.

Information

GDL Handels- und Dienstleistungs GmbH
Mag. Mario Stifter
Tel.: 0732 / 6596-8312
E-Mail: stifter@gdl-linz.at

Energieeffiziente Weihnachtsbeleuchtung in der Stadt Salzburg

Stimmungsvoll kann auch energiesparend sein

Weihnachtsbeleuchtung kann stimmungsvoll und energiesparend gleichzeitig sein. In Salzburg zeigt man, wie das funktioniert – mit energieeffizienten Deko LEDs von Philips. „Klimaschutz und der sorgsame Umgang mit Energie sind das Gebot der Stunde. Die Stadt Salzburg setzt damit ein Zeichen und spart Energie, ohne dabei auf stimmungsvolle Weihnachtsbeleuchtung (Bild) zu verzichten!“, so der verantwortliche Stadtrat Dr. Martin Panosch. Die acht großen, von der Stadt betreuten Christbäume zaubern vom 24. November bis ins Neue Jahr weihnachtliche Stimmung auf die Plätze in der Salzburger Innenstadt und die Stadtberge. Beleuchtet



werden sie mit umweltfreundlichen Deko LEDs von Philips Licht. Über die ganze Weihnachtszeit 2007 berechnet werden damit Energiekosten in der Höhe von etwa 3300 Euro eingespart. In CO₂ umgerechnet entspricht das einer Einsparungsmenge von 16.275 kg CO₂.

Großes Einsparpotenzial

Hauptgrund für den Umstieg auf die neue Beleuchtungstechnologie LED war natürlich das große Einsparpotenzial. Ing. Bruno Wintersteller, zuständig für kommunale Beleuchtung am Magistrat Salzburg: „Bei der bisherigen Weihnachtsbeleuchtung lag der Stromverbrauch einer Glühbirne

bei 15 Watt, bei den modernen LEDs ist es ein Watt. Cirka 2500 solcher Deko LEDs schmücken ab heuer unsere Weihnachtsbäume. Trotz der höheren Anschaffungskosten für die LED ergibt sich durch den extrem niedrigen Energieverbrauch von maximal 1,5 Watt und der Lebensdauer von bis zu 20.000 Stunden eine Einsparung von über 25.000 Euro.“

Information

Philips Austria
Triester Straße 64,
A-1101 Wien
Tel: 01/60101-0,
Fax: 01/60101-1500,
Web: www.philips.at

E.E.

Ein Green City Pro Fachhändler ist immer in der Nähe

Husqvarna pflegt perfekt

Sie sind interessiert an der effektivsten Kommunal- oder Grünflächenpflege? Husqvarna Rider starten wieder voll durch, jetzt mit neuem Design. Diese Geräte sind perfekt abgestimmt auf das Mähen aller kommunalen Flächen, rutschiger Untergründe und die Arbeit auf Schnee. Mit dem zusätzlich erhältlichen Zubehör wie Schneeschild, Schneeketten, Streuanhänger uvm. ist auch der Einsatz im Winter ein Kinderspiel! Auch die AWD-Modelle (mit Allrad-Antrieb) verfügen über die üblichen Merkmale eines Husqvarna Riders, unter anderem den minimalen Wendekreis durch die patentierte Hinterachslenkung. Damit wird jede noch so verwinkelte Fläche ein Kinderspiel. „Dank hochwertigster Kom-



ponenten, gefedertem Profisitz, Beleuchtung, Stundenzähler sowie hydraulischem Mähdeck- bzw. Geräteheber ist unser Rider Profi-Modell ProFlex 21 AWD die perfekte Wahl für jeden Kommunalbetrieb!“ so Hermann Fischer, Verkaufsleiter Husqvarna/Linz.

Information

Weitere Produktinformationen und den Fachhändler in Ihrer Nähe finden Sie unter www.husqvarna.at

E.E.

**CHANCEN
VIELFALT**

Immer mehr Gemeinden nutzen die Chance einer Leasingfinanzierung. Österreichs Spezialisten für kommunale Leasingprojekte sagen Ihnen wie.

E-Mail: anfrage@kommunal-leasing.at
www.kommunal-leasing.at

 **KOMMUNAL
LEASING**

Autodesk hat Anwendern in GIS und Tiefbau viel zu bieten

Informieren – Diskutieren – Präsentieren

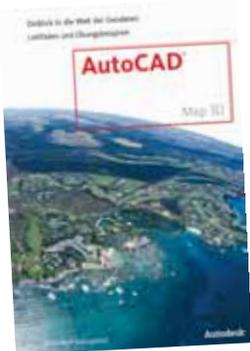
Mit den Plattformen AutoCAD Map 3D und AutoCAD Civil 3D hat Autodesk perfekte Lösungen für alle jene geschaffen, die mit Geodaten umgehen oder Tiefbau-Projekte planen wollen.

Informieren: AutoCAD Map 3D Schnupperkurse und Übungshandbuch

Wer Geodaten erstellen und bearbeiten muss, kommt kaum an AutoCAD Map 3D vorbei: Mit der Software greift man auf Daten aus unterschiedlichen Quellen zu und nutzt AutoCAD-basierende Werkzeuge, um raumbezogene Informationen zu verwalten. Doch wie gelingt es, sich möglichst schnell und umfassend über dieses Werkzeug zu informieren? –

Auch dazu gibt es „Werkzeuge“, die fast so genial sind wie die Software selbst: Die autorisierten Autodesk Fachhändler halten ein kostenfreies Übungshandbuch und eine 30 Tage Testversion bereit.

In neun Kapiteln zeigt das Handbuch den Umgang mit Geodaten und verdeutlicht, wie Anwender tagtäglich von AutoCAD Map 3D profitieren. Wer den autodidaktischen Einstieg umgehen und die Software noch schneller „begreifen“ möchte, findet auch dafür das passende Angebot: kostenfreie Schnupperkurse bei den Autodesk Partnern. So erhält man in wenigen Stunden wichtiges Grundlagen-Wissen und kann mit den Übungsbeispielen und der Testversion tiefer einsteigen. Infos, Termine und Anmeldungen: www.autodesk.de/schnupperkurse.



Diskutieren: Geospatial Days 2007

„Man muss reden miteinander.“ Diesen Spruch beherzigen immer mehr Software-Anwender und -Interessenten. So ließen sich mehr als 100 Geo-Interessierte in Wien, Innsbruck, Klagenfurt und Linz den Nutzen des Geospatial Konzepts von Autodesk live zeigen. Wie kann man AutoCAD Map 3D, Autodesk MapGuide und die neue Autodesk Topobase in bestehende Systemlandschaften integrie-



ren? Wie kann man – ohne Konvertierungen und Schnittstellen – vorhandene Geodaten optimal nutzen? Welche lokalen Lösungen und Dienstleistungen bieten die österreichischen Partner Peterschneegg GesmbH in Wien und GD-Data HandelsgmbH in Schwertberg? Die Geospatial Days 2007 lieferten Antworten auf diese Fragen und boten Gelegenheit für viele Gespräche zwischen Anwendern und Experten. Die Resonanz war durchweg positiv – und die Verantwortlichen bei Autodesk „stricken“ schon am Konzept für die Geospatial Days 2008.

Präsentieren: Wettbewerb für Civil 3D Projekte

Umgehungsstraßen bauen, Eisenbahntunnel planen, Deponien konzipieren – immer mehr Ingenieure entdecken, wie einfach das mit AutoCAD Civil 3D geht. Seit Autodesk die länderspezifischen Anpassungen für Österreich vorgestellt und die Anbindung von Geräten nam-



hafter Hersteller möglich gemacht hat, hat die Tiefbaulösung auch hierzulande einen mächtigen Schub erhalten. Jetzt bietet Autodesk die Chance, eindrucksvolle Projekte öffentlich zugänglich zu machen. Noch bis zum 31. Januar 2008 können Anwender am Civil 3D Projekt Wettbewerb teilnehmen. Wer mit AutoCAD Civil 3D pur arbeitet oder eine Lösung auf Basis von AutoCAD Civil 3D einsetzt, kann sein Projekt unter www.autodesk.de/projekt anmelden, Bilder und Beschreibungen hochladen und sich – mit etwas Glück – über einen attraktiven Preis freuen.

Information

Autodesk GesmbH
Dr.-Schauer-Strasse 26
4600 Wels
Telefon: 07242/68465 - 0
E-Mail:
office.at@autodesk.com
Web: www.autodesk.at

SW Umwelttechnik: Spezialist in ökonomisch und ökologisch effizienten Produkten

Fischwanderhilfen & ultrahochfester Beton

Die SW Umwelttechnik ist mit knapp 800 Mitarbeitern an Standorten in Österreich, Ungarn, Rumänien und der Slowakei vertreten. Gegründet 1910 als Familienunternehmen ist sie seit 1997 an der Wiener Börse notiert. Die SW Umwelttechnik ist Anbieter von ökonomisch und ökologisch effizienten Produkten in den Bereichen Wasser/Abwasser und Infrastruktur.

Fischwanderhilfen

Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie hat das Ziel, die Fließgewässer für Fische durchgängig zu machen. Kraftwerke stellen naturgemäß ein unüberwindbares Hindernis dar. Mit der Entwicklung von „Fischwanderhilfen“ aus Beton-

fertigteilen (großes Bild) bietet das Unternehmen ein hocheffizientes Instrument für den ökologischen Flussbau an. Die Funktionalität von Fischaufstiegsanlagen hängt von der Durchwanderbarkeit und entscheidend von der Auffindbarkeit für die Fische ab.

Ultrahochfester Beton

Ein weiterer Technologie-sprung gelang dem Unternehmen durch die Entwicklung eines ultrahochfesten Betons. Ultrahochfester Beton zeichnet sich durch seine hohe Druckfestigkeit und hohe Beständigkeit aus. Alle sieben Bestandteile des Betonrezepts werden



von österreichischen Herstellern bezogen. Zudem ist es gelungen, die Herstellungskosten gegenüber dem Wettbewerb um 30 Prozent zu reduzieren. Hochtragfähige Ingenieurbauten, der Einsatz als Verbundstoff in Kombination mit Holz, Glas und Stahl und erweiterte Möglichkeiten in Architektur und De-

sign lassen mannigfaltige künftige Anwendungsbereiche erwarten.

Information

SW Umwelttechnik
Österreich GmbH
www.
sw-umwelttechnik.at

E.E.

Erster oberösterreichischer Beleuchtungswettbewerb

Kampagne „Richtig hell“

Licht ist eine Energiequelle, die bei entsprechendem Umgang besonders sparsam und gleichzeitig effizient sein kann. Der öö. Energiesparverband sucht im Rahmen der Kampagne „Richtig hell“ in seinem Bundesland jene Gemeinden, die in ihrem Ort besonders um energieeffiziente Beleuchtung bemüht sind.

Eingereicht werden können Projekte zum Thema „energieeffiziente Beleuchtung“ in Haushalten, Unternehmen und öffentlichen

Gebäuden, egal ob Kampagnen, Lampentausch-Aktionen, Analyse, Schulprojekte etc.

Der Wettbewerb wird vom oberösterreichischen Energiesparverband im Rahmen der öö. Licht-Kampagne „Richtig hell“ durchgeführt und ist Teil der Energie-Effizienz-Kampagne von öö Energiesparverband und dem Energieressort des Landes Oberösterreich.

Die besten Projekte werden mit einmal 1.000 Euro und zweimal 500 Euro belohnt, die Preise werden durch den öö. Energiesparverband vergeben.

Anmeldung per mail:
office@esv.or.at oder

per Post:
O.Ö. Energiesparverband,
Landstraße 45, 4020 Linz
Einreichfrist ist der
24. Jänner 2008



Liebe Kommunalpolitiker! Ein chinesisches Sprichwort sagt: „Wer viel Gutes tut, hat viel Freude.“ (z.B. über Applaus bei der nächsten Rede)

Nutzen Sie die Finanzierungsvorteile für Infrastruktureinrichtungen und fragen Sie unseren Kommunal-Leasing-Experten, Herrn Mag. Heneis, unter 01 71601-8070 oder per E-Mail: leasing@rl.co.at

www.raiffeisen-leasing.at

Leasing



Dynamisches Wirtschaftswachstum stärkt Gemeindefinanzen

Hohe Zuwachserwartungen bei Ertragsanteilen bis 2010

Das anhaltend dynamische Wirtschaftswachstum schlägt sich zeitnah positiv auf das Aufkommen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben nieder und trägt somit wesentlich zur Stärkung der öffentlichen Haushaltsgebarung bei, bilden die Ertragsanteile doch die tragende Finanzsäule der Gebietskörperschaften.

Prof. Dietmar Pilz

Die Gemeindeertragsanteilvorschüsse 2007 (diese stehen mit dem Aufkommen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben Oktober 2007 fest) im Vergleich zum Vorjahresergebnis haben die Ertragsanteilvorschüsse die Vorausschau sogar etwas übertroffen. Die Annahmen der Wirtschaftsforscher und darauf aufbauend die Steuerprognosen des Bundesministeriums für Finanzen lassen auch in den kommenden Jahren Einnahmensteigerungen von durchschnittlich



Prof. Dietmar Pilz ist Finanzexperte des österreichischen Gemeindebundes

Die Einnahmenentwicklung ist durchaus als erfreulich zu bezeichnen, der finanzielle Spielraum der Gemeinden wird damit aber nicht flexibler, sondern durch zum Teil hohe Ausgabendynamiken weiterhin angespannt bleiben.

4,4 Prozent zu erwarten. Die Einnahmenentwicklung ist durchaus als erfreulich zu bezeichnen, der finanzielle Spielraum der Gemeinden wird damit aber nicht flexibler, sondern wird durch zum Teil hohe Ausgabendynamiken weiterhin angespannt bleiben. Zudem wird in der mittelfristigen Budgetplanung eine weitere Herausforderung

zu beachten sein. Ab dem Jahr 2009 werden nämlich bei der Verteilung der Ertragsanteil-Finanzmasse auf Länder und Gemeinden die jährlich zum jeweiligen Stichtag 31. Oktober festgestellten Hauptwohnsitzdaten der Bevölke-

rungsstatistik der Statistik Austria als Verteilungsparameter zur Anwendung gelangen. Nur bei Umstellung auf dieses neue System werden die Hauptwohnsitzdaten zum Stichtag 31. Oktober 2008 für zwei Jahre und zwar für 2009 und 2010 die Verteilungsgrundlage bilden. Bei Beobachtung der Bevölkerungsbewegung wird dies zum Teil zu

Ertragsanteilvorschüsse

an die Gemeinden in den Jahren 2006 und 2007

Bundesland	2006	2007	%
Burgenland	176.791.061	188.181.302	6,4
Kärnten	432.650.392	459.973.552	6,3
Niederösterreich	1.093.375.467	1.171.674.044	7,2
Oberösterreich	1.051.733.758	1.124.807.343	6,9
Salzburg	462.334.834	493.386.828	6,7
Steiermark	859.809.287	921.000.512	7,1
Tirol	578.766.645	610.416.519	5,5
Vorarlberg	306.401.230	328.723.117	7,3
Wien	1.724.026.367	1.835.537.059	6,5
Summe	6.685.889.041	7.133.700.276	6,7

Beträge in Euro

Anmerkung: Die Vorschüsse enthalten die abgestuften Ertragsanteile, den Getränkeabgabeausgleich, den Anteil an der Werbeabgabe sowie die KESt II-Vorschüsse. Nicht enthalten ist die Zwischenabrechnung des Vorjahres.

Gemeinschaftliche Bundesabgaben

Eine Prognose bis zum Jahr 2010

	2006 ¹⁾	2007 ²⁾	2008 ²⁾	2009 ²⁾	2010 ²⁾
Einkommensteuer	2.524,5	2.550,0	2.650,0	2.750,0	2.850,0
Lohnsteuer	18.092,0	19.400,0	20.500,0	21.700,0	23.000,0
KESt I	863,1	1.100,0	1.200,0	1.250,00	1.300,0
KESt II	1.376,4	1.550,0	1.650,0	1.700,0	1.750,0
Körperschaftsteuer	4.833,2	5.500,0	5.900,0	6.000,0	6.400,0
Umsatzsteuer	20.171,1	20.900,0	21.700,0	22.500,0	23.300,0
Mineralölsteuer	3.552,7	3.720,0	3.950,0	4.000,0	4.050,0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	131,9	135,0	70,0	50,0	10,0
Werbeabgabe	109,3	115,0	120,0	125,0	130,0
Grunderwerbsteuer	618,5	650,0	670,0	690,0	710,00

Beträge in Millionen Euro

1) Erfolg

2) Daten BMF: Steuerschätzung 3.7.2007

massiven positiven wie negativen Schwankungen bei den abgestuften Ertragsanteilen führen.

Die Ertragsanteilvorschüsse der Gemeinden 2007

Die Ertragsanteilvorschüsse für die österreichischen Gemeinden für das Jahr 2007 sind im Vergleich zum Vorjahresergebnis

kräftig gestiegen und zwar um 447,8 Millionen Euro oder um 6,7 Prozent. Dieser positive Zuwachs ist größtenteils der guten Konjunktur zu verdanken, zum Teil bewirkt aber auch der mit dem Finanzausgleichsgesetz 2005 verankerte einheitliche Verteilungsschlüssel einen nicht zu vernachlässigenden Effekt. In der Tabelle oben ist die länderweise Entwicklung der

Gemeindeertragsanteilvorschüsse für das Jahr 2007 mit einer Gegenüberstellung zum Vorjahr dargestellt.

Gemeinschaftliche Bundesabgaben: Eine Prognose bis 2010

Das Verteilungsvolumen der Ertragsanteile bildet die Summe der gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Das Bundesministerium für Finanzen hat die Entwicklung dieser Abgaben – gestützt auf Konjunkturdaten der Wirtschaftsforscher – in seiner Steuerschätzung vom Juli 2007 bis zum Jahr 2010 prognostiziert.

Generell besteht bei allen Abgaben ein wirtschaftlicher Konnex, als die Bemessungsgrundlagen mehr oder weniger stark auf Preisveränderungen reagieren.



Dieser positive Zuwachs ist größtenteils der guten Konjunktur zu verdanken, zum Teil bewirkt aber auch der mit dem Finanzausgleichsgesetz 2005 verankerte einheitliche Verteilungsschlüssel einen nicht zu vernachlässigenden Effekt.



So ist zum Beispiel die Umsatzsteuer im allgemeinen relativ gut prognostizierbar, da sich das Aufkommen annähernd proportional zum privaten Konsum entwickelt, wie dies aus der tabellarisch dargestellten Entwicklung ersichtlich ist.

Von den Steuerzuwächsen nicht umfasst ist die Entwicklung der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Die Verfassungsgerichtshofurteile zum Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz werden zu keiner verfassungskonformen Umsetzung der betroffenen Abgabengesetze führen, womit die Abgabenerträge auslaufen.

Gemeindeertragsanteile länderweise bis 2010

Auf Basis der oben angeführten Steuerschätzung hat das Bundesministerium die sich daraus ableitenden Gemeindeertragsanteile bis zum Jahr 2010 länderweise berechnet. Unberücksichtigt dabei sind die Verschie-

bungen in der horizontalen länderweisen Verteilung, die sich durch die Anwendung der neuen Volkszahlen ab dem Jahr 2009 ergeben werden, wie dies im neuen Finanzausgleich ab 2008 geregelt ist. Der Tabelle rechts zeigt die länderweise Ertragsanteilvorschau.

Steigende Ausgabendynamik

Die Einnahmenentwicklung ist durchaus als erfreulich zu bezeichnen, sie wird aber den budgetären Rahmen durch Ausgabendynamiken, vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich,

Schwer einschätzbar für die Konjunktur-entwicklung ist neben dem Ölpreis auch der starke Euro. Wirkungen auf die Gemeindehaushalte bei einer allfälligen Konjunkturabschwächung sind jedoch frühestens im Jahr 2009 zu erwarten.

nicht zuletzt durch die demographische Entwicklung, und in der Kinderbetreuung sowie durch neue kostensteigernde Maßnahmen, wie der bedarfsorientierten Mindestsicherung und der 24-Stunden-Pflege kaum erweitern. Zu dem ist durch die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank mit steigenden Zinsausgaben zu rechnen, die in den Gemeindehaushalten bereits jetzt spürbar sind.

Schwer einschätzbar für die

Prognose der Gemeindeertragsanteile

länderweise bis zum Jahr 2010

	2008	2009	2010	jährliche Steigerung in %
Burgenland	201,38	205,53	214,90	3,4
Kärnten	498,88	507,10	529,53	3,1
Niederösterreich	1.263,78	1.311,94	1.369,47	4,2
Oberösterreich	1.212,94	1.252,05	1.307,76	3,9
Salzburg	531,68	551,83	576,22	4,2
Steiermark	991,89	1.023,78	1.068,44	3,9
Tirol	659,18	685,02	715,81	4,3
Vorarlberg	356,02	372,28	388,13	4,5
Wien	1.953,20	2.072,93	2.165,93	5,5
Summe	7.668,96	7.982,46	8.336,19	4,4

Beträge in Millionen Euro

Anmerkung:

Daten BMF: inklusive Zwischenabrechnung Vorjahre, Getränkeabgabegleich, Anteil Werbeabgabe und KEST II-Vorschüsse.

Konjunktur-entwicklung ist neben dem Ölpreis auch der starke Euro. Wirkungen auf die Gemeindehaushalte bei einer allfälligen Konjunkturabschwächung sind jedoch frühestens im Jahr 2009 zu erwarten.

Gemeinden haben Stabilitätspakt erfüllt

Mit den guten Einnahmewachsen im Jahr 2007 wurden die öffentlichen Haushalte wesentlich gestärkt, was sich in weiterer Folge auch auf das Maastricht-Ergebnis des Gesamtstaates positiv auswirken wird. Dazu die Defi-

zit/Überschusszahlen der Statistik Austria, die mit der Notifikation am 28. September 2006 dem Eurostat gemeldet wurden. Die österreichischen Gemeinden haben, wie die Daten der letzten Notifikation der Statistik Austria zeigen, wiederum als einzige Gebietskörperschaft das vereinbarte Haushaltsziel gemäß dem Österreichischen Stabilitätspakt – nämlich einen Haushaltsausgleich (Null-Defizit) zu erreichen – nicht nur erfüllt, sondern leichte Überschüsse erwirtschaftet und nicht unmaßgeblich zur Verbesserung des Maastricht-Ergebnisses des Gesamtstaates beigetragen (siehe Tabelle unten).

Die österreichischen Gemeinden haben Stabilitätspakt erfüllt

	2005		2006		2007	
	Mio. €	% BIP	Mio. €	% BIP	Mio. €	% BIP
Sektor Staat	-3832	-1,51	-3.516	-1,36	-2.000	-0,73
Bund	-4355	-1,78	-3.706	-1,44	-3.100	-1,14
Länder ohne Wien	53	0,02	-531	-0,21	450	0,16
Gemeinden ohne Wien	205	0,08	256	0,10	650	0,24
Wien	275	0,11	287	0,11		
Sonstige	-10	0,00	177	0,07	0	0,00



Steigende Zinsen belasten die Gemeinden

Aktives Finanzmanagement der Gemeinden notwendig

Die Leitzinserhöhungen der Europäischen Zentralbank (EZB) und die seit dem Sommer dieses Jahres bestehende Vertrauenskrise an den Kapitalmärkten haben die Zinssätze deutlich in die Höhe getrieben. Durch aktives Finanzmanagement können die Gemeinden jedoch auf höhere Zinsausgaben reagieren und so zukünftige Belastungen reduzieren.

Durch die Leitzinserhöhungen der EZB sind auch die für die Finanzierung von Gemeinden wichtigen kurzfristigen, variablen Zinssätze wie der 3- oder 6-Monats-EURIBOR angestiegen. Beispielsweise lag der 6-Monats-EURIBOR im Juni 2007 mit ca. 4,25 Prozent mehr als zwei Prozent über dem Niveau vom Juni 2005. Durch die seit dem Sommer bestehende Vertrauenskrise auf den Kapitalmärkten hat sich ein zusätzlicher Effekt eingestellt: Es kam zu einer Entkopplung zwischen variablen Zinssätzen und den Leitzinsen.

Was bedeutet das für die Gemeinden?

Da eine Vielzahl von Gemeinden über variable Finanzierungen verfügt, hat das steigende Zinsumfeld schon 2006 erste Spuren in den Gemeindebudgets hinterlassen. Die Zinsausgaben der

Gemeinden haben sich um 11,5 Prozent (32 Millionen Euro) auf 307,6 Millionen Euro erhöht. Im Rechnungsabschluss für das Jahr 2007 werden aufgrund der gestiegenen Zinsen erneut deutliche Mehrausgaben für den Zinsendienst zu verzeichnen sein. Wie sich die Zinsausgaben 2008 entwickeln werden, hängt stark davon ab, wie aktiv die Gemeinden ihr Finanzmanagement vorantreiben.

Aktives Finanzmanagement gefragt

Gegen steigende Zinsausgaben können sich die Gemeinden mit aktivem Finanzmanagement absichern. Die Kommunalkredit steht ihnen dabei als Finanzierungspartner gerne zur Verfügung. Auf Basis einer derzeit inversen Zinskurve, in der die

kurzfristigen, variablen Zinssätze über den langfristigen, fixen Zinsen liegen, empfiehlt es sich, beim derzeitigen Zinsniveau auf Fixzinssätze zu setzen. Eine solche Position kann dann – basierend auf der zukünftigen Zinsentwicklung – optimiert werden. Beispielsweise wird erwartet, dass die langfristigen, fixen Zinssätze mittelfristig ansteigen. Der Vorteil eines potenziell höheren zukünftigen Fixzinssatzes könnte dann bei geeignetem Marktumfeld für eine Gewinnmitnahme durch einen Zins-tausch in variable Zinssätze ge-

Durch individuelle Lösungen kann selbst in kleineren Gemeinden auf die aktuelle Zinsentwicklung reagiert werden.

nutzt werden. Darüber hinaus empfiehlt sich für die Gemeinden zu einer Standortbestimmung ein Finanz-Benchmarking, wie es von der Kommunalkredit als

kostenloses „Zucker!“ auf kommunalnet.at angeboten wird.

Individuelle Lösungen von der Nr. 1 in Public Finance

Durch individuelle Lösungen kann so selbst in kleineren Gemeinden auf die aktuelle Zinsentwicklung reagiert werden. Bei den gesetzten Maßnahmen empfiehlt es sich jedoch, auf das Know-how der Kommunalkredit – dem Spezialisten in Public Finance – zu vertrauen. Zinsbelastungen können dadurch reduziert und freie Handlungsspielräume für wichtige kommunale Vorhaben geschaffen werden.

Zinsentwicklung seit 2002



Quelle: Kommunalkredit, Statistik Austria, Bloomberg

In acht Zinsschritten hat die Europäische Zentralbank (EZB) seit Dezember 2005 die Leitzinsen von zwei auf vier Prozent erhöht.

Information

Kommunalkredit Austria
Tel.: 01/31 6 31 - 0
E-Mail: finanzierung@kommunalkredit.at
Web: www.kommunalkredit.at

Dungl Medical-Vital Resort – richtungsweisend für den Gesundheitstourismus

„Beim Dungl“ Kraft für Körper und Geist tanken

In den 70er- und 80er-Jahren entwickelte Prof. Willi Dungl seine einzigartige Dungl-Methode. Heute ist sein Erbe – das Dungl Medical-Vital Resort in Gars am Kamp (Bild) – richtungsweisend für den österreichischen Gesundheitstourismus, wie sich KOMMUNAL selbst überzeugen konnte. Stress, unregelmäßige und falsche Ernährung, Bewegungsmangel, zuwenig Schlaf oder Konflikte gehören zum menschlichen Alltag – auch zu dem von Kommunalpolitikern. All diese Dinge stören unser Gleichgewicht, machen kraftlos und in weiterer Folge sogar krank. Abhilfe garantiert eine gezielte Auszeit – weg aus dem Alltag in eine entspannte Atmosphäre, ein Gesundheitscheck



von Fachleuten und Methoden, die das Alltagsleben wieder zur Freude machen.

Drei Säulen

Die Dungl-Methode konzentriert sich auf drei Säulen: Richtige Bewegung, mentale Fitness und gesunde Ernährung. Die persönliche Balance jedes einzelnen wird erhalten bzw. wieder erlangt, indem in allen drei

Bereichen individuell angepasste Maßnahmen gesetzt werden.

Zur Förderung des wichtigsten Gutes – der Gesundheit – bietet das Dungl Medical-Vital Resort ein Spektrum aus westlicher und östlicher Medizin, gepaart mit einem umfangreichen Sport- und Trainingsprogramm sowie der mentalen Betreuung durch erfahrene Psychologen. Die genussvolle und

gesunde Ernährung darf dabei natürlich nicht fehlen. Das Ärzteteam rund um Dr. Andrea Dungl-Zauner und Dr. Manfred Zauner garantiert medizinische Kompetenz, es arbeiten Fachleute für TCM mit klassischen Medizinern und Therapeuten zusammen und ermöglichen so ein individuell abgestimmtes Therapieangebot. Großer Wert wird, im Therapiebereich wie auch im Hotel, auf die persönliche und individuelle Betreuung der Gäste gelegt.

Information

Nähere Informationen und aktuelle Angebote finden Sie im Internet: www.willidungl.info

E.E.

VIELSEITIGKEIT IM KOMMUNALEINSATZ.

Husqvarna Rider sind optimal für den vielseitigen Einsatz in der Kommunal-Flächenpflege. Von der Grünfläche über Gebsteige bis zu Park- und Sportanlagen lassen sich Husqvarna Rider ideal an die individuellen Anforderungen anpassen.

ALLRAD-ANTRIEB!

Profi-Sitz, Betriebsstundenzähler, Gepäckträger

Nur 35cm ungemähter Wendekreis

Beleuchtung

ProFlex Mähdeck Schnellkupplung

hydraulischer Geräteheber, 12 V-Anschlüsse, ...

RIDER PROFLEX 21 AWD

21 PS / 15,4 kW Kawasaki V-Twin FH 641 OHV Motor, patentiertes Hinterachslenksystem für minimalen Wendekreis, Combi-Mähdeck (Mulchen/Auswerfen) mit 112 oder 122 cm Schnittbreite, hydraulischer Mähdeck-/Geräteheber. ProFlex-Geräte Schnellkupplung.

Nur bei Green City Pro Händlern erhältlich: www.husqvarna.at

Zubehör: Schneefräse, Schneeschild, Schneeketten, Profi-Streuanhänger (Streusplit, Salz, ...) u.v.m.

 **Husqvarna**

Umfassende Einblicke in die Welt des Trinkwassers

www.wasserwerk.at

Hochqualitatives Trinkwasser jederzeit zur Verfügung zu haben, ist in unseren Breiten selbstverständlich. Darüber, welche aufwendige technische Infrastruktur und wie viel Know-how dazu nötig sind, denkt allerdings kaum jemand nach. Für mehr Bewusstsein soll die vor Jahren von der ÖVGW initiierte Website www.wasserwerk.at sorgen.

Durch sie erhalten heimischen Wasserversorger die Möglichkeit, technische, wirtschaftliche und historische Fakten ihrer Dienste ausgiebig und bildreich zu präsentieren. Endlich werden Einblicke in die „Geheimnisse“ der Wasserversorgung gewährt und damit zugleich verständlich gemacht, dass sauberes Wasser auf's Engste mit einer

intakten Umwelt verbunden ist.

Die mehr als 40 Wasserwerke und Wasserverbände, die auf der Plattform vorgestellt werden, erlauben gleichzeitig eine gute Übersicht über die unterschiedliche und vielfältige Entwicklung der Wasserversorgung in Österreich. Zusätzlich können Vergleiche mit anderen Ländern angestellt werden.

www.wasserwerk.at gibt aber auch Antworten auf häufig gestellte Fragen – etwa zum Thema „Wasserqualität“. Ein Mausklick auf „Lexikon“ und schon gibt es ausführliche und übersichtliche Informationen zum Umfeld der Trinkwasserversorgung. Ebenso abrufbar: die Ergebnisse des von der ÖVGW in Auftrag gegebenen „AQA Wasserreports“.



Durch www.wasserwerk.at erhalten heimische Wasserversorger die Möglichkeit, technische, wirtschaftliche und historische Fakten ihrer Dienste ausgiebig und bildreich zu präsentieren.

www.wasserwerk.at ist heute als umfassende und viel besuchte Informationsplattform im Trinkwasserbereich etabliert. Als nächsten Schritt plant die ÖVGW daher eine Erweiterung des Themenangebots in Richtung Wasserkreislauf, verfügbare Wasserressourcen und zur Geschichte der Wasserversorgung.

Information

ÖVGW – Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach, 1015 Wien, Schubertring 14
Tel: 01/513 15 88 - 0
Fax: 01/513 15 88 - 25
Web: www.ovgw.at
www.wasserwerk.at

EL:



ÖKOPROFIT®

Das kommunale Umweltmanagementsystem

„Zukunft mit verAntworten“

Die Partnerschaft für eine nachhaltige kommunale Entwicklung.

CPC Austria GmbH
Kärntnerstraße 311
A-8054 Graz



Tel.: +43 (0) 699 13071971
Fax: +43 (0) 699 43071971
e-mail: office@cpc.at
website: www.cpc.at

Modena Maribor Vorarlberg Graz Wien München Berlin

www.oekoprofit.com
www.ecoprofit.com

Einkaufsgemeinschaften senken Beschaffungskosten

Sparen durch Bündelung der Kräfte

Neben den umfangreichen Bauinvestitionen der Gemeinden bindet auch die laufende Beschaffung von Waren und Leistungen erhebliche Mittel. Von Büromaterial über Autos bis zu Druckereileistungen reicht die Palette der angeschafften Waren und Dienstleistungen.

Auch bei diesen Beschaffungen sind die Gemeinden an das Bundesvergabegesetz (BVerG) gebunden. Seit dem BVerG 2002 sind die Schwellenwerte für die Anwendung von Ausschreibungsverfahren von Lieferungen und Dienstleistungen erheblich abgesenkt worden. Damit sind sie auch für diese im Schnitt eher kleineren Anschaffungen anzuwenden. Die Verfahren nach dem BVerG sind aber – vor allem bei kleinen Beschaffungen – überaus aufwendig und komplex. Das bedingt zusätzliche Kosten für die Gemeinden. Besserung – etwa durch Anhebung der Grenzen für die Direktvergabe – ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Die Kommission hat bereits Kritik an der Höhe der Direktvergabegrenze

von 40.000 Euro geäußert.

Vergabeverfahren durch BBG

Ein Weg zur Senkung der Beschaffungskosten ist die BundesbeschaffungsgmbH (BBG).

Eine mögliche Antwort sind Einkaufsgemeinschaften: Zwei oder mehrere Gemeinden bündeln ihre Nachfrage.

Gemäß § 3 Abs 3 des BBG-Gesetzes ist die BBG berechtigt, auch im Namen und auf Rechnung von Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden Vergabeverfahren zur Deckung deren Bedarfs an Waren und Dienstleistungen durchzuführen. Auch wenn durch die große Nachfragemenge über die BBG gute Preise zu erzielen sind und die Abwicklung der Bestellungen relativ einfach ist, sprechen doch aus Sicht der Gemeinden zwei wesentliche Gründe gegen die Heranziehung der BBG:

- ▶ Die Bedarfsermittlung der BBG richtet sich nach den großen Auftraggebern des Bundes. Die spezifischen Anforderungen der Gemeinden insbesondere auch im Hinblick auf Wartungs- und Unterstützungsleistungen bei Anschaffungen fallen dabei unter den Tisch.
- ▶ Auch wenn die BBG sich er-

kennbar bemüht, auch kleinere und mittlere Unternehmen zur Bedarfsdeckung heranzuziehen, kann der verständliche Wunsch der Gemeinden nach regionaler Wertschöpfung für ihre Investitionen unerfüllt bleiben.

Sparpotenzial Kooperation

Wie aber können die Gemeinden durch Nachfragebündelung Beschaffungskosten senken und günstigere Preise erzielen, ohne komplexe Strukturen aufzubauen? Eine mögliche Antwort sind Einkaufsgemeinschaften: Zwei oder mehrere Gemeinden bündeln ihre Nachfrage; eine Gemeinde beschafft z.B. das Büromaterial für zwei weitere Gemeinden mit; eine von diesen beschafft dafür die EDV für alle anderen und so weiter. Die Vorteile liegen auf der Hand: es sind keine zusätzlichen Strukturen erforderlich, eine höhere Nachfragemenge senkt die Preise, die Zahl der Vergabeverfahren und damit auch deren Kosten sinken. Durch die Kleinteiligkeit können aber die spezifischen Anforderungen der Gemeinden ebenso erfüllt werden wie die Bedarfsdeckung im lokalen Umfeld erleichtert wird.

Information

Mag. Martin
Platzer,
Platzer &
Partner GmbH
Capistrangasse
5/1/54
1060 Wien
Tel.:
01/585 10 41-0
Fax: 01/585 10 41-20
E: office@platzerpartner.at
www.platzerpartner.at



Einkaufsgemeinschaften mehrerer Gemeinden helfen Kosten zu sparen.

Das Symposium Grabenlos 2007 als „kaiserlicher“ Treffpunkt

„Es war sehr schön, es hat mich sehr gefreut!“

Am 13. und 14. November 2007 versammelten sich rund 200 Expertinnen und Experten der heimischen Spezialtiefbaubranche, um sich über Trends und Innovationen der grabenlosen Techniken zu informieren.



Dipl.-HTL Ing. Robert Selinger, MBA bei der Eröffnung des Symposiums Grabenlos 2007.

Eröffnet wurde das Symposium Grabenlos der ÖGL (Österreichische Vereinigung für grabenloses Bauen und Instandhalten von Leitungen), welches im Kongress & TheaterHaus Bad Ischl ausgetragen wurde, von Stadtrat Hannes Heide. Bad Ischl gilt in diesem Bereich als Vorreiter, da dort bereits 1988 grabenlose Technologien zum Einsatz gekommen sind.

Umwelt & Nachhaltigkeit

Neben Erfolgsgeschichten und Praxisberichten lagen die thematischen Schwerpunkte des diesjährigen Symposiums Grabenlos auf dem Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit.

Neben Erfolgsgeschichten und Praxisberichten lagen die thematischen Schwerpunkte des diesjährigen Symposiums Grabenlos auf dem Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit.

Zukunftsweisende Vorträge wie „Thermische Energie aus Abwasser“, „Einfluss von Staukosten auf die Erneuerungsplanung städtischer Infrastruktur“ oder „Umweltrelevanz und Nachhaltigkeit beim Bau von Abwasser-

systemen“ gaben einen Einblick über die Vorteile der grabenlosen Technologien und deren Bedeutung für Klima und Umweltschutz.

Rekordzahl bei Fachausstellung

Gleichzeitig präsentierten Vertreter führender Spezialtiefbauunternehmen sowie der Zulieferindustrie ihre Produkt- bzw. Leistungspalette. Über 20 namhafte Aussteller, allesamt Mitglieder der ÖGL, stellten auf 300 m² die neuesten Entwicklungen und Innovationen im grabenlosen Bau vor und ließen wahres Messeflair aufkommen.

Ein Blick in die Zukunft...

Bei der Abendveranstaltung ließen es sich Dipl.-HTL-Ing. Robert Selinger, MBA, Präsident der ÖGL, und Dr. Ute Boccioli, Geschäftsführerin der ÖGL, nicht nehmen, sich ihre Zukunft von Handlerson „Schelina“ vor einem begeisterten Publikum deuten zu lassen. Dieses besuchte dann auch im Laufe des Abends „Schelina“ in ihrem Zelt, um sich die Zukunft vorhersagen zu lassen und um ihre eigene mysti-

sche Seite kennen zu lernen. Ute Boccioli dazu: „Zum Glück bedarf es keiner Handlerson, um den Aufwärtstrend unserer Branche vorauszusagen. Immer mehr verantwortungsvolle AuftraggeberInnen setzen auf „grabenlos“ und wissen die Vorteile dieser Technologien, die Umwelt und Budget entlasten, zu schätzen“.

Symposium Grabenlos 2008 am Wörthersee

Die ÖGL freut sich schon jetzt auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr, wo das Symposium Grabenlos am 14. / 15. Oktober 2008 im Parkhotel Pörtschach stattfinden wird.

Mehr Informationen unter www.grabenlos.at.

Information

Dr. Ute Boccioli
Geschäftsführerin
ÖGL – Österreichische
Vereinigung für grabenloses
Bauen und Instandhalten
von Leitungen
Tel: +43/1/513 15 88-0
Mail: office@oegl.at

Über die Grenzen: Italienische Gemeinden wollen weg

Rein nach Österreich oder Südtirol – Hauptsache raus

WIEN/BOZEN/ROM

Die an Österreich grenzende Ortschaft San Pietro di Cadore in der norditalienischen Provinz Belluno (Region Veneto) ist bereit, die Angliederung an Österreich zu beantragen. Dies betonte Silvano Pontil Scala, Bürgermeister der 1800-Seelen-Gemeinde, die an der Grenze zu Tirol liegt. In der Gemeinde soll ein Komitee gegründet werden, das Unterschriften sammeln will, um die Angliederung zu Österreich in die Wege zu leiten, berichtete Pontil Scala. „Die Leute haben es satt, wir wollen nicht nur vom Veneto, sondern von ganz Italien weg“, sagte der Bürgermeister.

„Die Leute haben mehr Interesse, sich Österreich an-

zuschließen, als unter der Verwaltung des Veneto zu bleiben“, sagte Scala. Schon vor einiger Zeit haben mehrere Gemeinden in der benachteiligten Bergprovinz Belluno einen Antrag für ein Referendum eingereicht, um sich der autonomen Provinz Südtirol oder der Region mit Sonderstatut Friaul Julisch Venetien anschließen zu können.

Hauptgrund bei allen Gemeinden – und deren Bürgern – sind die hohen Transferzahlungen an die ärmeren Regionen Südtaliens. Und die Autonomieregelung sieht zum Beispiel vor, dass die Südtiroler 90 Prozent ihres Steueraufkommens von Rom wieder zurückerhalten.



„Commune di Italia, quo vadis?“

„Da wir weder an Südtirol, noch an Friaul grenzen, bleibt uns nichts anderes übrig, als die Angliederung an das nahe liegende Österreich zu beantragen“, sagte der Bürgermeister von San Pietro di Cadore.

Schon die Absicht dreier ladinischer Gemeinden der Provinz Belluno für eine Rückkehr in die Region Trentino-Südtirol hatte heftige Reaktionen in der Heimatregion Veneto ausgelöst.

Stadtwerke: St. Pölten auf dem Weg in die Energie-Unabhängigkeit

Start am 1. Jänner 2008 steht fest

ST. PÖLTEN

Unabhängigkeit von Gas- und Ölpreis, CO₂-Reduktion, verstärkte Nutzung regionaler Ressourcen, Inno-

vation und Versorgungssicherheit – auf diesen Säulen beschreiten die Stadtwerke St. Pölten neue Wege in die Fernwärme-Zukunft.

Dazu wurde Ende November die notariell beglaubigte Errichtungserklärung zur Gründung der „Fernwärme St. Pölten GmbH“ im Rathaus der NÖ Landeshauptstadt unterfertigt. Operativer Geschäftsbeginn in der neugegründeten Gesellschaft, zu diesem Zeitpunkt noch 100 Prozent im Eigentum der Stadt St. Pölten, ist der 1. Jänner 2008. Als Geschäftsführer wurden MSc. Ing. Erwin Ruthner und Prokuristin Gertraud Denk bestellt. Nächster Schritt: Die EVN als strategischer Partner erwerben von der Stadt St. Pölten 49 Prozent der Anteile der „Fernwärme St. Pölten GmbH“.

www.st-poelten.gv.at

Thermen TV

Zwei-Minuten-Clips zeigen alles

WIEN

„Seien es die Ausstattung der Suiten im Balance Resort Stegersbach oder das Beauty Angebot der Therme Geinberg: die Kurzfilme von ein bis zwei Minuten auf www.ThermenTV.at vermitteln wesentlich attraktivere Informationen und Impressionen als es ausführliche Texte oder Bildergalerien auf den klassischen Websites und Werbeprospekten je könnten“, erklärt Franz Roitner, Geschäftsführer der Roitner.net GmbH die Vorteile des neuen Internetportals. Seit Ende November können alle Besucher unter www.ThermenTV.at sich in kurzen Filmen einen Eindruck von 40 Thermenhotels verschaffen.



Foto: Vortrauer

Vertragsunterzeichnung: Notar Mag. Dirnberger, Magistratsdirektor Mag. Dewina, Bgm. Mag. Matthias Stadler, Prok. Gertraud Denk und GF MSc Ing. Erwin Ruthner

LKW-Verkehr: Europas Riesen-LKWs nicht für Alpen geeignet

Keine Giga-Liner für Österreich

SALZBURG/BRÜSSEL

Das Europäische Parlament sagt Nein zu einer allgemeinen EU-Zulassung von sogenannten „Gigalinern“, 25,25 Metern langen LKW-Zügen mit sieben bis neun Achsen und 60 Tonnen Gesamtgewicht. „Schon im Verkehrsausschuss des EU-Parlaments setzte sich eine Mehrheit durch, die eine europaweite Zulassung ablehnt. Nun wird es nur möglich sein, dass einzelne Mitgliedsstaaten für gewisse Strecken eine Giga-Liner-Zulassung beantragen – die notwendige Infrastruktur und die erforderliche Sicherheit vorausgesetzt,“ berichtet der Zweite Salzburger Landtagspräsident Michael Neureiter über die jüngste Entwicklung und



„Monster-Lkw sind ein Sicherheitsrisiko für Brücken, Autofahrer und Anrainer, und die Alpen sind schließlich keine US-Highways“, betont der Verkehrsclub Österreich.

ergänzt seine skeptische Haltung: „Die Infrastruktur ist insbesondere bei den Autobahnbrücken nicht ausreichend leistungsfähig, die Radien bei Auf- und Abfahrten sind zu eng ... unsere Straßen wären schlicht überfordert“. Auch der Ver-

kehrsclub Österreich (VCÖ) warnt vor 60-Tonnen-Lkw auf heimischen Autobahnen. Allerdings will Schweden laut einem Bericht in der „Presse“ vom 1. Dezember das Thema in seiner Präsidentschaft 2009 wieder aufgreifen.

Alpenstadt des Jahres

Gewinn für einen Lebensraum

SONDRIO

Am 30. November ist im italienischen Sondrio für das zehnte Alpenstadt-Jahr der Vorhang gefallen. Diese Auszeichnung hat seit der ersten Verleihung 1997 an Villach parallel zum wachsenden Umweltbewusstsein der Öffentlichkeit deutlich an Marktwert zugelegt.

„Für den Titel kann sich jede Stadt aus dem Alpenraum von Frankreich bis Slowenien bewerben, deren Behörden und Bevölkerung sich aktiv für die Umsetzung der Alpenkonvention, also für Schutz und zukunftsfähigen Fortschritt, engagieren. Infos über die Alpenstädte, den Titel und den Verein unter

www.alpenstaedte.org

Vision Rheintal

Eine Chance, die zu nutzen ist

BREGENZ

Kürzlich unterzeichneten LH Sausgruber und die Bürgermeister der Rheintalgemeinden einen Kontrakt zur Fortführung der Arbeit an „Vision Rheintal“ für weitere drei Jahre.

www.vision-rheintal.at

Trinkwassermessung: Laborbus unterwegs in Oberösterreich

Hausbrunnen teils sanierungsbedürftig

LINZ

Knapp ein Viertel der oberösterreichischen Bevölkerung bezieht ihr Trinkwasser über Hausbrunnen oder Quellen. Ein Großteil der Brunnen und Quellen ist jedoch sanierungsbedürftig oder weist zumindest technische Mängel auf.

Laut Umwelt-LR Rudi Anschöber müssen drei Viertel von knapp 17.000 getesteten öö. Brunnen saniert werden. Die Abteilung Wasserwirtschaft OÖ bietet im Rahmen der Initiative „OÖ Wasserlaborbus – für unser Trinkwasser unterwegs“ eine Trinkwasseruntersu-

chung mit Beratung an. Der Laborbus kommt vor Ort, um wichtige Inhaltsstoffe des Wassers mit modernsten Geräten zu messen.

Die Kosten für den einzelnen Haushalt belaufen sich auf zirka 40 Euro.

Mehr Infos unter E-Mail:

ooewasser@ooe.gv.at

firmenmonitor.at

Ein Service der Wiener Zeitung

+ Kunden- und Lieferantenmonitoring: Geschäftsführerwechsel + Konkurs + Firmenneugründung + Adressänderung +

Gemeinden wissen mehr mit firmenmonitor.at

Kostenlose Testaccounts und sämtliche Informationen unter www.firmenmonitor.at oder unter der Service-Hotline (01) 206 99 – 600

E-Mail-Verständigung + Tagesaktuell + Zuverlässig + Maßgeschneiderte Suchaufträge + nur 14 Euro (ohne MwSt.) im Monat

Impuls: Ortszentrenbelebung durch „Kernzonenregelungen“

Ein wirksames Lenkungsmittel?

Österreichweit sehen die gültigen Raumordnungen Sonderbestimmungen für Einkaufszentren vor. Damit sollen insbesondere die Orts- und Stadtzentren vor der Absiedlung von Wirtschaftsbetrieben geschützt und revitalisiert werden. Die konkreten Auswirkungen dieser Vorgangsweise bedürfen jedoch durchaus kritischer Betrachtung.

MMag. Dr. Eduard Wallnöfer & Mag. Thomas Stanger

Gerade in den 1990er Jahren bis zum Beginn dieses Jahrzehnts hat es einen massiven Trend zur Entwicklung von Einkaufs- und Fachmarktzentren (EKZ) am Rand von Ballungszentren unter gleichzeitiger Ausdünnung des innerörtlichen Handelsangebotes gegeben. So hat sich die Zahl der Handelsbetriebe in den letzten 15 Jahren halbiert, wogegen sich die Verkaufsflächen in der Peripherie im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt haben. Viele Ortskerne haben damit zunehmend an Bedeutung verloren.

Diese Entwicklung hat die (Landes-)Gesetzgeber auf den Plan gerufen. Mit raumordnungsrechtlichen Lenkungsmitteln wird versucht, dem Trend der Verlagerung des Handels in Richtung Peripherie konsequent entgegenzusteuern und die Zulässigkeit der Errichtung von

EKZ am Rand von Ballungszentren weitgehend einzuschränken. Parallel dazu wurden mit Privilegierungen der „Kerngebiete“ Anreize ausgearbeitet, um neue Handelsflächen in zentralen Lagen zu schaffen.

Österreichische Rechtslage im Überblick

Die raumordnungsrechtlichen Regelungen in den einzelnen Bundesländern verfolgen unter

Die raumordnungsrechtlichen Regelungen in den einzelnen Bundesländern verfolgen unter anderem mit der Erhaltung der Nahversorgung der Bevölkerung oder der Stärkung der Orts- bzw. Stadtkerne zumindest ähnliche Grundsätze beziehungsweise Ziele.

anderem mit der Erhaltung der Nahversorgung der Bevölkerung oder der Stärkung der Orts- bzw. Stadtkerne dieselben oder zumindest ähnliche Grundsätze beziehungsweise Ziele.

Insbesondere die Errichtung von Einkaufszentren betreffend die Warengruppe Lebensmittel, Drogerie- und Kosmetikwaren, Textil- und Lederwaren, Bekleidung, Schuhe etc. (Warengruppe 1) sollte nach nahezu allen Raumordnungsgesetzen grundsätzlich¹ nur noch in „Kerngebieten“ in kommunalen Zentren möglich sein², während etwa die Warengruppe Bau- und Gartenwaren, Elektrowaren, Sportgeräte, Möbel etc.³ (Warengruppe 2) an der Orts- oder Stadtperipherie positioniert werden sollen.

In der Praxis benötigen EKZ für die Warengruppe 1 im österreichweiten Vergleich zumeist entsprechende Rahmenprogramme und „Kernzonen-/ Standortfestlegungen“ auf Verordnungsebene im Bereich der überörtlichen Raumordnung sowie örtliche Raumordnungskonzepte und spezielle Ausweisungen in den Flächenwidmungsplänen im Rahmen der örtlichen Raumordnung.

Festzuhalten ist jedoch, dass die vorgenannte Raumordnungssystematik nicht unerhebliche Schwächen aufweist. Neben der unscharfen und inkonsistenten Terminologie, Kategorisierung und Zusammenrechnungssystematik, welche zudem noch bundesländerweise verschieden ist, werden Spezialthemen, wie etwa die immer beliebteren Factory-Outlet-Center, nicht (gesondert) behandelt. Zudem belassen die raumordnungsrechtlichen Regelungen wesentliche Spielräume hinsichtlich Größe, Umfang und Zahl von Kernzonen innerhalb eines Ortes, einer Stadt.

Seitens der Behörden und politischen Entscheidungsträger bestehen somit aus rechtlicher Sicht erhebliche Möglichkeiten zur „gewollten“ raumordnerischen und wirtschaftlichen Gestaltung, was die Kommunen gemeinsam mit den Projektbetreibern insbesondere politisch für eine „bewusste“ Steuerung der EKZ-Entwicklung nutzen können. Für den die Projektbetreiber als Rechtsunterworfenen selbst bleibt – wie vielfach im Bereich der Raumordnung – weder entsprechende Rechtssicherheit noch ein zeitnaher, effektiver Rechtsschutz.

Anspruch und Wirklichkeit

Fraglich ist jedoch, ob die genannten Maßnahmen zur Konzentrierung von EKZ in Ortskernen für die Warengruppe 1 Lebensmittel, Drogerie- und



MMag. Dr. Eduard Wallnöfer ist Experte für Raumordnungs- und Grundverkehrsfragen und RAA bei der Innsbrucker Kanzlei AWR Altenweis Watschninger Rechtsanwälte



Mag. Thomas Stanger (Jurist) ist bei einem österreichischen Handelskonzern im Bereich Expansion und Immobilien-Projektentwicklung tätig



Vor Jahrzehnten noch waren die Ortszentren Plätze, an denen sich das öffentliche Leben abspielte (oben). Die zunehmende Mobilität unserer Gesellschaft und neue Informations- und Kommunikationstechnologien haben jedoch dazu geführt, dass das Zentrum als Marktplatz des Informationsaustausches immer mehr in den Hintergrund rückt (unten).

Kosmetikwaren, Textil- und Lederwaren, Bekleidung, Schuhe etc. tatsächlich zu dem vom Gesetzgeber gewünschten Erfolg führen. Der allgemeine Trend weg vom Ortszentrum hin an den Rand hat vielfältige Ursachen. So begründet sich dieses Phänomen zu einem wesentlichen Teil auch im generellen Bedeutungsverlust traditioneller öffentlicher Räume. Vor Jahrzehnten noch waren die Ortszentren Plätze, an denen sich das öffentliche Leben, das heißt das gesellschaftliche, politische, ökonomische, kulturelle und religiöse Leben, abspielte, an dem die Menschen sich selbst als Individuen und zugleich ihr Gemeinwesen in der Öffentlichkeit darstellten⁵. Die zunehmende Mobi-

lität unserer Gesellschaft und neue Informations- und Kommunikationstechnologien haben jedoch dazu geführt, dass das Zentrum als Marktplatz des Informationsaustausches immer mehr in den Hintergrund rückt.

Mit der fortschreitenden Verschärfung der Kernzonenregelungen in den Raumordnungsgesetzen der Länder und der Verbannung neuer EKZ für Waren der Warengruppe 1 aus der Peripherie kann beobachtet werden, dass EKZ-Entwickler ihre Projekte mangels anderer Möglichkeiten nunmehr zunehmend mitten in die Ortszentren verlagern.

Daneben trägt auch die – oft aufgrund mangelnder Flächenressourcen im Ortszentrum erforderliche – Ansiedlung von Ämtern, Behörden, Schulen und

dergleichen am Ortsrand dazu bei, dass mit der Absiedlung wichtiger Funktionen aus der Ortsmitte das Leben im Zentrum – und damit auch die für einen funktionierenden Handel lebenswichtige Besucherfrequenz – erlahmt.

Mit der fortschreitenden Verschärfung der Kernzonenregelungen in den Raumordnungsgesetzen der Länder und der Verbannung neuer EKZ für Waren der Warengruppe 1 aus der Peripherie kann beobachtet werden, dass EKZ-Entwickler ihre Projekte mangels anderer Möglichkeiten nunmehr zunehmend mitten in die Ortszentren verlagern.

Die Folgen dieser Entwicklung sind nicht zu unterschätzen. Während flächenmäßig begrenzte Klein- und Mittelbetriebe im Ortskern bislang im Wettbewerb zu den ausgedehnten

EKZ-Flächen von Filialketten auf der „grünen Wiese“ gestanden sind, wird die hinsichtlich Angebotsvielfalt überlegene Konkurrenz nunmehr – gleichsam

zwangsweise – mitten in die unmittelbare Nachbarschaft der Klein- und Mittelbetriebe transferiert⁷, sodass manche Ortskerne und deren alteingesessene Handelsstrukturen förmlich mit EKZ-Verkaufsflächen überflutet werden.

Dieser Trend ist nicht nur in größeren Ballungszentren mit entsprechendem Potenzial – wie jüngst in Leoben – zu beobachten; vielmehr verfügen auch immer mehr Gemeinden unter 7000 Einwohnern bereits über ein „City Center“ im Ortskern. Dies hat nicht selten zur Folge, dass ein innerörtliches EKZ – soweit es über einen entsprechenden Branchenmix verfügt – oft-

gang des öffentlichen Raums, während sich innerörtliche EKZ-Malls zu neuen Marktplätzen entwickeln.

Denkanstöße

Diese Entwicklung zusammen mit dem kurz umrissenen „dehnbaren“ Rechtsbestand im Bereich der Raumordnung führt nunmehr primär dazu, dass der Gesetzgeber aktuell gefordert ist, sich auf die neuen Gegebenheiten einzustellen und bei erkennbaren Abweichungen von den erwünschten Zielen entsprechend darauf zu reagieren. Zudem müssen sich die Kommunen ihrerseits Gedanken darüber machen, welche Entwicklungen sie in ihren Ortskernen für sinnvoll halten, wobei ihnen im Bereich der örtlichen Raumordnung wesentliche Gestaltungsmittel zustehen, um unerwünschte Wirkungen zu verhindern. Auf der Ebene der überörtlichen (und politischen) Raumplanung bleibt es zudem weiterhin rechtlich möglich, erwünschte Standorte auch für EKZ der Warengruppe 1 in nicht direkt ortszentrennahen Bereichen der Kommunen festzulegen. Aus Sicht der Projektwerber und Investoren ist jedoch festzuhalten, dass die Unschärfe der raumordnungsrechtlichen Regelungen ebenso wie der ineffektive Rechtsschutz jedenfalls als unbefriedigend bezeichnet werden müssen.

1) Vgl etwa bspw §§ 8 und 49 TROG 2006.

2) Das Bgld ROG (§ 14d Abs 3), das K-GPIG 1995 (§ 9a) oder das Sbg ROG (§§ 11a, 17 Abs 13) sehen relativ flexible Lösungen vor, welche weniger strenge Bindungen an „Kernzonen“ im Zentrum von Kommunen beinhalten.

3) Vgl etwa § 17 NÖ ROG; §§ 23, 23a Stmk ROG; § 8 TROG 2006; § 15 Vbg RPG.

4) Waren, die regelmäßig nur unter Verwendung eines Kfz abtransportiert werden können.

5) Deutscher Städtetag, Zukunft der städtischen Zentren, Entwurf zum Positionspapier, N4816, Köln, 1998.

6) Buchmann C., Die Wirtschaft im Spannungsfeld von Zentren und Peripherie: Ansätze zur Rückholung der Kundenkaufkraft in der City am Beispiel der Landeshauptstadt Graz, Dissertation Graz 2000.

7) Was nicht zuletzt auch erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrsbelastung der Zentren der Kommunen hat.

Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass das Verbot der Errichtung von EKZ auf der grünen Wiese alleine nicht zu den vom Gesetzgeber gewünschten Zielen der Aufwertung der Ortskerne führt.

mals fast die gesamte Kaufkraft einer Gemeinde und deren Umfeldes an sich bindet. Sonstige Handelsbetriebe außerhalb dieses EKZ drohen damit sukzessive vom Markt verdrängt zu werden. Dies trifft jedoch nicht nur Klein- und Mittelbetriebe, sondern auch kleinflächige Filialketten im Ortszentrum, die sich aufgrund ihres bewusst auf den täglichen Bedarf abgestimmten Sortiments in der Vergangenheit mit Erfolg gegen großflächige Mitbewerber in EKZ an der Peripherie behaupten konnten. Gerade diese geraten in jüngerer Zeit durch den Trend zu EKZ im Ortskern vermehrt unter Druck. Die jüngsten Entwicklungen zeigen nunmehr, dass das Verbot der Errichtung von EKZ auf der grünen Wiese alleine nicht zu den vom Gesetzgeber gewünschten Zielen der Aufwertung der Ortskerne führt. Ganz im Gegenteil leitet die Verlagerung von EKZ in den Ortskern oftmals den endgültigen Wegbruch des klein strukturierten Einzelhandels sowie eine nachhaltige Verödung der Erdgeschoßzonen ein und bewirkt damit letztendlich einen Nieder-



Etwa neun bis zehn Millionen Menschen tummeln sich im Winter auf Österreichs Skipisten – davon sind rund ein Drittel Österreicher, die dem Wintersport auf heimischen Pisten nachgehen. Bei den anderen handelt es sich um Touristen, die ihren Winterurlaub in der Alpenrepublik verbringen. Österreich ist damit nach wie vor eines der beliebtesten Urlaubsziele für Wintersportbegeisterte in Europa. Doch auch in der diesjährigen Saison wird der Winterspaß laut KfV-Prognose für mehr als 60.000 Ski- und Snowboarder im Krankenhaus enden. Etwa 25 Prozent davon werden Snowboarder sein.

Die meisten Unfälle sind Alleinunfälle

Nur neun Prozent der Unfälle von Skifahrern oder Snowboardern im Jahr 2006 waren auf Zusammenstöße zwischen Pistenbenutzern zurückzuführen. Beim Großteil der Unfälle (84 Prozent) handelte es sich um Stürze ohne die Beteiligung anderer Wintersportler. Ursache dafür sind meistens Wahrnehmungsfehler, Fahrfehler und Selbstüberschätzung. Bei vier von zehn Verletzungen handelt es sich um Knochenbrüche. Elf Prozent der Wintersportler zogen sich Kopfverletzungen zu.



Kuratorium für Verkehrssicherheit: Winterfest auf Österreichs Skipisten

Defensiv statt in die Intensiv

Das KfV rechnet für die Wintersaison 2007/2008 mit mehr als 60.000 verletzten Skifahrern und Snowboardern. Wer die richtige Ausrüstung wählt und defensiv fährt, ist auf der sicheren Seite.

Um derart ernsthafte Verletzungen zu vermeiden, lautet die Devise auf der Piste ebenso wie im Straßenverkehr: Wer defensiv fährt, fährt auf der sicheren Seite. Denn auch auf der Piste kann man von unvorhergesehenen Situationen überrascht werden. Doch wer defensiv und nicht zu übermütig fährt, den können auch Eisplatten oder Bodenwellen nicht zu Fall bringen. Klar ist auch, dass verantwortungsbewusstes Fahren anderen gegenüber immer an erster Stelle steht. Daher sollte man auch mit dem Alkohol auf jeden Fall bis zum Après-Ski unten im Dorf warten - und dann selbstverständlich auch nicht mit dem Auto fahren. Die richtige Einstellung dem eigenen Können gegenüber kann das Unfallrisiko ebenfalls vermindern. Auch wenn einen der Eifer nach einem langen Sommer packt, heißt es: Regelmäßi-



Dr. Othmar Thann
ist Direktor des
Kuratoriums für
Verkehrssicherheit

ge Pausen einlegen und der Überforderung und Übermüdung erst gar keine Chance geben.

Skihelme schützen

Ein Skihelm ist generell für alle Ski- und Snowboarder sinnvoll, aber vor allem die kleinen Pistenbenutzer sollten auf jeden Fall einen Schutzhelm tragen. Aufgrund der kindlichen Körperproportionen und der schwächeren Muskulatur ist die Gefahr einer Kopfverletzung bei Kindern viel größer als bei Erwachsenen. Das KfV weiß, dass 85 Prozent der schweren Kopfverletzungen durch das Tragen eines Schutzhelms verhindert oder zumindest gemildert werden können –

auch bei Erwachsenen. Skihelme kosten in der Regel zwischen 40 und 120 Euro und werden von den verschiedensten Firmen angeboten. Die Bandbreite des Angebots macht es manchmal schwierig, den richtigen Helm zu finden. Beim Kauf sollte auf jeden Fall darauf geachtet werden, dass der Helm der ÖNORM EN 1077 entspricht und dass eine Benutzerinformation vorhanden ist.

Die Skier bzw. das Snowboard sollte auf jeden Fall auf ihren Zustand hin untersucht werden, bevor es das erste Mal in dieser

Wer defensiv und nicht zu übermütig fährt, den können auch Eisplatten oder Bodenwellen nicht zu Fall bringen.

Wintersaison auf die Piste geht. Kanten schleifen und wachsen erhöht den Winterspaß auf ein oder zwei Brettern enorm. Auch die Bindungen sollten von Fachleuten mit einem geeichten Prüfgerät geprüft und eingestellt werden, bevor die erste Saisonabfahrt bevorsteht.

Burgenland

Wer gute Manager der Gemeinden will, der muss sie auch gerecht entlohnen

Bezüge der Gemeindeführer werden angepasst

EISENSTADT

Da in der Landtagssitzung Ende November ein entsprechender Initiativantrag des Präsidenten des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes Burgenland, Ernst Schmid (links), und des Präsidenten des Burgenländischen Gemeindebundes, Leo Radakovits (rechts), eingebracht wurde, werden die Bezüge der Gemeindeführer demnächst angepasst. Schmid: „Wir wollen nicht mehr und nicht weniger, als eine annähernde Gleichstellung unserer Kommunalpolitiker mit jenen aus dem Rest Österreichs. Es kann nicht sein, dass ein Bürgermeister einer 2000-Einwohner-Ge-



Bürgermeister sein, ist ein 24 Stunden Job, sieben Tage die Woche und 365 Tage im Jahr.

meinde in Vorarlberg das fünf- bis sechsfache als Bezug bekommt, wie ein Bürgermeister mit derselben Ortsgröße im Burgenland.“ Generell sollen die Bezüge für KommunalpolitikerInnen in kleineren Gemeinden stärker erhöht werden, als in Größeren, um das Prinzip der „Einheitsgemeinde“, das besagt, dass



unabhängig von der Ortsgröße, die gleichen Aufgaben zu erfüllen sind, zu stärken.

Bürgermeister sein, ist ein 24 Stunden Job, sieben Tage die Woche und 365 Tage im Jahr. Die Bürger haben immer Anliegen und Fragen. Das muss für die Funktionsträger aber auch fair abgegolten werden, so die

beiden Präsidenten. Die Verhandlungen zur Anpassung der Bezüge laufen nun schon seit 2005. In dieser Zeit haben die Bundesländer Salzburg, Tirol, Kärnten und Oberösterreich weitere Erhöhungen durchgeführt. Auch Leo Radakovits beurteilt die Erhöhung der Bezüge als ausgesprochen positiv: „Es war ein langer Weg bis sich die finanzielle Ausgangslage der burgenländischen Gemeindevertreter an das Bundesländerebene angepasst hat. Wir haben im Vergleich mit anderen Bundesländern oft mit weniger Personal größere Aufgaben zu erfüllen.“



Kärnten

Pilotprojekt GiK: Gesundheit im Kindergarten

KLiK und GiK – österreichweit einzigartig

ST. VEIT an der GLAN

KLiK, das bedeutet Kreatives Lernen im Kindergarten, und ist ein Projekt, das in St. Veit als Modell gestartet wurde. Ziel ist es, Kinder, die zwischen 1. September und 30. Dezember geboren sind und für die es bisher nur die Möglichkeit eines vorgezogenen Schul-

besuchs gab, bestmöglich auf den Schulbesuch vorzubereiten.

Ende November wurde ein weiterer wichtiger Baustein dieses österreichweit einzigartigen Modells präsentiert: GiK – Gesundheit im Kindergarten. „Ziel ist es, kindlichen Entwicklungsbeeinträchtigungen durch ei-

ne umfassende medizinische Betreuung vorzubeugen“, erklärten Gesundheitsreferent LR Wolfgang Schantl und St. Veits Bürgermeister Gerhard Mock, die die Idee zu diesem Projekt gemeinsam entwickelten. Aufmerksam auf das Projekt wurden auch Vertreter der Uni Wien, die jetzt die Evaluierung übernehmen. Wird der Bedarf nach intensiverer ärztlicher Betreuung bestätigt, soll das Projekt laut Schantl und Mock auf Österreich ausgeweitet werden.

Bgm. Gerhard Mock (links) und LR Wolfgang Schantl präsentierten das Kindergarten-Gesundheitsprojekt (GiK).

24 neue Nahverkehrszüge

Alle „öffentlichen“ Räder rollen

KLAGENFURT

LH Jörg Haider und Verkehrsreferent LHStv. Gerhard Dörfler taufte den ersten Kärntner Elektronahverkehrszug der ÖBB, den „Talent“ symbolisch mit Sekt und schickte ihn auf seine erste Fahrt nach Friesach. Kernstück der Qualitätsoffensive für Berufspendler und Schüler sind 24 neue Zugsgarnituren, je zwölf für Diesel und elektrisch betriebene Strecken. Mit den neuen Zugtypen in Niederflurbauweise sei ist auch eine sichere und bequeme Fahrt garantiert.

Mehr auf www.ktn.gov.at



Niederösterreich

St. Pölten rittert um Special Olympics

Gemeinderat gibt OK für Bewerbung

ST. PÖLTEN

Die Landeshauptstadt St. Pölten bekennt sich zur gemeinsamen Bewerbung mit dem Land NÖ als Austragungsort der Nationalen Olympischen Sommerspiele für geistig und mehrfach behinderte Menschen 2010

(Special Olympics). Der Magistrat wird nun beauftragt, die Grundlagen für die Durchführung der Veranstaltung zu erarbeiten und ein entsprechendes Konzept dann dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ein Projekt macht nach 12 Jahren immer noch Furore

128 „Gesunde Gemeinden“ in NÖ

ST. PÖLTEN

Zwölf Jahre nach Start des Projekts „Gesunde Gemeinde“ sind 128 nö. Gemeinden in das Projekt involviert. Unter dem Motto „Gemeinsam Gesundheit (er)leben“

versuchen die Gemeinden und das Gesundheitsforum NÖ das Thema an die Bevölkerung Gemeinden können sich auf www.gesundheitsforum.at über das Projekt informieren.



Landessieger Klosterneuburg: GVV-Vizepräsident LAbg. Bgm. Karl Moser, LAbg. Dipl.-Ing. Willi Eigner, Mag. Franz Brenner, Landesrätin Mag. Johanna Mikl-Leitner, Vizebürgermeister Kommerzialrat Fritz Kaufmann, Landesjugendreferent Wolfgang Juterschnig.

Niederösterreich zeichnet 51 Gemeinden aus

Gemeinden sind Partner der Jugend

ST. PÖLTEN

Die Auszeichnung zur NÖ Jugend-Partnergemeinde setzt viel Engagement in jenen 51 niederösterreichischen Gemeinden voraus, die es letztendlich geschafft haben (84 haben sich um diese Auszeichnung bemüht). Ende November war es soweit. Im Rahmen einer Festveranstaltung im Landtagssaal erhielten die Sieger aus der Hand von LR Johanna Mikl-Leitner Ur-

kunde und Zusatzortstafel mit der Aufschrift „Jugend-Partnergemeinde 2007-2009“. Darüber hinaus wurden auch Viertelsieger und ein Landessieger gekürt: Der Landessieger ist Klosterneuburg, in den Vierteln waren es: Mostviertel: Frankenfels, Waldviertel: Groß-Siegharts, Weinviertel: Groß-Engersdorf und Industrieviertel: Katzelsdorf. Mehr auf www.noegv.at



Oberösterreich

Förderung der 24-Stunden-Betreuung

Klare Rechnung, gute Freunde

LINZ

Die bei den Finanzausgleichsverhandlungen zum Bereich „Pflege“ getroffenen Vereinbarungen müssen vom Bund eingehalten werden, forderte Ende November LH Josef Pühringer: „Im Paktum zum Finanzausgleich wurde zum Punkt „Pflege“ vereinbart: Auf Basis der noch abzuschließenden Artikel 15a-Vereinbarung kommen die Finanzausgleichspartner überein, dass die Finanzierungsbeiträge der Länder 40 Prozent beträgt. Der Gesamtbetrag wird mit 40 Millionen Euro gedeckelt (für Länder und Gemeinden daher 16 Millionen Euro). Nach dem Motto „Klare

Rechnung, gute Freunde“ muss dieser 40 Millionen-Deckel in den Vertrag hinein“, fordert Pühringer. Und weiter: „Der Bund kann nicht dadurch, dass er die Deckelung nicht in den Vertragstext aufnimmt, sondern lediglich in erklärenden Bemerkungen erwähnt, vollendete Tatsachen schaffen und Länder und Gemeinden damit still und leise in nicht vertretbare finanzielle Höhen treiben. Oberösterreich steht selbstverständlich zu seinen Verpflichtungen, die wir im Finanzausgleich eingegangen sind – gegen Zusatzverpflichtungen über die Hintertür werden wir uns aber zur Wehr setzen“.

Jagd auf Diebe und Betrüger per Handy und SMS

Infowarndienst schützt Eigentum

RIED

Die Meldungen und Klagen über zunehmende, organisierte Trickbetrügereien, Landdiebstähle und sonstige Gaunereien werden (auch) in Ried immer häufiger. Die



Unternehmen werden von der Polizei per SMS gewarnt, wenn Diebe und Betrüger unterwegs sind.

WKO-Bezirksstelle Ried hat diese Beschwerden daher zum Anlass genommen und in Kooperation mit der örtlichen Polizeidirektion einen so genannten SMS-Infowarndienst eingerichtet. Sobald der Polizei ein Vorfall über den Notruf 133 gemeldet wird, warnt diese die Unternehmen per (kostenlose) SMS. In kürzester Zeit verfügen alle teilnehmenden Unternehmen über die Informationen, um die Situation einschätzen und entsprechend reagieren zu können. Je genauer die Angaben beim Notruf gemacht werden, umso schneller können Warnungen verschickt werden.



Salzburg

Landesgericht: Neuer Standort oder nicht?

In die Innenstadt – Ja oder Nein?

SALZBURG

Die Frage, ob das alte Gebäude des Salzburger Landesgericht saniert oder an einem anderen Standort neu gebaut werden soll, spaltet Politik und Justiz. Planungsstadtrat Johann Padutsch ist gegen eine

Übersiedlung. Das Landesgericht gehöre einfach in die Innenstadt, so Padutsch. Die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG), Besitzerin des Gebäudes, sieht das hingegen offenbar nicht so eng, wie der ORF Online Anfang Dezember berichtet.

Neue Liste in Salzburgs zweitgrößter Stadt

Grüne expandieren nach Hallein

HALLEIN

Die Grünen werden zu den Gemeinderatswahlen 2009 erstmals in Salzburgs zweitgrößter Stadt Hallein mit einer eigenen Liste antreten. Die erste Sprecherin

der Halleiner Grünen heißt Nicole Stocker und ist von Beruf Personalleiterin. Die Grünen wollen bis zur nächsten Wahl ihre Präsenz in den Gemeinden des Landes verstärken.



Richard Voithofer, Johann Holztrattner und Robert Kriechbaumer bei der Buchpräsentation.

Demokratie ist die Summe vieler Einzelleistungen

Buchpräsentation „Politische Eliten in Salzburg“

SALZBURG

Demokratie entwickle sich aus der Summe von vielen einzelnen Leistungen vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dazu zählen auch Mitglieder von Gemeindevertretungen, von Vollversammlungen der gesetzlichen Interessenvertretungen sowie der Parlamente wie Landtage, Nationalrat und Bundesrat. Das betonte am 26. November, Landtagspräsident Johann Holztrattner bei der Präsentation des Buches „Politische

Eliten in Salzburg“ von Dr. Richard Voithofer. Das Wort Elite solle nicht Privilegien, vermeintlich oder tatsächlich überhöhte Ansprüche signalisieren, sondern den Anspruch der Politik andeuten, als Leistungselite zu fungieren, mit dem Wissen, mit all der gesellschaftlichen und sozialen Einbettung und mit der gesamten Kompetenz der Mandatarinnen und Mandatäre, sagte Holztrattner.



Steiermark

Kostenfreie Geodaten

20 Jahre GIS

GRAZ

Wie hoch ist die Verkehrsbelastung in meiner Region? Fällt mein Grundstück in eine mögliche Überflutungsfläche? Fragen, die mit wenigen Klicks beantwortet werden können: Dem Geografischen Informationssystem des Landes (GIS) sei Dank. 20 Jahre ist es jetzt jung und wird immer gefragter. Allein im letzten Jahr wurden durch Externe Geodaten im Wert von rund 18 Millionen Euro genutzt. Hochauflösende Luftbilder leidern aber auch Fachinformationen wie z.B. Flächenwidmungspläne, Wasserrechte oder Radwege und Klimakarten. Infos: www.gis.steiermark.at



Frank Stronach, Ehrenbürger von Weiz, Bürgermeister Helmut Kienreich und LH Franz Voves bei der Feier zum 75-Jahr-Jubiläum.

Stadterhebungsurkunde zum Jubiläum „nachgereicht“

75 Jahre Weiz – eine Stadt voll Energie

WEIZ

Das Galaprogramm im Weizer Kunsthaus am 23. November war der Höhepunkt des Jubeljubiläum anlässlich der Stadterhebung von Weiz vor 75 Jahren: 1932 beantragte Weiz die Stadterhebung. Aus finanzi-

ellen Gründen verzichtete die man damals aber auf die künstlerische Ausfertigung eines Stadtrechtsverleihungsdiploms. LH Franz Voves reichte bei der Jubiläumsfeier das Stadtrechtsverleihungsdiplom nun als Geschenk „nach“.

Wirtschaftsverband

Region Murau fixiert

MURAU

Nach Anträgen von LH Mag. Franz Voves und LHStv. Hermann Schützenhöfer genehmigte die Landesregierung die Bildung des Wirtschaftsverbandes Region Murau. Daran werden sich die Stadtgemeinde Murau sowie die Gemeinden Laßnitz, Stolzalpe und Triebendorf beteiligen. Schwerpunkte sind unter anderen die koordinierte Planung und Erschließung von Betriebsansiedlungsgebieten, die Abstimmung der Wirtschaftsförderung und die Stärkung der regionalen Entwicklung durch gemeinsames Auftreten.



Tirol

Sektorales Fahrverbot mit 1. Jänner 2008 verordnet

Widerstand aus der EU ist möglich

INNSBRUCK

„Als weitere Maßnahme zur Verbesserung der Luftqualität nach dem Immissionschutzgesetz Luft werden wir mit 1. Jänner 2008 das



Verkehrslandesrat Hans Lindenberger.

sektorale LKW-Fahrverbot für bestimmte Güter auf der A12 Innentalautobahn zwischen Kufstein und Zirl verordnen“, erklärte Verkehrs- und Umwelt-Landesrat Hans Lindenberger nach der Sitzung der Landesregierung im Landhaus in Innsbruck.

Das sektorale LKW-Fahrverbot wird zweistufig verordnet:

- Für die Güter Abfälle, Steine, Erden und Aushub wird es mit 2. Mai 2008 wirksam.
- Für die Güter Kraftfahrzeuge und Anhänger, Nichteisen und Eisenerze, Rundholz und Kork, Marmor, Travertin, Fliesen (keramisch) und Stahl (ausgenommen Bewehrungsstahl für Baustellen) mit 1. Jänner 2009.

Es gibt in allen Fragen eine einheitliche Vorgangsweise zwischen mir und Verkehrsminister Werner Faymann“, stellt der Verkehrs-Landesrat fest.

Zuschüsse aus dem Gemeindeausgleichsfonds

Wirkungsvolle Unterstützung bei kommunalen Bauvorhaben

INNSBRUCK

„Wir wollen die Gemeinden wirkungsvoll in ihren Bauvorhaben unterstützen, um



In einem Regierungsantrag konnte Landesrätin Anna Hosp mehr als 70.000 Euro für die Gemeinden „lukrieren“.

Schul-, Kindergarten- und Musikschul-Bauten für die Bevölkerung im ganzen Land in einer guten Qualität erhalten oder neu schaffen zu können“, betont LR Anna Hosp zu ihrem (bewilligten) Regierungsantrag. So werden den Gemeinden für Aus-, Um- und Neubauten von Schulen und Kindergärten in einer vierten Jahresauszahlung aus dem Gemeindeausgleichsfonds mehr als 2,7 Millionen Euro subventioniert, für Musikschul-Aus-, Um- und Neubauten gibt es in einer zweiten Ausschüttung mehr als 70.000 Euro.



Vorarlberg

Exkursion zur Bürgerstiftung Wasserburg in Bayern

Gemeinde und Stiftung Hand in Hand

WASSERBURG

Im Rahmen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement organisierte das Büro für Zukunftsfragen eine Exkursion nach Bayern. Die Bürger-

stiftung Wasserburg will ausschließlich im Gemeindegebiet zur Beseitigung von Missständen und zur Abhilfe von Mängeln beitragen. Infos auf www.vorarlberg.at/zukunft

Projekte mit und für pflegebedürftige Menschen

Viel Engagement in Pflegeheimen

BREGENZ

In den Vorarlberger Pflegeheimen wird neben der täglichen Betreuungsarbeit auch viel dafür getan, Abwechslung in den Alltag der Bewohnerinnen und Bewohner zu bringen. Einige solche Projekte wurden En-

de November in einer Projektmesse dem interessierten Fachpublikum vorgestellt. 19 Heime präsentierten sich und ihre Aktionen, Organisator der Messe war die ARGE der Heim- und Pflegeleitungen Vorarlberg. www.vorarlberg.at

Vorarlbergs Weg in der Deponie-Nachsorge ist richtig

Appell an Hausverstand des Bundes

BREGENZ

Die regionalen Hausmülldeponien müssen auch nach ihrer Schließung noch jahrelang betreut werden, um eine Schädigung der Umwelt durch Deponiegas oder Sickerwasser zu vermeiden. Die Vorarlberger Landesregierung hat in einer Studie die Erfordernisse und Kosten einer solchen Nachsorge untersuchen lassen. „Das Ergebnis belegt, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben“, sagte Abfallwirtschaftsreferent LR Dieter Egger Ende November.

Voraussetzung für den Vorarlberger Weg ist aber, dass es für die Einleitung unbehandelter Sickerwässer

auch weiterhin die nötige Genehmigung gibt. Wenn nicht, müssten zusätzliche Anlagen für eine Voll- oder Teilreinigung der Sickerwässer direkt bei der Deponie gebaut werden. Der Deponiefinanzierungsfonds verfügte per 31. Dezember 2006 über 12,4 Millionen Euro. Um den gesamten Nachsorgezeitraum (30 Jahre) zu finanzieren, muss er noch zumindest bis 2013 über die Inputabgabe im bisherigen Ausmaß dotiert werden. Bis dahin muss in Wien eine Entscheidung über die Genehmigungsfähigkeit gefallen sein.



SÜDTIROL



Hubert Rauch, Arthur Scheidle, Wilfried Battisti Matscher, Günther Platter, Benedikt Galler und Arnold Schuler im historischen Sitzungssaal des Parlaments in Wien.

60 Jahre Österreichischer Gemeindebund

Auf Augenhöhe mit dem Bund

BOZEN/WIEN

Am 16. November 2007 fand im Historischen Sitzungssaal des österreichischen Parlaments in Wien der Festakt zur Gründung des Österreichischen Gemeindebundes vor 60 Jahren statt. Auch eine Delegation des Südtiroler Gemeindenverbandes, angeführt vom Präsidenten Bürgermeister Arnold Schuler, dem Vizepräsidenten Bürgermeister Wilfried Battisti Matscher, dem Geschäftsführer Dr. Benedikt Galler und dem Präsidenten des Aufsichtsrates des Gemeindenverbandes Bürgermeister Dr. Arthur Scheidle, wohnten den Feierlichkeiten bei. Die Südtiroler Gemeindevertreter nahmen dabei die Gelegenheit wahr, mit dem Bundesminister für Inneres Günther Platter einen kurzen Gedankenaustausch zu führen. Bundesminister Platter stammt aus Nordtirol und war neben der Präsidentin des Nationalrates, Mag. Barbara Prammer, dem Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer und dem Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes, Bürgermeister Helmut Mödlhammer, einer der Festredner der Veranstaltung. Minister Platter ist als Innenminister für die Ge-

meinden zuständig und würdigte in seiner Stellungnahme die Arbeit und das Engagement der Gemeindepolitiker und ihrer Interessensvertretung während der letzten sechs Jahrzehnten. Als einer der Festredner der Veranstaltung skizzierte der Präsident Helmut Mödlhammer die 60-jährige Erfolgsgeschichte des Gemeindebundes. Dabei bezeichnete er die Einführung des sogenannten Konsultationsmechanismus im Jahre 1998, nach welchem gegen den Willen der Gemeinden, diesen keine finanziellen Belastungen auferlegt werden können, als Meilenstein. Den Gemeinden ist es laut Mödlhammer dadurch gelungen von Bittstellern zu Partner zu werden, mit denen auf gleicher Augenhöhe verhandelt wird.

Kontakt

Südtiroler
Gemeinden-
verband Gen.m.b.H.
Schlachthofstrasse 4,
I-39100 Bozen
Tel 0039-0471-304655,
Fax 0039-0471-304625
Email: sgv@gvcc



Steiermärkischer Gemeindebund



Bürgermeister Christoph Stark

Nach neuem Präsident auch neuer Vize

Gleisdorfs Bürgermeister ist neuer Vizepräsident

GLEISDORF / GRAZ

Seit 29. November 2007 heißt der Vizepräsident des Steiermärkischen Gemeindebundes Christoph Stark. Stark, Jahrgang 1967, ist Bürgermeister der südsteirischen Gemeinde Gleisdorf, verheiratet und hat zwei Töchter. Nach der Matura inskribierte Stark an der Technischen Universität Graz bzw. an der Karl-Franzens-Universität Graz (Rechtswissenschaften), brach die Studien aber zu Gunsten von Familie und Beruf ab. Seit 18. April 2000 ist er Bürgermeister der Stadt Gleisdorf, seit Juni 2005 Bezirksobmann für den Bezirk Weiz und Landesvorstandsmitglied des Steiermärkischen Gemeindebundes.

Christoph Stark über sich selbst: „Ich stamme aus einem politischen Haus. Bereits mein Vater war jahrzehnte in der Kommunalpolitik aktiv – Politik war daher zuhause kein Fremdwort. Bis Mitte 1999 war ich politisch nicht engagiert. Im Sommer 1999 fragte mich der damalige Stadtparteiobmann der

ÖVP und Vizebürgermeister Wolfgang Wagner ob ich nicht Lust hätte, in der Stadtparteileitung mitzuarbeiten. Da die Chemie zwischen ihm, der neu formierten Crew und mir stimmte, entschloss ich mich die Sache „zu probieren“. Als Wolfgang Wagner im Jänner 2000 vollkommen unerwartet starb, erklärte ich mich bereit, die ÖVP in die Gemeinderatswahl im März als Nummer 1 zu führen. Was niemand erwartete, geschah am 19. März 2000: Die ÖVP Gleisdorf verzeichnete einen derartig enormen Stimmenzuwachs, dass ich am 18. April 2000 zum Bürgermeister der Stadt Gleisdorf gewählt wurde.“ Über seine Wahl zum Vizepräsidenten sagt der Gleisdorfer Stark: „Auf Vorschlag von Landtagsabgeordneten Karl Lackner wurde ich einstimmig in diese Position gewählt. Diese Wahl ehrt und freut mich natürlich sehr. Auch als Vizepräsident werde ich mich in diesem Gremium so einbringen, wie ich es bisher getan habe und viele Dinge konstruktiv kritisch hinterfragen.“

Personalia

Neuer Präsident des VÖGW

Christian Oxonitsch folgt Caspar Einem

WIEN

Der Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs



Dr. Caspar Einem übergibt das Amt an Dr. Christian Oxonitsch.

(VÖGW) hat einen neuen Präsidenten. Bundesminister a.D. Dr. Caspar Einem kandidierte bei der letzten Generalversammlung nicht mehr. Ihm folgt jetzt der Chef des Wiener SPÖ-Landtagsklubs, Christian Oxonitsch, nach.

1955 wurde der VÖGW als „Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft“. Das Hauptanliegen des VÖGW ist die Interessensvertretung von Unternehmen, Institutionen und Einrichtungen, die im Eigentum mit Beteiligung oder im Auftrag von Gebietskörperschaften Dienstleistungen im Allgemeininteresse erbringen. Da dies zahlreiche Themengebiete,

wie die öffentliche Infrastruktur, Bildung, Gesundheit etc. betrifft, fasst man dies unter dem Sammelbegriff „Daseinsvorsorge“ zusammen.

Der VÖGW kooperiert innerstaatlich mit den Vertretungsorganen der Eigentümer auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene, mit dem Österreichischen Gemeindebund, dem Österreichischen Städtebund sowie dem Verband kommunaler Unternehmen Österreichs (VKÖ), um gemeinsame Interessen akkordiert bei österreichischen und europäischen Instanzen und Körperschaften zu wahren.

Besonders betont Oxonitsch die Wichtigkeit der Freiheiten bei der Erbringung von Dienstleistungen auf kommunaler Ebene: „Vor allem kleinere Gemeinden müssen weiterhin die Möglichkeit haben, beispielsweise bei der Abfallentsorgung oder der Wasserversorgung eigenständige Kooperationen einzugehen. Die Dienste der Daseinsvorsorge müssen besser geschützt werden und dürfen nicht dem freien Markt überlassen werden, wie es die Europäische Kommission zuletzt in einer Mitteilung gefordert hatte.“

Ankündigung

In der kommenden Ausgabe 1/2008 von KOMMUNAL lesen Sie alles über

Sanierung – Renovierung – Neubau

Erscheinungstermin: 31. 1. 2008
Anzeigenschluss: 8. 1. 2008
Infos unter Telefon: 0043/1/5322388-0

European EMAS-Award 2007

Auszeichnung für betrieblichen Umweltschutz

Unter den Besten Europas

TELF/S/WIEN

Mitte November 2007 wurden in Lissabon die European EMAS-Awards 2007 vergeben. Aus 32 nationalen PreisträgerInnen aus 14 Nationen wurden die besten europäischen ausgewählt.

Dabei wurden auch zwei österreichische EMAS-Betriebe vom portugiesischen Umweltminister Francisco Nunes Correia und dem Direktor der Generaldirektion Umwelt in der EU-Kommission, Timo Makela, ausgezeichnet. Einer der beiden ist das Umweltbüro der Marktgemeinde Telfs.

Telfs mit rund 15.000 Einwohnern hat große Erfolge bei der Eindämmung des Abfallaufkommens zu verzeichnen. Dies ist vor allem

der besonders aktiven Informationsarbeit des Umweltbüros zu verdanken. So wurde dadurch beispielsweise die Sammlung der Kunststoffabfälle deutlich verbessert und es ist gelungen, die verwendeten Spei-



Die Wiener Firma Multiprint und die Tiroler Gemeinde Telfs bei der Preisverleihung.

seile zu 85 Prozent einer Verwertung als „Biodiesel“ zuzuführen.

Telfs ist heuer bereits als Preisträger des nationalen EMAS-Preises im Rahmen der EMAS-Konferenz 2007 in Salzburg ausgezeichnet worden.

Mehr auf www.telfs.gv.at

Wettbewerb

Online-Bilderwettbewerb „Wald ist mehr Wert“

Die Bundessieger stehen fest

Der Online-Bilderwettbewerb des Lebensministeriums zum Thema „Wald ist mehr Wert“, der heuer im Rahmen der Woche des Waldes gestartet wurde, ging kürzlich mit einer Preisverleihung durch Bundesminister Josef Pröll zu Ende. Über 200 Bilder und Fotos rund um den Wald wurden von den TeilnehmerInnen online gestellt. Das Besondere am Wettbewerb war vor allem, dass die SiegerInnen von der Bevölkerung via Online-Voting und nicht von einer Expertenjury ausgewählt wurden. Mehr auf www.lebensministerium



Minister Josef Pröll mit den jungen Bundessiegern des Online-Bilderwettbewerbs zur Woche des Waldes.

Termine 2008

► Vienenergy 2008

Städte sind verantwortlich für drei Viertel des gesamten Weltenergieverbrauchs und haben somit eine große Verantwortung bezüglich der bedrohlichen Veränderungen des Weltklimas. Als Vorreiter im Bereich der innovativen Energieplanung lädt Wien als Gastgeber der vienenergy 2008 ein, zusammen mit dem Friedensnobelpreisträger 2007 und Präsident des UN-Weltklimarates, Dr. Rajendra K.

Pachauri, sowie mit Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Forschung Zukunftsperspektiven einer nachhaltigen urbanen Energieversorgung zu konferieren.

Vienenergy 2008

„Municipal Energy Links“
Datum:

28. und 29. Jänner 2008

Ort: Rathaus Wien

Infos:

www.vienenergy.com

► Bauen im Spannungsfeld zwischen Leistbarkeit und Legalität

Die Bundesinnung Bau lädt zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „**Bauen im Spannungsfeld zwischen Leistbarkeit und Legalität**“. Es diskutieren: Ing. Johannes Lahofer, Bundesinnungsmeister Bau, Mag. Manfred Katzenschlager, Geschäftsführer Bundesinnung Bau, Dr. Herbert Buchinger, Vorstand des AMS, Dr. Wolfgang Amann, Geschäftsführer des Instituts für Immobilien, Bauen und Wohnen GmbH (IIBW), Dr. Helene Karmasin, Leiterin der Karmasin Motivforschung, Dr. Christoph Klein, Leiter des

Sozialbereichs der AK Wien, Gen.-Dir. Dr. Josef Schmidinger, Vorstandsvorsitzender der S-Bausparkasse, Dr. Christoph Matznetter, Finanzstaatssekretär und Ing. Mag. Karl Ecker, Vorstand der BA-CA Wohnbau-bank / Abteilungsleiter geförderte Immobilienfinanzierung

Datum:

19. Februar 2008

Ort: Oktogon der BA-CA, Wien

Infos & Anmeldung:

Esprit Public Relations,

Tel: 01/876 48 47,

E-Mail: esprit@esprit-pr.at

► Europäischer Tag der Sonne

Am **16. und 17. Mai 2008** findet zum 7. Mal der „Tag der Sonne“ in Österreich statt. Zum ersten Mal wird die Aktion als „Europäischer Tag der Sonne“ in neun Ländern Europas durchgeführt. In Österreich wird die Aktion vom klima:aktiv Programm solarwärme gemeinsam mit Klimabündnis, Umweltberatung und vielen lokalen Partnern organisiert. Das klima:aktiv Programm solarwärme unterstützt teilnehmende Gemeinden mit

Informationsmaterial, Flyern, Plakaten, Transparenten, T-Shirts, Luftballons, Solar-DVD und vielem mehr. Diese Unterstützungen werden den Gemeinden kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Anmeldung beginnt im Jänner 2008, Sie werden rechtzeitig darüber informiert. Merken Sie den Termin vor!

Weitere Infos unter

www.solarwaerme.at/
Sonne-und-Energie/
Aktionstag/

Kommentar

Das Recht der direkten Demokratie



Die Rechtsgrundlagen für die Instrumente der Demokratie haben in der österreichischen Literatur noch keinen ausreichenden Niederschlag gefunden. Zum Volksbegehrengesetz, zum Volksabstimmungsgesetz und zum Volksbefragungsgesetz gibt es keine aktuelle zusammenfassende Darstellung, die auch ergänzende Hinweise zur praktischen Durchführung dieser Instrumente der direkten Demokratie, aber auch Hinweise auf die – gerade im Wahlrecht – wesentliche Judikatur des Verfassungsgerichtshofes beinhaltet. Auf die Verwendbarkeit in der Praxis wurde besonders Wert gelegt.

Das Buch

Theodor Thanner, „Das Recht der direkten Demokratie – Kommentar zu Volksbegehrengesetz, Volksbefragungsgesetz, Volksabstimmungsgesetz“, Stand: 1. 1. 2007 ISBN: 978-3-7083-0430-4, Erscheinungsjahr 2007, 270 Seiten, broschiert, 38,80 Euro
NWV – Neuer Wissenschaftlicher Verlag GmbH
Argentinerstraße 42/6
A-1040 Wien
Telefon: 01/535 61 03-22
Telefax: 01/535 61 03-25
E-Mail: office@nwv.at

Fachbuch

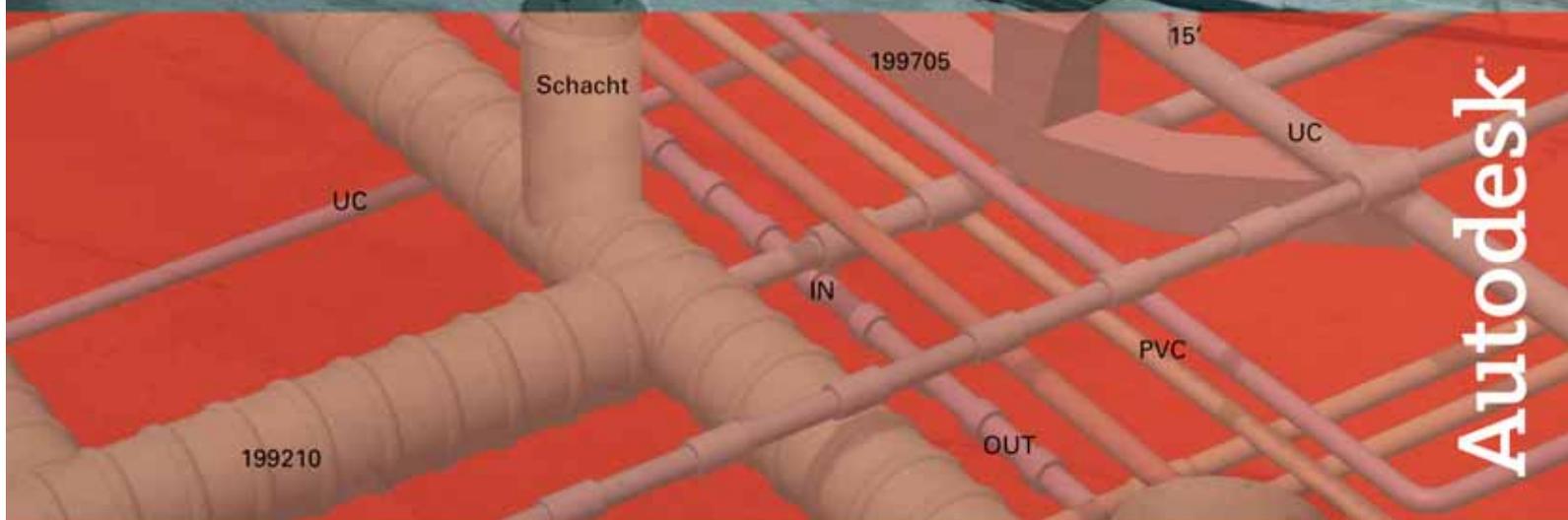
Systematisches Management von Bauprojekten



Systemisches Management von Bauprojekten stellt das Bewältigen von Projektmanagementaufgaben im Hochbau auf eine breite Basis. Und es vermittelt einen theoretischen Unterbau, der die Leitung eines Projektes nicht als isolierten Prozess betrachtet, sondern Projekte als komplexe Strukturen mit mannigfaltigen Wechselwirkungen, vielschichtigen Anforderungen in technischer und wirtschaftlicher Natur sowie hinsichtlich der das Projektteam betreffenden Humanfaktoren beleuchtet.

Das Buch

Thomas Hrabal, „Systemisches Management von Bauprojekten“, ISBN 978-3-7083-0486-1, Erscheinungsjahr 2007, 141 Seiten, broschiert, 34,80 Euro
NWV – Neuer Wissenschaftlicher Verlag GmbH
Argentinerstraße 42/6
A-1040 Wien
Telefon: 01/535 61 03-22
Telefax: 01/535 61 03-25
E-Mail: office@nwv.at



Idee:

Das Ganze im Blick

Verwirklichen:

Unterirdisch sollte nicht zwangsläufig bedeuten, dass etwas schwer zu finden ist. Mit Autodesk® Topobase™ verwalten und planen Sie Ihre Leitungsnetze und Liegenschaften. Daten aus unterschiedlichen Quellen werden in einer zentralen Datenbank zusammen gefasst. Ihr Vorteil: Höhere Effizienz und weniger Kopfzerbrechen beim Eingeben und Abfragen von Daten. Jetzt kann Ihr Team vorhandene Datenbestände besser nutzen. Es geht weniger Zeit bei der Suche nach Kundendaten verloren, und es bleibt mehr Zeit für die eigentlichen Aufgaben. Gehen Sie der Sache auf den Grund. www.autodesk.de/topobase

AUTODESK® TOPOBASE™

AN INFRASTRUCTURE DESIGN
AND MANAGEMENT SOLUTION

WENN SICH DER
BÜRGERMEISTER
SELBST GRATULIERT,
HAT ER SEIN PROJEKT
MIT DER KOMMUNAL-
KREDIT FINANZIERT.



Gerhard Mock
Bürgermeister St. Veit/Glan
gratuliert
Gerhard Mock
Bürgermeister St. Veit/Glan

1.)

**DIE NUMMER 1 IN PUBLIC FINANCE.
IHR PARTNER BEI GEMEINDEFINANZIERUNGEN.**

www.kommunalkredit.at



**Kommunal
KREDIT**